

Einzelplan 09

Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

Inhalt

	Seite
Vorwort	2
Diagramm Nettoausgaben nach Ausgabearten	5
Kap. 09 01 Ministerium	6
Kap. 09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit	14
Kap. 09 03 Justizvollzugsanstalten	31
Kap. 09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit	48
Kap. 09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit	54
Kap. 09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	60
Kap. 09 08 Staatsanwaltschaften	65
Kap. 09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit	73
Kap. 09 11 Europaangelegenheiten	78
Kap. 09 40 Kulturförderung	86
Kap. 09 41 Kirchenangelegenheiten	105
Kap. 09 42 Landesarchiv	108
Kap. 09 43 Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek	116
Kap. 09 44 Archäologisches Landesamt	120
Kap. 09 45 Landesamt für Denkmalpflege	128
Kap. 09 46 Erwachsenenbildung	133
Einnahmen und Ausgaben 2015	138
VE-Abschluss 2015	140
Einnahmen MG/TG 2015	141
Ausgaben MG/TG 2015	142
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0902	144
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0903	146
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0904	148
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0905	149
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0906	150
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0908	151
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0909	152
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0911	153
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0940	155
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0941	159
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0942	160
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0943	162
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0944	164
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0945	166
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0946	168
Statistiken des Epl. 09	170
Inhaltsverzeichnis Stellenpläne und -übersichten	171

Vorwort

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen:

Das Ministerium gliedert sich in 5 Abteilungen:

1. Allgemeine Angelegenheiten
2. Justizvollzug, Soziale Dienste der Justiz, Freie Straffälligenhilfe, Therapieunterbringung
3. Rechts- und justizpolitische Angelegenheiten, Gerichte und Staatsanwaltschaften, Gnadenwesen
4. Kultur
5. Europa-, Ostsee- und Nordseeangelegenheiten

Zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz, Kultur und Europa gehören:

1. *Justiz*

die Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit
(1 Oberlandesgericht als Landesoberbehörde,
4 Landgerichte,
22 Amtsgerichte),

die Staatsanwaltschaften
(1 Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht
als Landesoberbehörde,
4 Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten),

die Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit
(1 Obergericht als Landesoberbehörde,
1 Verwaltungsgericht),

die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit
(1 Landessozialgericht als Landesoberbehörde,
4 Sozialgerichte),

das Finanzgericht als Landesoberbehörde

die Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit
(1 Landesarbeitsgericht als Landesoberbehörde,
5 Arbeitsgerichte)

5 Justizvollzugsanstalten,
1 Jugendanstalt,
1 Jugendarrestanstalt,
1 Abschiebungshafteinrichtung
(Der Vollzug der Abschiebungshaft erfolgt seit dem 01.11.2014 in Brandenburg)

2. *Förderung von Kunst und Kultur*

das Landesarchiv Schleswig-Holstein
die Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek
das Archäologische Landesamt
das Landesamt für Denkmalpflege

Der Schutz und die Förderung von Kunst und Kultur, der Erwachsenenbildung sowie der Volkshochschulen sind in Artikel 13 der Landesverfassung festgeschrieben. Die veranschlagten Mittel der Kapitel 0940 und 0942 bis 0946 dienen im Wesentlichen der Stärkung der kulturellen Infrastruktur und dem Erhalt des kulturellen Erbes. Sie unterstützen insbesondere das Theater- und Musikwesen, Literatur, Museen und Ausstellungen, bildende Kunst und Filmarbeit, Soziokulturelle Zentren, Heimat- und Denkmalpflege, Gedenkstätten und historische Lernorte, das öffentliche Archiv- und Büchereiwesen und die Erwachsenenbildung. Das Kapitel 0941, das auch diesem Aufgabenbereich zuzurechnen ist, regelt die Wahrnehmung der Beziehungen des Landes Schleswig-Holstein zu den Kirchen sowie den Religionsgemeinschaften.

3. Europa-, Ostsee- und Nordseeangelegenheiten

3.1 Europaangelegenheiten

Zu den europapolitischen Aktivitäten zählen insbesondere:

- Vertretung der Interessen des Landes gegenüber den Dienststellen und Institutionen der EU durch das Hanse-Office Brüssel
- Koordinierung der landespolitischen Schwerpunkte der Europapolitik der Landesregierung
- Koordinierung der Zusammenarbeit mit Dänemark
- Europapolitische Grundsatzangelegenheiten
- Frühwarnsystem
- Integrierte europäische Meerespolitik
- Europapolitische Informations- und Öffentlichkeitsarbeit

3.2 Ostsee- und Nordseeangelegenheiten

Zu den Ostsee- und Nordsee bezogenen Aktivitäten zählen insbesondere:

- grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit
- Zusammenarbeit mit Dänemark und im Rahmen der STRING-Kooperation
- Koordination der Ostseezusammenarbeit der Landesregierung
- Ko-Koordinierung der Kulturpriorität in der EU-Ostseestrategie
- Pflege der Partnerschaften des Landes mit Eastern Norway County Network (Norwegen), Region Syddanmark (Dänemark), Pomorskie/Pommern (Polen), Kaliningrad Oblast (Russland) und den drei ostrobothnischen Regionalverbänden (Finnland) sowie der freundschaftlichen Beziehungen mit den drei Baltischen Staaten
- Zuständigkeit für die Schleswig-Holstein Büros in Kaliningrad, Vilnius, Riga und Tallinn sowie für die gemeinsam mit Hamburg betriebenen Hanse-Office Danzig und Hanse-Office St. Petersburg
- Mitarbeit in der Baltic Sea States Subregional Co-operation - Konferenz der Ostsee-Subregionen
- Koordinierung der Nordseekooperation der Landesregierung

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr:

Die Prüfbehörde für das deutsch-dänische INTERREG A Programm und das INTERREG B Ostseeprogramm sowie die Prüfstelle für das Programm INTERREG B Nordsee sind für die Förderperiode 2014 - 2020 beim Ministerium für Justiz, Kultur und Europa angesiedelt.

C. Wesentliche veranschlagungstechnische Veränderungen gegenüber dem Vorjahr:

Keine

D. Leerstellen

<i>-Ohne kostenwirksame Leerstellen-</i>	
Kapitel	Stand 01.02.2014
0901	3
0902	112
0903	9
0904	3
0905	11
0906	0
0908	17
0909	3
0942	0
0943	1
0944	0
0945	0
Gesamt	159

Diese Leerstellen sind in den Kapiteln und in dem Gesamtabchluss nicht enthalten.

E. Personalkostenbudget

Personalkostenbudget Epl. 09 (OG 42)

Soll 2015: 239.765,5 T€

Vollzeitäquivalente:

Stand 30.06.2014: 5.219,68

Nachrichtlich

1. Versorgungsempfängerinnen/Versorgungsempfänger

a)	Anzahl	Stand 01.01.2013	2.520
	Anzahl	Stand 01.01.2014	2.569
b)	Ist	2013 - in T€	75.880,3
	Soll	2014 - in T€	79.474,5
	Soll	2015 - in T€	83.407,7

2. Vor der regulären Pensionsaltersgrenze vorzeitig in Ruhestand versetzte Versorgungsempfängerinnen/Versorgungsempfänger

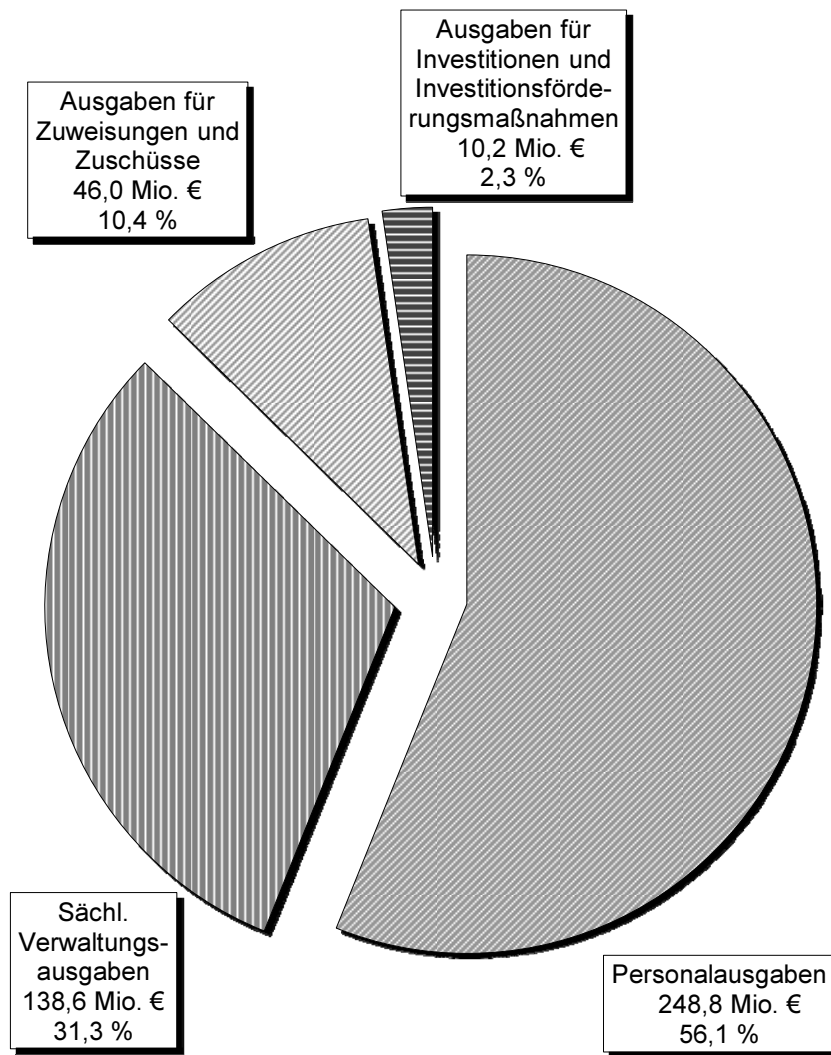
a)	Anzahl in 2013	19
b)	durchschnittliche Zeitdauer bis zur regulären Pensionsaltersgrenze	14,97 Jahre

3. Schwerbehinderte Beschäftigte (Jahresdurchschnitt 2013)

Arbeitsplätze nach dem SGB IX	5.104
Pflichtquote (5 %)	255
durch Schwerbehinderte besetzte Arbeitsplätze	339

	2014	2015
	- in T€ -	
Budget I	379.525,0	387.377,3
Budget II	58.312,2	56.189,1

Einzelplan 09 Nettoausgaben nach Ausgabearten 2015



09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Mehreinnahmen bei Tit. 359 03 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 des Kapitels 0901 verwendet werden.

Einnahmen

111 01	011	Gebühren und tarifliche Entgelte	8,0 7,0	8,0
--------	-----	---	-------------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind insbesondere Gebühren für die Entscheidung über Anträge auf Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Ehesachen.

119 99	011	Vermischte Einnahmen	1,0 0,1	1,0
--------	-----	-----------------------------	-------------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind u.a. die Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrlicher Gegenstände.

232 01	011	Anteilige Erstattungen im Rahmen des INTERREG B Ostseeprogrammes 2014 - 2020 zur Finanzierung der Kosten für die Prüfbehörde (Audit Authority) sowie der Second-Level-Prüfungen (SLC) auf deutscher Seite	0,0 0,0	127,1
--------	-----	--	-------------------	--------------

Erläuterungen:

Für das INTERREG B Ostseeprogramm (Förderperiode 2014 - 2020) wird die Prüfbehörde im Ministerium für Justiz, Kultur und Europa angesiedelt. Die Übernahme der Kosten für die Prüfbehörde und für die nationalen Stichprobenkontrollen (sog. Second-Level-Prüfungen -SLC-) durch die am INTERREG B Ostseeprogramm beteiligten Bundesländern sowie die Erstattung aus Mitteln der Technischen Hilfe des Ostseeprogramms wird durch eine Verwaltungsvereinbarung geregelt (vgl. Tit. 422 01 und 428 01).

232 02	011	Anteilige Erstattungen im Rahmen des INTERREG B Nordseeprogrammes zur Finanzierung der Kosten für die Prüfstelle zur Durchführung der Second-Level-Prüfungen (SLC) auf deutscher Seite	0,0 0,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	------------

Erläuterungen:

Für das INTERREG B Nordseeprogramm wird die Prüfstelle im Ministerium für Justiz, Kultur und Europa angesiedelt. Die Übernahme der Kosten für die nationalen Stichprobenkontrollen (sog. Second-Level-Prüfungen -SLC-) durch die am INTERREG B Nordseeprogramm beteiligten Länder wird durch eine Verwaltungsvereinbarung geregelt.

Die tatsächlichen Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. der OGr. 42 zur Verfügung (vgl. Tit. 422 01 und 428 01).

233 01	011	Anteilige Erstattungen im Rahmen des deutsch-dänischen INTERREG A Programmes 2014 - 2020 zur Finanzierung der Kosten für die Prüfbehörde (Audit Authority) sowie der Second-Level-Prüfung (SLC) auf deutscher Seite	0,0 0,0	0,0
--------	-----	--	-------------------	------------

Erläuterungen:

Für das deutsch-dänische INTERREG A Programm (Förderperiode 2014 - 2020) wird die Prüfbehörde im Ministerium für Justiz, Kultur und Europa angesiedelt. Die Übernahme der Kosten für die Prüfbehörde und für die nationalen Stichprobenkontrollen (sog. Second-Level-Prüfungen -SLC-) durch die am deutsch-dänischen INTERREG A Programm beteiligten Kreise und kreisfreien Städte (Programmpartner) ist durch eine Verwaltungsvereinbarung zu regeln. Der Abschluß der Verwaltungsvereinbarung wird in 2015 erfolgen.

Die tatsächlichen Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. der OGr. 42 zur Verfügung (vgl. Tit. 422 01 und 428 01).

356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0 0,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	------------

Erläuterungen:

Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. der OGr. 42 zur Verfügung (vgl. Tit. 422 01 und 428 01).

Vgl. Tit. 916 05.

359 01	851	Entnahme aus der Rücklage Personal	0,0 0,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	------------

Erläuterungen:

Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. der OGr. 42 zur Verfügung (vgl. Tit. 422 01 und 428 01).

Vgl. Tit. 919 01.

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
359 03	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0 0,0	0,0
Erläuterungen: Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 02.				
Summe der Einnahmen			9,0 7,1	136,1

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Ausgaben

421 01	011	Bezüge der Ministerin bzw. des Ministers	130,0 136,6	130,0
--------	-----	---	-----------------------	--------------

422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	5.642,5 4.283,4	4.433,9
--------	-----	--	---------------------------	----------------

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei den Tit. 232 02, 233 01, 356 05 und 359 01 verstärkt werden.

75,0 T€ übertragen nach Tit. 0301-422 01.

Erläuterungen:

Die Personalkosten der Prüfbehörden für das INTERREG B Ostseeprogramm und das deutsch-dänische INTERREG A Programm sowie für die Prüfstelle für das INTERREG B Nordseeprogramm (Förderperiode jeweils 2014 - 2020) sind durch die beteiligten Länder (INTERREG B Ostsee- und Nordseeprogramm) bzw. Kreise und kreisfreien Städte (deutsch-dänisches INTERREG A Programm) zu erstatten (vgl. Tit. 232 01, 232 02 und 233 01).

Im Zusammenhang mit der Erarbeitung einer Landesentwicklungsstrategie als Teil des Landesentwicklungsplanes und zur Intensivierung der Ressortkoordinierung in der Staatskanzlei, speziell für Grundsatz- und sonstige Angelegenheiten aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz, Kultur und Europa ist gemäß § 50 Abs. 2 und 4 LHO zum 1. März 2014 eine Stelle der Bes.Gruppe A16 mit entsprechendem Budgetwert in Höhe von 75,0 T€ in Titel 0301 - 422 01 umgesetzt worden. Weniger auch aufgrund des Stellenabbaupfades und Anpassung an den Bedarf sowie mehr aufgrund der Veranschlagung der anteiligen Personalkosten inkl. des schleswig-holsteinischen Personalkostenanteils (vgl. Tit. 232 01) für die INTERREG Prüfbehörde für das Programm B Ostsee.

Darüber hinaus mehr aufgrund Umsetzung des Gesetzes zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs und der Einführung der elektronischen Akte in der Justiz sowie der Zahlung von Auslandsdienstbezügen für einen als Repräsentant für Wirtschaftsfragen nach Pays de la Loire (Frankreich) entsandten Mitarbeiter.

427 01	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	40,0 62,9	74,0
--------	-----	--	---------------------	-------------

427 04	011	Vergütungen für Praktikantinnen und Praktikanten	0,0 0,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	3.760,0 5.253,1	5.228,5
--------	-----	--	---------------------------	----------------

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei den Tit. 232 02, 233 01, 356 05 und 359 01 verstärkt werden.

Erläuterungen:

Die Personalkosten der Prüfbehörden für das INTERREG B Ostseeprogramm und das deutsch-dänische INTERREG A Programm sowie für die Prüfstelle für das INTERREG B Nordseeprogramm (Förderperiode jeweils 2014 - 2020) sind durch die beteiligten Länder (INTERREG B Ostsee- und Nordseeprogramm) bzw. Kreise und kreisfreien Städte (deutsch-dänisches INTERREG A Programm) zu erstatten (vgl. Tit. 232 01, 232 02 und 233 01).

Weniger aufgrund des Stellenabbaupfades sowie mehr aufgrund der Veranschlagung der anteiligen Personalkosten inkl. des schleswig-holsteinischen Personalkostenanteils für die INTERREG Prüfbehörde für das Programm B Ostsee (vgl. Tit. 232 01), des schleswig-holsteinischen Personalkostenanteils für die INTERREG Prüfstelle für das Programm B Nordsee (vgl. Tit. 232 02), der Umsetzung des Gesetzes zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs und der Einführung der elektronischen Akte in der Justiz, des Beförderungspaketes und der Anpassung an den Bedarf.

429 01	011	Ausgaben für Besoldungs- und Tarifierhöhungen	14.573,7 0,0	14.573,7
--------	-----	--	------------------------	-----------------

Erläuterungen:

Seit dem Haushaltsjahr 2013 werden die aus dem Einzelplan 11 (vgl. Titel 1111-461 01) in die Ressorteinzelpläne umgesetzten Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen auf einem gesonderten Titel der Gruppe 429 im Kapitel 01 der Einzelpläne ausgewiesen.

Weitere Mittel werden ggf. bedarfsgerecht im Haushaltsvollzug umgesetzt.

453 01	011	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	30,0 40,7	40,0
--------	-----	--	---------------------	-------------

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 453 01

Erläuterungen:

Mehr aufgrund Anpassung an den Bedarf.

511 01	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	139,0 116,6	136,0
---------------	-----	--	-----------------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Büromaterial	63.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	40.000
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	4.500
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	6.000
5.	Ersatzbeschaffungen von Geräten	7.500
6.	Ergänzungsbeschaffungen von Geräten	6.000
7.	Unterhaltung von Geräten	3.000
8.	Sonstiges	6.000
Summe		136.000

514 01	011	Dienst- und Schutzkleidung	1,0 0,1	1,0
---------------	-----	-----------------------------------	-------------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Anschaffung und Reinigung von Schutzkleidung für Beschäftigte im Boten- und Registratordienst.

518 02	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	24,8 27,0	27,8
---------------	-----	---	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mieten für Fotokopiergeräte.

Mehr aufgrund Anpassung an den Bedarf.

525 02	011	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	71,0 56,9	71,0
---------------	-----	--	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Allgemeine Fortbildungsveranstaltungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	48.000
2.	Kurse und Schulungen zur betrieblichen Gesundheitsförderung	12.000
3.	Führungskräftefortbildungen	6.000
4.	Inhouse-Seminare inkl. Sprachunterricht	5.000
Summe		71.000

526 02	195	Kosten einer Kontaktstelle für die Wirtschaft zur Klärung von Einzelfragen des Denkmalschutzes	0,0 0,0	2,0
---------------	-----	---	-------------------	------------

Erläuterungen:

Mit dem Inkrafttreten des neuen Denkmalschutzgesetzes ist für die Einführungszeit geplant, eine Kontaktstelle für Fragen der Wirtschaft zu denkmalpflegerischen Belangen einzurichten. Veranschlagt sind die Kosten für die monatliche Aufwandsentschädigung, Reisekosten sowie Sachmittelausstattung für das Ehrenamt.

526 05	011	Ärztliche Untersuchungen	1,0 0,1	1,0
---------------	-----	---------------------------------	-------------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung von Beschäftigten, vgl. Tit. 0902 - 533 02.

527 01	011	Dienstreisen	122,0 94,8	122,0
---------------	-----	---------------------	----------------------	--------------

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 527 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	90.000
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	32.000
Summe		122.000

529 10	011	Zur Verfügung des Ministeriums für Repräsentationsaufgaben	7,6	7,6
			7,2	

Erläuterungen:

Die Verfügungsmittel sind für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen. Die Aufwendungen müssen in einer adäquaten Relation zum jeweiligen Anlass stehen. Die Bewirtungskosten und die Ausgaben für Geschenke sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen. Die Ausgaben sind unter Angabe über den die Aufwendungen verursachenden Anlass sowie über Funktion und Anzahl der Begünstigten einzeln zu belegen.

531 02	013	Öffentlichkeitsarbeit	18,0	18,0
			21,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2015 EUR
1.	Öffentlichkeitsarbeit Bereich Justizpolitik	14.100
2.	Internetpräsentation des MJKE	1.900
3.	Veranstaltungen	2.000
Summe		18.000

Nachrichtlich:

Im Einzelplan sind außerdem folgende Maßnahmen für Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen und Fachinformationen veranschlagt:

		2015 EUR
1.	Tit. 0940-534 04	20.000
2.	Tit. 0942-534 01	16.200
3.	Tit. 0943-534 01	46.000
4.	Tit. 0944-531 01	4.000
5.	Tit. 0944-531 61 (TG 61)	15.000
6.	Tit. 0945-531 03	40.000
Summe		141.200

533 02	011	Aufwendungen für Pförtnerdienste	16,7	16,7
			16,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für einen externen Pförtnerdienst zu bestimmten Zeiten im Hauptgebäude des Ministeriums für Justiz, Kultur und Europa.

533 99	011	Leistungsentgelte an die GMSH	4,8	4,8
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel. Die Prüfung findet je nach Liegenschaft alle 2 Jahre statt.

536 01	011	Umzugskosten	0,0	0,0
			2,7	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
541 01	011	Zur Ausrichtung von Tagungen	2,7 2,2	3,4
546 99	011	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge Erläuterungen: Veranschlagt sind:	11,6 7,6	11,6
				2015 EUR
		1. Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen		0
		2. Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen (z.B. Stellenausschreibungen)		9.600
		3. Auslagen für Vorstellungsreisen		0
		4. Sonstige vermischte Ausgaben		2.000
		Summe		11.600
<p>Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.</p>				
685 04	014	Ausgaben für Statistiken des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein § 10 Abs. 1 HG 2015 findet keine Anwendung. Erläuterungen: Zentrale Veranschlagung für die Ressortstatistiken des Epl. 09. Vgl. Tit. 981 04.	370,6 0,0	368,3
812 02	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen Erläuterungen: Veranschlagt sind:	28,0 19,4	28,0
				2015 EUR
		1. Ersatzbeschaffungen		23.000
		2. Ergänzungsbeschaffungen		5.000
		Summe		28.000
916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Tit. der OGr.42 geleistet werden. Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.	0,0 3,9	0,0
919 01	851	Zuführung zu einer Rücklage Personal Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Tit. der OGr. 42 geleistet werden. Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.	0,0 0,0	0,0
919 02	851	Zuführung an die Rücklage Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 geleistet werden. Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.	0,0 0,0	0,0
972 02	881	Globale Minderausgaben	0,0 0,0	0,0

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
981 04	891	Verrechnung zu Gunsten Titel 0401-381 01 für Statistiken des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Tit. 685 04 geleistet werden.	0,0 374,7	0,0
Summe der Ausgaben			24.995,0 10.528,7	25.299,3

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	9,0 7,1	9,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,0 0,0	127,1
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			9,0 7,1	136,1
41 - 49		Personalausgaben	24.176,2 9.776,7	24.480,1
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	420,2 354,0	422,9
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	370,6 0,0	368,3
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	28,0 19,4	28,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 378,6	0,0
Gesamtausgaben			24.995,0 10.528,7	25.299,3
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-24.986,0 -10.521,6	-25.163,2

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Das Kapitel 09 02 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

01 Straffälligenhilfe und Opferschutz

06 Einführung eines Qualitätsmanagements mit einem kennzahlengestützten Steuerungssystem

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HG. 5, 6 und 8 des Kapitels 0902 mit Ausnahme der Tit. 526 11 bis 526 17 und 681 01 bis 681 03 verwendet werden.

Für Mehrausgaben bei den Tit. 412 01 und 526 11 bis 526 17 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 können Mehreinnahmen dieser Kapitel bei den Tit. 111 02 bzw. 112 01 verwendet werden.

Die Ausgaben der Tit. 412 01 sowie 526 11 bis 526 17 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgaben der Tit. 681 01 bis 681 03 in den Kapitel 0902 und 0908 sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Die Einnahmen aus Gerichtskosten, Geldstrafen und Geldbußen bei den Tit. 111 02 und 112 01 der Kapitel 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 sowie die Ausgaben für die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter bei den Tit. 412 01 und für die Auslagen in Rechtssachen der Tit. 526 11 bis 526 17 in den vorgenannten Kapiteln enthalten im Jahr 2014 erstmalig die ganzjährigen finanziellen Auswirkungen des 2.Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes (2.KostRModG). Gleiches gilt für die Veranschlagung der Gebühren und Auslagen der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher (Tit. 0902-112 02) und deren Vergütungen (Tit. 0902-459 02).

Die Veranschlagung für das Jahr 2015 berücksichtigt ferner die Hochrechnungen der Einnahmen und Ausgaben des laufenden Jahres.

Einnahmen

111 02	051	Gerichtskosten	129.000,0	132.245,0
			118.903,8	

Erläuterungen:

Mehreinnahmen dürfen für Mehrausgaben bei Tit. 526 11 bis 526 17 verwendet werden.

Veranschlagt sind:

			2015
			EUR
1.	Gebühreneinnahmen aus		
1.1	Zivilsachen (im Einzelnen: Zivilverfahren, Ehe- und Familiensachen, Vormundschafts- und Betreuungssachen, Mahnverfahren)		55.745.000
1.2	Grundbuchsachen		53.000.000
1.3	Vollstreckungssachen		9.000.000
1.4	Nachlasssachen		7.000.000
1.5	Insolvenzsachen		6.000.000
1.6	Strafsachen und Ordnungswidrigkeiten		1.000.000
1.7	Sonstiges		500.000
	Summe		132.245.000

Vgl. Kapitel Erläuterung.

112 02	051	Gebühren und Auslagen der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher	11.000,0	11.000,0
			7.871,8	

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 112 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Gerichtsvollziehergebühren	6.800.000
2.	Gerichtsvollzieherauslagen	4.200.000
Summe		11.000.000

Vgl. Kapitel Erläuterung und Tit. 459 02.

119 01	051	Einnahmen aus Veröffentlichungen	35,0	35,0
			39,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Einnahmen aus Veröffentlichungen in den Schleswig-Holsteinischen Anzeigen. Die Anzahl der Ersuchen um Veröffentlichung ist nicht vorhersehbar, der Ansatz ist geschätzt.

119 02	051	Sonstige Verwaltungseinnahmen	15,0	15,0
			13,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrlicher Gegenstände. Der Ansatz ist geschätzt.

119 04	051	Einnahmen aus zurückzahlenden Zuwendungen einschließlich Zinsen	0,0	0,0
			50,2	

Erläuterungen:

Vgl. Haushaltsvermerk bei Tit. 684 03 und bei Maßnahmegruppe 01.

119 99	051	Vermischte Einnahmen	25,0	25,0
			137,3	

132 01	051	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	0,0	2,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 811 01.

232 01	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben von anderen Ländern	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

282 01	051	Beteiligung der Rechtsanwaltskammer an der Vergütung der anwaltlichen Ausbilderinnen und Ausbilder in der Anwaltpflichtstation	0,0	0,0
			71,5	

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 681 04 zu verwenden.

356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. der OGr. 42 zur Verfügung (vgl. Tit. 422 01 und 428 01).

Vgl. Tit. 916 05.

359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.

Summe der Einnahmen			140.075,0	143.322,0
			127.088,0	

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Ausgaben

412 01	051	Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter und der ehrenamtlichen Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer	715,0	715,0
			559,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter und der ehrenamtlichen Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586).
Vgl. Kapitel Erläuterung.

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	74.574,0	74.557,1
			78.180,5	

Die Ansätze der Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

Erläuterungen:

100,0 T€ weniger aufgrund des Stellenabbaupfades. Darüber hinaus 83,1 T€ mehr wegen Umsetzung des Beförderungspaketes.

422 03	051	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst	1.050,0	1.210,0
			1.119,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Anwärterbezüge für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst:

		2015 EUR
1.	Rechtspflegeranwärterinnen, Rechtspflegeranwärter	745.000
2.	Justizsekretäranwärterinnen, Justizsekretäranwärter	415.000
3.	Justizhauptwachtmeisteranwärterinnen, Justizhauptwachtmeisteranwärter	50.000
Summe		1.210.000

Aus dem Ansatz dürfen auch Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten und Nachtdienstzulagen gezahlt werden.

Mehrbedarf im Zusammenhang mit der Umsetzung des Gesetzes zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs sowie der Einführung der elektronischen Akte in der Justiz.

427 01	051	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	600,0	600,0
			689,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt zur Deckung des Personalbedarfs aus Anlass von Geschäftsandrang und Erkrankungen.

427 04	051	Hausdienst- und sonstige Vergütungen	300,0	300,0
			228,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Hausdienstvergütungen	60.000
2.	Vergütungen für Zustellungen	240.000
Summe		300.000

Zu 1.:

In den Fällen, in denen bisher schon Wachtmeisterinnen und Wachtmeister hausmeistergleiche Tätigkeiten (wie z.B. Gartenarbeiten, Schneeräumung, Bedienung der Heizung) gegen Hausdienstvergütungen ausgeübt haben, ist mit Ausnahme genehmigung des Finanzministeriums gem. § 3 Abs. 2 GMSH-Gesetz diese Tätigkeit -auslaufend- weiterhin zulässig.

Zu 2.:

Für Zustellungen von Schriftstücken, die im Rahmen einer genehmigten Nebentätigkeit außerhalb der Dienstzeit durch Gerichtswachtmeisterinnen und Gerichtswachtmeister sowie durch Justizangestellte bewirkt werden, wird eine Vergütung von 2,71 € je Zustellung gewährt.

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
427 05	051	Vergütungen für Praktikantinnen und Praktikanten	0,0 24,0	0,0
428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	36.930,0 38.933,6	36.799,8
Die Ansätze der Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.				
Erläuterungen:				
150,0 T€ weniger aufgrund des Stellenabbaupfades. Darüber hinaus 19,8 T€ mehr wegen Umsetzung des Beförderungspaketes.				
428 03	051	Ausbildungsentgelte für Justizfachangestellte	400,0 368,2	430,0
Erläuterungen:				
Mehrbedarf im Zusammenhang mit der Umsetzung des Gesetzes zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs sowie der Einführung der elektronischen Akte in der Justiz.				
428 04	051	Ausbildungsentgelte der Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare	9.946,5 9.457,3	9.500,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind Ausbildungsbeihilfen und Nachversicherungsbeiträge für:				
				2015
				EUR
1.		Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare		8.000.000
2.		Nachversicherungsbeiträge		1.500.000
Summe				9.500.000
650,0 T€ weniger aufgrund des Stellenabbaupfades. Darüber hinaus mehr wegen Anpassung an den Bedarf.				
453 01	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	440,8 282,2	440,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind:				
				2015
				EUR
1.		Trennungsgeld für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter		135.000
2.		Umzugskostenvergütungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter		70.000
3.		Trennungsgeld für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst		225.000
4.		Trennungsgeld im Rahmen der Ausbildung von Justizfachangestellten		10.000
Summe				440.000
459 02	051	Vergütungen an Beamtinnen und Beamte im Vollstreckungsdienst	7.300,0 5.920,3	7.300,0
Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 112 02 überschritten werden.				
Rückzahlungen aufgrund des endgültig festgesetzten Gebührenanteils dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.				
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind Entschädigungen, Gebührenanteile und Auslagen der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher. Von den Gebühreneinnahmen entfallen 54 % auf Bürokosten (bis zu einem festgesetzten Höchstbetrag, darüber geringere Anteile) nach den §§ 2 und 3 der Landesverordnung zur Abgeltung der Bürokosten der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher vom 2. Juli 2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 301), geändert durch Landesverordnung vom 3. September 2014 (GVOBl. Schl.-H. S. 228), sowie 15 % auf besondere Vergütung nach § 1 der Vollstreckungsvergütungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Januar 2003 (BGBl. I S. 8).				

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 459 02

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Gebührenanteile (s. Tit. 112 02 Nr. 1)	3.450.000
2.	Auslagen (s. Tit. 112 02 Nr. 2)	3.800.000
3.	sonstige Auslagen	50.000
Summe		7.300.000

Vgl. Kapitelerläuterung und Tit. 112 02.

459 03	051	Handgeld an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gehobenen Sozialdienst	9,6		9,6
			9,0		

Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 0908-459 03.

Erläuterungen:

Veranschlagt ist das Handgeld für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gehobenen Sozialdienst.

511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	6.200,0		5.970,0
			5.688,3		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Büromaterial	700.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	500.000
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	150.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	3.870.000
5.	Ersatzbeschaffungen von Geräten	400.000
6.	Ergänzungsbeschaffungen	200.000
7.	Unterhaltung von Geräten	100.000
8.	Sonstiges	50.000
Summe		5.970.000

Weniger aufgrund Anpassung an die Ist-Entwicklung unter Berücksichtigung des Mehrbedarfes im Zusammenhang mit der Sanierung des Gerichtsgebäudes des Land- und Amtsgerichtes Lübeck (vgl. Tit. 518 99, Tit. 533 04 und Tit. 812 02).

514 01	051	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstkraftfahrzeugen und dgl.	115,0		120,0
			116,1		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	85.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung	30.000
3.	Verbrauchsmittel	5.000
4.	Haltung von privateigenen und zum Dienst zugelassenen Fahrzeugen	0
5.	Sonstiges	0
Summe		120.000

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 514 01

Die Präsidentin oder der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichts kann über einen Dienstwagen nach Maßgabe der Richtlinien der Landesregierung verfügen.

Bestand an Kraftfahrzeugen:

	Soll 2014	Soll 2015	Bestand am 01.02.2014
Kleintransporter	4	5	4
Pkw mit Fahrer/ Fahrer	5	5	5
Selbstfahrer-Pkw	7	7	7
Zusammen	16	17	16

Vgl. Tit. 811 01 und Tit. 518 99.

518 02	051	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	350,0	290,0
			268,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mieten für Fotokopiergeräte.
Weniger aufgrund Anpassung an die Vertragslage.

518 99	051	Leasingraten für Fahrzeuge	30,0	35,0
			24,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt für 8 (Vorjahr 7) geleaste Fahrzeuge.
Mehr wegen Leasing eines Fahrzeuges für Transportfahrten während der voraussichtlich 2-jährigen Interimsunterbringung im Zusammenhang mit der Sanierung des Gerichtsgebäudes des Land- und Amtsgerichtes Lübeck (vgl. Tit. 511 01, Tit. 533 04 und Tit. 812 02).

525 01	051	Ausbildung und Umschulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	240,0	240,0
			219,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2015 EUR
1.	Ausbildung der Referendarinnen und Referendare	60.000
2.	Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter der Laufbahngruppe 2.1	33.000
3.	Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter der Laufbahngruppe 1.2	15.000
4.	Ausbildung der Justizfachangestellten	4.500
5.	Unterrichtsentschädigungen	127.500
	Summe	240.000

525 02	051	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	405,0	480,0
			352,9	

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 525 02

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2015
		EUR
1.	Teilnahmen an Lehrgängen und Tagungen	313.000
2.	Unterrichtungen von Schöffen	2.500
3.	Fortbildungen sowie Supervision für die Gerichts- und Bewährungshilfe	25.000
4.	Sicherheitsausbildung für Justizwachtmeister und andere Bedienstete bei den Gerichten der ordentlichen Gerichtsbarkeit	19.500
5.	Schulungen für Ausbilder bei den Gerichten	15.000
6.	Zentrale Mittel des MJKE für Maßnahmen, die z.B. aus den neuen Steuerungsinstrumenten erwachsen	5.000
7.	Zentrale Mittel des MJKE für die Ausbildung der im Rahmen des Sicherheitspakets zusätzlich eingestellten Justizwachtmeister	15.000
8.	Zentrale Mittel des MJKE für die gerichtliche Mediation	15.000
9.	Sicherheitstraining für Justizbedienstete	50.000
10.	Gesundheitsmanagement	20.000
Summe		480.000

Mehrbedarf für weitere Fortbildungsmaßnahmen des Oberlandesgerichtes insbes. im Richterbereich (Pos. 1).

525 03	051 Vergütung für die Prüfung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern	55,0	55,0
		52,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015
		EUR
1.	Juristische Staatsprüfungen	49.000
2.	Prüfungen der Justizfachangestellten	5.000
3.	Sonstige Prüfungen	1.000
Summe		55.000

Mitveranschlagt sind die Reisekosten der Prüferinnen und Prüfer.

526 01	051 Gerichts- und ähnliche Kosten	90,0	105,0
		102,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt für den gesamten Einzelplan 09 (im Übrigen vgl. auch Tit. 0940 - 526 01). Mehr aufgrund Anpassung an die Ist-Entwicklung.

526 03	051 Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse	2,9	2,8
		1,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind insbesondere Entschädigungen und Reisekosten für die Mitglieder:

		2015
		EUR
1.	des Landesbeirates für Bewährungs- und Straffälligenhilfe	600
2.	des Richterwahlausschusses	1.200
3.	des Berufsbildungsausschusses für den Ausbildungsberuf "Justizfachangestellte/ Justizfachangestellter"	1.000
Summe		2.800

526 05	051 Ärztliche Untersuchungen	30,0	30,0
		30,4	

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 526 05

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 533 02.

526 11	051	Gebühren und Auslagen der Prozesskostenhilfe	19.390,2	17.000,0
			16.459,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt für Ausgaben aufgrund der §§ 114 ff. der Zivilprozessordnung (ZPO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3202, ber. 2006, S. 431 und 2007, S. 1781), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Juli 2014 (BGBl. I S. 890).

Vgl. Kapitel Erläuterung.

Anpassung an die aktuelle Ist-Entwicklung 2014.

526 12	051	Gebühren und Auslagen der Verteidigerinnen und Verteidiger	6.550,0	6.550,0
			5.406,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt für Ausgaben für in Strafsachen beigeordnete Verteidigerinnen und Verteidiger sowie für beigeordnete Nebenklagevertreterinnen und -vertreter (§ 397 a Abs. 1 StPO - ohne PKH) aufgrund des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes (RVG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 788), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. Dezember 2014 (BGBl. I S. 1964).

Vgl. Kapitel Erläuterung.

526 13	051	Entschädigungen für Zeuginnen und Zeugen	1.800,0	1.800,0
			1.526,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt für Ausgaben aufgrund Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586).

Vgl. Kapitel Erläuterung.

526 14	051	Entschädigungen für Sachverständige	22.400,0	21.840,0
			19.270,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt für Ausgaben aufgrund Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586). Veranschlagt sind auch die Ausgaben für Dolmetscherinnen und Dolmetscher.

Vgl. Kapitel Erläuterung.

Anpassung an die aktuelle Ist-Entwicklung 2014.

526 15	051	Sonstige Auslagen in Rechtssachen	37.720,0	40.330,0
			36.469,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt für Ausgaben

- nach Teil 9 (Auslagen) des Kostenverzeichnisses zum Gerichtskostengesetz (GKG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 2014 (BGBl. I S. 154), zuletzt geändert durch Gesetzes vom 8. Juli 2014 (BGBl. I S. 890) und Teil 3 des Kostenverzeichnisses zum Gerichts- und Notarkostengesetz (GNotKG) vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Juli 2014 (BGBl. I S. 890).

- in Betreuungsangelegenheiten nach §§ 1835 Abs. 4 und 1835 a Abs. 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, ber. S. 2909 und BGBl. I 2003, S. 738), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Juli 2014 (BGBl. I S. 1218) sowie

- für Vergütungen für Verfahrenspflegerinnen und -pfleger sowie für Verfahrensbeistände nach dem Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2568), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Juni 2014 (BGBl. I S. 786).

Vgl. Kapitel Erläuterung.

Anpassung an die aktuelle Ist-Entwicklung 2014.

526 16	051	Kosten der Rechtsberatungshilfe	5.000,0	5.000,0
			4.344,7	

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 526 16

Erläuterungen:

Veranschlagt für Ausgaben aufgrund des Gesetzes über die Rechtsberatung und Vertretung für Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen (Beratungshilfegesetz) vom 18. Juni 1980 (BGBl. I S. 689), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. August 2013 (BGBl. I S. 3533).
Vgl. Kapitelerläuterung.

526 17	051	Gebühren und Auslagen in Insolvenzverfahren	7.700,0	7.200,0
			7.117,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Gebühren und Auslagen für Rechtsanwälte, die Vergütung und Auslagen der Insolvenzverwalter und Treuhänder, Sachverständigen- sowie Veröffentlichungskosten in Insolvenzverfahren gemäß Insolvenzordnung (InsO) vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2866), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. August 2013 (BGBl. I S. 3533).
Vgl. Kapitelerläuterung.

526 99	051	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	25,0	25,0
			3,1	

Erläuterungen:

Pauschal veranschlagt für den gesamten Einzelplan 09.

527 01	051	Dienstreisen	240,0	245,0
			235,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

			2015
			EUR
1.	Reisen in Verwaltungsangelegenheiten		38.000
2.	Reisen der Bezirksrevisorinnen und Bezirksrevisoren zu Geschäftsprüfungen		7.000
3.	Reisen zur Wahrnehmung von Gerichtstagen		11.000
4.	Dienstantrittsreisen u. Reisekostenpauschalvergütungen		25.000
5.	Reisen zur Prüfung von Notariatsgeschäften		5.000
6.	Reisen zur Abhaltung der Großen Juristischen Staatsprüfung		9.000
7.	Reisen zur Ablegung von Prüfungen		5.000
8.	Reisen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gehobenen Sozialdienst		110.000
9.	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten (einschließlich Fortbildung) für die Kapitel 0901 - 0909		35.000
Summe			245.000

Mehr wegen Änderung der mit Wirkung vom 1. Januar 2014 geltenden Tagesgeldsätze aufgrund der Neufassung des § 6 Abs. 1 Satz 2 Bundesreisekostengesetz.

529 01	051	Zur Verfügung der nachgeordneten Behörden für Repräsentationsaufgaben	3,7	3,7
			2,6	

Erläuterungen:

Die Verfügungsmittel sind für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen. Die Aufwendungen müssen in einer adäquaten Relation zum jeweiligen Anlass stehen. Bewirtungskosten und Ausgaben für Geschenke sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen. Die Ausgaben sind unter Angabe über den die Aufwendungen verursachenden Anlass sowie über Funktion und Anzahl der Begünstigten einzeln zu belegen.

529 02	051	Zur Verfügung des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichts für Repräsentationsaufgaben	0,5	0,5
			0,1	

Erläuterungen:

Die Verfügungsmittel sind für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen. Die Aufwendungen müssen in einer adäquaten Relation zum jeweiligen Anlass stehen. Bewirtungskosten und Ausgaben für Geschenke sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen. Die Ausgaben sind unter Angabe über den die Aufwendungen verursachenden Anlass sowie über Funktion und Anzahl der Begünstigten einzeln zu belegen.

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
531 03	051	Verlag und Druck der Schleswig-Holsteinischen Anzeigen	180,0 153,7	180,0
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind:		2015
				EUR
		1. Druck		110.000
		2. Vertrieb		53.000
		3. Honorare für Aufsätze und Urteilsbesprechungen		12.000
		4. Sonstiges		5.000
		Summe		180.000
533 02	051	Kosten für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte	180,0 141,5	180,0
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind die Ausgaben für Betriebsärzte und für Fachkräfte der Arbeitssicherheit für den arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutz aller Beschäftigten des Ministeriums für Justiz, Kultur und Europa sowie aller Beschäftigten der Gerichte und Staatsanwaltschaften. Ausgenommen sind die Beschäftigten in den Justizvollzugsanstalten (vgl. Tit. 0903-533 02) und die arbeitenden Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten (vgl. Tit. 0903-533 08 MG 01) sowie die Beschäftigten des Landesarchivs (vgl. Tit. 0942-533 02), der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek (vgl. Tit. 0943-533 01), des Archäologischen Landesamtes (vgl. Tit. 0944-533 01) sowie des Landesamtes für Denkmalpflege (vgl. Tit. 0945-533 03).		
533 04	051	Aufwendungen für Dienst- und Werkverträge	130,0 48,6	230,0
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt insbesondere für zusätzliche externe Kräfte zur Eingangssicherung der Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit. Mehr wegen des Einsatzes von externen Sicherheitskräften während der Interimsunterbringung im Zusammenhang mit der für 2 Jahre geplanten Sanierung des Gerichtsgebäudes des Land- und Amtsgerichtes Lübeck (vgl. Tit. 511 01, Tit. 518 99 und Tit. 812 02).		
533 05	051	Kosten der Unterbringung nach dem Therapieunterbringungsgesetz sowie für die Unterbringung und Intensivbetreuung von ehemaligen Sicherungsverwahrten	1.250,0 697,8	750,0
		Zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Gunsten Tit. 0903 - 632 04.		
		Erläuterungen:		
		Die Kosten des stationären Therapieunterbringungsvollzuges nach dem Therapieunterbringungsvollzugsgesetz sind vom Land zu tragen, da der Vollzug des bundesgesetzlichen Therapieunterbringungsgesetzes eine Länderaufgabe ist. Die Unterbringung und Intensivbetreuung von entlassenen ehemaligen Sicherungsverwahrten mit hohem Gefährdungspotential wird durch geeignete Einrichtungen im Rahmen der Führungsaufsicht sichergestellt. Weniger aufgrund Anpassung an den erwarteten Bedarf.		
533 99	051	Leistungsentgelte an die GMSH	0,0 17,6	20,0
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel. Die Prüfung findet alle 2 Jahre statt.		
536 01	051	Umzüge von Dienststellen	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
541 01	051	Zur Ausrichtung von Tagungen	10,0 0,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Im Jahr 2014 vorgesehen für die durchzuführenden Tagungen der Präsidentinnen und Präsidenten der Justizprüfungsämter.		
546 01	051	Projekt Verbesserung der Effizienz der Wirtschaftsstrafkammern	0,0 58,0	0,0
		Künftig wegfallend.		

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
546 99	051	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbe-träge Erläuterungen: Veranschlagt sind:	40,0 45,3	40,0
				2015 EUR
		1. Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen und aus Billigkeitserwägungen		3.000
		2. Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen (z.B. Stellenaus-schreibungen)		32.500
		3. Sonstiges		4.500
		Summe		40.000
<p>Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.</p>				
632 01	059	Kostenanteil Schleswig-Holstein an dem gemeinsamen Europäischen Mahngericht in Berlin Erläuterungen: Gemäß Staatsvertrag sind dem Land Berlin die nicht durch Gebühreneinnahmen gedeckten Verfahrenskosten des gemeinsamen Europäischen Mahngerichts von den beteiligten Ländern anteilig nach Königsteiner Schlüssel zu erstatten.	8,0 0,0	5,0
632 02	059	Kostenanteil Schleswig-Holstein an dem gemeinsamen Betrieb und der Nutzung eines Systems der elektronischen Aufenthaltsüber-wachung (EAÜ) Erläuterungen: Gemäß der Verwaltungsvereinbarung der Länder, die Schleswig-Holstein am 2. August 2011 gezeichnet hat, und nach dem Staatsvertrag, dem Schleswig-Holstein mit Wirkung vom 7. Oktober 2011 beigetreten ist, tragen die Länder die Kosten für den gemeinsamen Betrieb und die Nutzung eines Systems der elektronischen Aufenthaltsüberwachung (EAÜ) nach dem relativen Königsteiner Schlüssel ohne Bund. Weniger aufgrund Anpassung an das erwartete Aufkommen gerichtlicher Weisungen.	160,0 97,9	120,0
632 04	059	Kostenanteil an dem Gemeinsamen Prüfungsamt für die Große Juristi-sche Staatsprüfung in Hamburg Erläuterungen: Gemäß Staatsvertrag der Länder Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg und Schleswig-Holstein vom 8./ 19./12 November 2004 (GVOBl. Schl.-H. S. 492) werden die Kosten des Gemeinsamen Prüfungsamts für die Große Juristische Staatsprüfung in Hamburg nach dem Verhältnis der aus den Vertragsländern kommenden Prüflinge umgelegt. Mehr aufgrund Anpassung an den erwarteten Bedarf.	470,0 479,3	500,0
632 05	059	Kostenanteil an der Norddeutschen Hochschule für Rechtspflege in Hildesheim Erläuterungen: Aufgrund von Vereinbarungen des Landes Niedersachsen mit den Ländern Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein vom 9. Oktober/ 5. November 1979 leisten die Rechtspflegeranwärterinnen und -anwärter aus diesen Ländern die im Rechtspflegege-setz vorgeschriebenen Fachstudien an der Norddeutschen Hochschule für Rechtspflege in Hildesheim ab. Die gemeinsam zu tragenden Kosten werden von den Ländern im Verhältnis ihrer Studierenden, gerechnet nach der Zahl der Monate ihrer tat-sächlichen Studienzeit an dieser Hochschule getragen. Mehr insbesondere aufgrund der Ausweitung der Ausbildungskapazitäten für Anw. LG 2.1 -Rechtspflegeranwärter/-innen- zur Umsetzung des Gesetzes zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs sowie der Einführung der elektronischen Akte in der Justiz.	390,0 408,3	460,0
632 06	153	Kostenanteil an der Deutschen Richterakademie Erläuterungen: Gemäß Verwaltungsvereinbarung des Bundes und der Landesjustizverwaltungen vom 1. März 1993 werden die Kosten der Deutschen Richterakademie mit den Tagungsstätten Trier und Wustrau von Bund und Ländern je zur Hälfte getragen. Der auf die Länder entfallende Finanzierungsanteil wird von ihnen gemeinsam aufgebracht, und zwar zu zwei Drittel nach dem Verhältnis der Steuereinnahmen und zu einem Drittel nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl der Länder (Königsteiner Schlüssel). Mehr aufgrund Anpassung an den erwarteten Bedarf.	65,0 72,7	75,0

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
632 07	059	Kostenanteil an der Kriminologischen Zentralstelle in Wiesbaden	25,0 16,5	25,0
<p>Erläuterungen: Gemäß Vereinbarung des Bundes und der Landesjustizverwaltungen vom 2. Oktober 1981, in der Fassung vom 4. November 1993, tragen Bund und Länder die Kosten der Kriminologischen Zentralstelle je zur Hälfte. Der auf die Länder entfallende Finanzierungsanteil wird von ihnen gemeinsam aufgebracht, und zwar zu zwei Dritteln nach dem Verhältnis der Steuereinnahmen und zu einem Drittel nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl der Länder (Königsteiner Schlüssel). Gemäß Staatsvertrag aller Länder vom 25. Juni 2009 werden die Kosten für die Einrichtung einer gemeinsamen Kommission für die Abwicklung des UN-Übereinkommens gegen Folter und anderer unmenschlicher Behandlungen gemäß Königsteiner Schlüssel umgelegt.</p>				
632 08	059	Kostenanteil an dem Gemeinsamen Prüfungsamt für die Zulassung von Rechtsanwälten aus der EU in Berlin	1,0 0,5	1,0
<p>Erläuterungen: Die EU-Bestimmungen sehen vor, dass Rechtsanwälte aus diesem Bereich nach einer Prüfung in Deutschland anerkannt werden können. Die Länder Berlin, Brandenburg, Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein haben im Jahre 1992 vereinbart, ein Gemeinsames Prüfungsamt in Berlin zur Abnahme der Eignungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft zu bilden. Die Länder erstatten dem Land Berlin die durch die Abnahme der Eignungsprüfung entstehenden Personal- und Sachkosten.</p>				
632 11	059	Anteil Schleswig-Holsteins an den Erhebungen zur Personalbedarfsrechnung nach PEBB§Y	70,0 0,0	0,0
<p>Erläuterungen: Im Jahr 2014 vorgesehen für anteilige, nach dem Königsteiner Schlüssel umgelegte Kosten zur Durchführung einer bundesweiten PEBB§Y-Vollerhebung.</p>				
632 12	059	Kostenanteil an dem gemeinsamen Staatsschutzsenat	0,0 0,0	0,0
<p>Erläuterungen: Mit der Freien und Hansestadt Hamburg ist ein Staatsvertrag zur Errichtung eines gemeinsamen Staatsschutzsenats abgeschlossen worden (GVOBl. Schl.H. 2012 S. 550, 614). Die Kostenbeteiligung erfolgt nach dem Verursacherprinzip. Ob und in welcher Höhe für Schleswig-Holstein Kosten anfallen werden, ist nicht einschätzbar. Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.</p>				
681 01	051	Entschädigungen an Beschuldigte und Nebenbeteiligte in Strafsachen	750,0 707,5	750,0
<p>Erläuterungen: Veranschlagt sind Entschädigungen aufgrund der §§ 467, 467 a, 468, 470, 472 b und 473 Strafprozessordnung (StPO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074, ber. S. 1319), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. April 2014 (BGBl. I S. 410) und des Gesetzes über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG) vom 8. März 1971 (BGBl. I S. 157), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1864).</p>				
681 02	051	Entschädigungen an Verfahrensbeteiligte aufgrund überlanger Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren	100,0 0,0	100,0
<p>Erläuterungen: Veranschlagt für den gesamten Epl. 09. In welcher Höhe aufgrund des Gesetzes über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren vom 24. November 2011 (BGBl. I S. 2302) Ansprüche gegen das Land geltend gemacht werden und ob diese zu Zahlungsverpflichtungen führen, ist nicht vorhersehbar. Es handelt sich um eine pauschale Veranschlagung für in Vorjahren erhobene Ansprüche, die in 2015 fällig werden können.</p>				
681 03	051	Entschädigungen, Ersatzleistungen und Abfindungen	430,0 650,1	250,0
<p>Erläuterungen: Veranschlagt für den gesamten Einzelplan 09. Schadensersatzleistungen können in Ausnahmefällen auch aus Gründen der Billigkeit gezahlt werden. Minderbedarf aufgrund in 2013 und 2014 abgewickelter Schadensersatzansprüche.</p>				
681 04	051	Zuschuss zur Vergütung der anwaltlichen Ausbilderinnen und Ausbilder in der Anwaltpflichtstation	0,0 71,5	0,0
<p>Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 282 01 geleistet werden.</p>				

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 681 04

Erläuterungen:

Zuschuss der Schleswig-Holsteinischen Rechtsanwaltskammer an die Leiterinnen und Leiter von Referendararbeitsgemeinschaften während der Anwaltspflichtstation.

684 01	051	An Vereine und Verbände	6,6	6,6
			6,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Beiträge für:

			2015	
			EUR	
1.	Bund Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen			1.500
2.	Landesvereinigung Schleswig-Holstein des Bundes Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen			5.100
Summe				6.600

684 02	051	Vorsorgelotsen der schleswig-holsteinischen Betreuungsvereine	0,0	0,0
			86,0	

Künftig wegfallend.

684 03	236	Zuschüsse an Betreuungsvereine	606,2	1.000,0
			492,4	

Die tatsächlichen Einnahmen für Rückflüsse aus zurückzuzahlenden Zuwendungen bei Tit. 119 04 an Betreuungsvereine stehen für zusätzliche Ausgaben bei Tit. 684 03 zur Verfügung.

Erläuterungen:

Zuwendung.

Veranschlagt zur Schulung und fachlichen Begleitung vor allem ehrenamtlich tätiger Betreuer/innen sowie für die Personal- und Sachausgaben von anerkannten Betreuungsvereinen im Rahmen des Gesetzes zur Reform des Rechts der Vormund- und Pflegschaft für Volljährige (Betreuungsgesetz) i.V.m. dem Gesetz zur Ausführung des Betreuungsgesetzes-AGBtG vom 17. Dezember 1991 (GVBl. Schl.-H. S. 693), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Juli 2001 (GVBl. Schl.-H. S. 96).

Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Richtlinie über die Förderung von Betreuungsvereinen vom 04. Dezember 2014 (Amtsblatt Schleswig-Holstein S. 899 ff.).

Ziel:

- Durch die Landes- und Kommunalförderung sollen die nach § 1908 f BGB anerkannten Betreuungsvereine
- die Beschäftigung einer ausreichenden Zahl an geeigneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewährleisten,
 - diese beaufsichtigen und weiterbilden,
 - ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer gewinnen,
 - die Ehrenamtler in ihre Aufgaben einführen, sie fortbilden und beraten,
 - planmäßig über Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen informieren sowie Bevollmächtigte beraten,
 - einen Erfahrungsaustausch zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ermöglichen.

Mehr zur Stärkung der Querschnittsaufgaben der Betreuungsvereine mit dem Ziel, die Anzahl der ehrenamtlichen Betreuungen und die Verbreitung der Vorsorgevollmachten zu erhöhen, um so den jährlichen Aufwüchsen bei den Ausgaben in Betreuungssachen entgegenzuwirken.

685 01	051	Zuschuss für die Primärprävention zur Verhinderung sexueller Übergriffe auf Kinder	0,0	0,0
			0,0	

Mit Vorjahreswerten übertragen nach Tit. 685 02 (MG 01).

811 01	051	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0,0	30,0
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Ersatzbeschaffung eines Kleintransporters für das Landgericht Lübeck.

812 02	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	639,0	680,0
			338,7	

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 812 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Erstmalige Anschaffungen	243.000
2.	Ergänzungsbeschaffungen	48.000
3.	Ersatzbeschaffungen	389.000
Summe		680.000

Insbesondere auch berücksichtigt sind Beschaffungsbedarfe für die Interimsunterbringung während der Sanierung des Gerichtsgebäudes des Land- und Amtsgerichtes Lübeck (vgl. Tit. 511 01, Tit. 518 99 und Tit. 533 04) sowie für die zentrale Beschaffung von stich- und schussicheren Westen für den Justizwachtmeisterdienst der Gerichte und Staatsanwaltschaften.

916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			68,6	

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Tit. der OGr. 42 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme der Tit. 526 11 bis 526 17 sowie der Tit. 681 01 bis 681 03 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

01 Straffälligenhilfe und Opferschutz

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

Die tatsächlichen Einnahmen für Rückflüsse aus zurückzuzahlenden Zuwendungen im Bereich der Förderung der Straffälligenhilfe und des Opferschutzes bei Tit. 119 04 stehen für zusätzliche Ausgaben der Maßnahmegruppe 01 zur Verfügung.

Erläuterungen:

Die Mittelvergabe bei den Tit. 684 06, 684 07, 684 08, 684 09 und 684 10 MG 01 erfolgt nach Maßgabe der Richtlinien zur Förderung von Maßnahmen der Freien Straffälligenhilfe und von Maßnahmen des Opferschutzes 2013 - 2015 vom 5. August 2013 (Amtsblatt Schleswig-Holstein S. 665 ff.).

533 01	051	Therapie und Beratungsangebote für Sexual- und Gewaltstraftäter	40,0	40,0
(MG 01)			24,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt für therapeutische Versorgung von unter Bewährungs- oder Führungsaufsicht stehenden Sexual- und Gewaltstraftätern, bei denen kriminalprognostisch erhöhte Rückfallrisiken bestehen, die im Rahmen der Nachsorge und ambulanten Therapie reduziert werden sollen.

Die Mittel stehen auch für die Erstattung von Fahrt- und Nebenkosten, die den Probanden aus Anlass der Wahrnehmung von Therapie- und Beratungsangeboten entstehen, zur Verfügung.

534 02	051	Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für ehrenamtliche Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer, ehrenamtliche Helferinnen und Helfer im Justizvollzug sowie zur Durchführung der Grundqualifizierung Mediation in Strafsachen (TOA)	40,0	40,0
(MG 01)			19,6	

Erläuterungen:

Die veranschlagten Mittel dienen der Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer sowie ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Justizvollzug. Um den Bedarf zu decken, ist eine Ausbildung von geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern erforderlich. Diese müssen nach erfolgter Ausbildung während des ehrenamtlichen Einsatzes ständig fortgebildet werden.

684 06	051	Zuwendungen zur Wahrnehmung gesetzlicher Aufgaben nach § 9 BGG durch Träger der freien Straffälligenhilfe	770,0	770,0
(MG 01)			744,2	

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 684 06

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Förderung des Täter-Opfer-Ausgleichs in Verfahren gegen Erwachsene und für die Förderung der Vermittlung in gemeinnützige Arbeit zur Vermeidung der Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen.

684 07	051	Maßnahmen für den Opferschutz	70,0	70,0
(MG 01)			61,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Durchführung des Zeugenbegleitprogramms für Kinder, Jugendliche und Frauen, die Opfer eines Sexual- oder Gewaltdelikt geworden sind.

Einzelzuwendungen im Rahmen eines Förderprogramms.

Ziele: Insbesondere kindlichen und jugendlichen Opfern von sexuellen Gewalttaten wird durch Vermittlung von Wissen über den Prozessverlauf Sicherheit gegeben. Ängste und Belastungen der Opferzeugen werden abgebaut und ihre Aussagefähigkeit verbessert. Darüber hinaus wird eine Zeugenbegleitung in der Hauptverhandlung sichergestellt.

684 08	051	Förderung von Sanktionsalternativen im Bereich der Jugendstrafrechtspflege und anderer Angebote freier Träger	155,0	155,0
(MG 01)			97,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Förderung von Sanktionsalternativen im Bereich der Jugendstrafrechtspflege (Täter-Opfer-Ausgleich im Jugendstrafverfahren).

684 09	051	Förderung von Therapie- und Beratungsangeboten für Sexual- und Gewaltstraftäter	500,0	500,0
(MG 01)			508,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Förderung ambulanter Therapien-, Trainings- und Beratungsangebote für jugendliche und erwachsene Sexual- und Gewaltstraftäter incl. KIK (häusliche Gewalt).

684 10	051	Fortentwicklung und Koordinierung der Straffälligenhilfe	40,0	40,0
(MG 01)			28,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Fortentwicklung und Koordinierung von Maßnahmen der sozialen Strafrechtspflege, der Straffälligenhilfe und der Opferhilfe durch den Schleswig-Holsteinischen Verband für soziale Strafrechtspflege e.V. (Landesverband Straffälligenhilfe).

685 02	051	Zuschuss für die Primärprävention zur Verhinderung sexueller Übergriffe auf Kinder	90,0	130,0
(MG 01)			90,0	

Mit Vorjahreswerten übertragen von Tit. 685 01.

Erläuterungen:

Veranschlagt für die anfallenden Personalkosten für eine/einen Psychotherapeutin/-therapeuten mit sexualmedizinischer Zusatzausbildung sowie Verwaltungskosten des Zuwendungsempfängers. Das Projekt dient der Primärprävention zur Verhinderung sexueller Übergriffe auf Kinder. Es orientiert sich an dem Projekt "Täter im Dunkelfeld" der Berliner Charité. Das Angebot richtet sich an Männer, die sich selbst als gefährdet für sexuelle Übergriffe auf Kinder einschätzen und eine Behandlung wünschen.

Mehr insbesondere aufgrund der Einrichtung einer 24-Stunden-Telefonbereitschaft.

Summe der Maßnahmegruppe 01			1.705,0	1.745,0
			1.574,3	

06 Einführung eines Qualitätsmanagements mit einem kennzahlengestützten Steuerungssystem

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

525 11	051	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	5,0	15,0
(MG 06)			17,6	

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	

T€

noch zu 525 11

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des Qualitätsmanagement-Systems in den Gerichten und Staatsanwaltschaften.

533 14	051	Beratung und Betreuung "Neue Steuerungsinstrumente"	17,8	7,8
(MG 06)			0,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für den Betreuungsaufwand bei der Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des Qualitätsmanagement-Systems in den Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie die Kosten für die Unterstützung beim Aufbau und Erhalt einer landesweiten Datenbank für die Einführung eines kennzahlengestützten Justizinformationssystems.

Summe der Maßnahmegruppe 06	22,8	22,8
	17,7	

Summe der Ausgaben	247.851,8	246.353,9
	239.716,4	

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	140.075,0 127.016,5	143.322,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,0 71,5	0,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			140.075,0 127.088,0	143.322,0
41 - 49		Personalausgaben	132.265,9 135.772,9	131.861,5
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	110.240,1 98.916,6	108.824,8
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	4.706,8 4.619,6	4.957,6
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	639,0 338,7	710,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 68,6	0,0
Gesamtausgaben			247.851,8 239.716,4	246.353,9
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-107.776,8 -112.628,4	-103.031,9

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Das Kapitel 09 03 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

- 01 Arbeit und Qualifizierung von Gefangenen
- 02 Versorgung und Behandlung von Gefangenen

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme der Tit. der MG 01 und MG 02 verwendet werden.

Einnahmen

111 02	056	Haftkostenbeiträge der Gefangenen	50,0 57,5	50,0
Erläuterungen:				
Mehreinnahmen können für Mehrausgaben bei Tit. der MG 02 verwendet werden.				
Für Haftkostenbeiträge der Gefangenen, die einem freien Beschäftigungsverhältnis außerhalb der Anstalt nachgehen.				
111 03	056	Beteiligung der Gefangenen an besonderen Aufwendungen im Vollzug	40,0 29,8	40,0
Erläuterungen:				
Mehreinnahmen können für Mehrausgaben bei Tit. der MG 02 verwendet werden.				
Die Gefangenen haben eine Energiekostenpauschale für das Betreiben privater elektrischer Geräte zu zahlen, wenn der Gebrauch über einen festgelegten Grundbedarf hinausgeht.				
119 02	056	Sonstige Verwaltungseinnahmen	2,0 0,6	2,0
119 03	056	Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuwendungen einschl. Zinsen	0,0 0,0	0,0
Übertragen nach Tit. 0903 - 119 04				
119 04	056	Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuwendungen einschl. Zinsen	0,0 40,9	0,0
Mit Vorjahreswerten übertragen von Tit. 119 03 aus haushaltssystematischen Gründen.				
Erläuterungen:				
Mehreinnahmen können für Mehrausgaben bei Tit. der MG 01 verwendet werden.				
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.				
119 99	056	Vermischte Einnahmen	20,0 22,8	20,0
Erläuterungen:				
Für Schadensersatzleistungen Gefangener, Erstattungen der Gefangenen für positive Drogenkontrollen sowie Erstattung von Gefangenentransportkosten in Einzelfällen durch andere Länder.				
121 03	056	Ablieferung des Landesbetriebes	115,0 0,0	0,0
Künftig wegfallend.				
124 01	056	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	28,0 27,5	28,0

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 124 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung:

		2015 EUR
1.	von Gebäuden und Räumlichkeiten	12.000
2.	von 3 Landesmietwohnungen	16.000
Summe		28.000

125 01	056	Einnahmen aus der Gewährung von Verpflegung	25,0	25,0
			19,6	

Erläuterungen:

Mehreinnahmen dürfen für Mehrausgaben bei Tit. der MG 02 verwendet werden.

125 02	056	Einnahmen aus den Arbeitsbetrieben	1.740,0	1.740,0
			196,0	

Erläuterungen:

Mehreinnahmen dürfen für Mehrausgaben bei Tit. der MG 01 verwendet werden.

Die Schließung des internen Landesbetriebes Vollzugliches Arbeitswesen (VAW) ist zum 31.12.2013 erfolgt. Im Ist 2013 sind nur die Einnahmen der nicht zum VAW gehörenden Arbeitsbetriebe enthalten.

132 01	056	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	15,0	15,0
			9,8	

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 811 01, 811 02 (MG 01) und 811 03 (MG 02).

231 06	056	Zuschüsse des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales für die Durchführung des XENOS-Projektes "AQUA PLUS"	0,0	0,0
			43,2	

Künftig wegfallend.

232 01	056	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern	2,0	2,0
			0,0	

261 01	056	Erstattung der anteiligen Personal- und Sachkosten durch den Landesbetrieb	0,0	0,0
			2.037,7	

Künftig wegfallend.

356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei den Tit. der OGr. 42 zur Verfügung (vgl. Tit. 422 01 und 428 01)

Vgl. Tit. 916 05.

359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.

359 02	851	Entnahme aus der Rücklage Arbeit und Qualifizierung	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vgl. Vermerk der MG 01 sowie Tit. 919 02 (MG 01).

359 03	851	Entnahme aus der Rücklage Versorgung und Behandlung	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vgl. Vermerk der MG 02 sowie Tit. 919 03 (MG 02).

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
<hr/>				
Summe der Einnahmen			2.037,0 2.485,4	1.922,0

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Ausgaben

422 01	056	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	28.977,7	29.140,1
			29.884,6	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

Die tatsächliche Inanspruchnahme des Mehrbetrags i. H. v. 90 T€ für die Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten erfolgt nach Inkrafttreten der geänderten Erschwerniszulagenverordnung.

Erläuterungen:

Mehr wegen Umsetzung des Beförderungspaketes sowie mehr wegen der Erhöhung der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten, für Sonn- und Feiertage und für den Nachtdienst. Die Zahlung der erhöhten Stundensätze erfolgt in Abhängigkeit vom Inkrafttreten der Verordnung.

422 03	056	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungs-	1.050,0	1.050,0
		dienst	778,8	

427 01	056	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	5,0	5,0
			0,0	

427 03	056	Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen der Versorgung	15,0	15,0
		und Behandlung	1,2	

Erläuterungen:

Vergütet werden u.a. Frisörinnen und Frisöre, deren Anstellung im Rahmen von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen erfolgt.

427 05	056	Vergütungen für Praktikantinnen und Praktikanten	0,0	0,0
			30,1	

428 01	056	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	5.500,0	5.450,0
			5.825,5	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

Erläuterungen:

Weniger aufgrund der Stellenabbaupfades.

443 03	056	Schutzimpfungen	6,0	6,0
			2,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Hepatitisschutzimpfungen der Bediensteten der medizinischen Abteilungen der Justizvollzugsanstalten, für die jährliche Gripeschutzimpfung sowie für die Hepatitis A/B-Schutzimpfungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Allgemeinen Vollzugsdienst und im Werkdienst bei Justizvollzugsanstalten.

453 01	056	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	37,2	30,2
			6,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015
		EUR
1.	Trennungsgeld für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	7.200
2.	Umzugskostenvergütungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	6.000
3.	Trennungsgeld für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungs-	17.000
	dienst	
Summe		30.200

Geringeres Ist 2013 aufgrund der Verschiebung eines Ausbildungslehrganges des Allgemeinen Vollzugsdienstes (AVD) in das Folgejahr. In 2015 weniger aufgrund Anpassung an den Bedarf.

511 01	056	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs-	410,0	345,0
		und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	318,5	

75,0 T€ übertragen nach Tit. 511 05 (MG 02).

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 511 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Büromaterial	75.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	22.000
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	2.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	45.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten und Mobiliar	75.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten und Mobiliar	65.000
7.	Unterhaltung von Geräten	36.000
8.	Sonstiges	25.000
Summe		345.000

75,0 T€ wurden wegen nachträglicher Anpassung an die zum Haushalt 2014 geänderte Haushaltssystematik des Kap. 0903 nach Tit. 511 05 (MG 02) übertragen. Darüber hinaus 10,0 T€ mehr u.a. für in 2015 geplante Anschaffungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des in 2014 durchgeführten Projektes "Einführung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements im Justizvollzug Schleswig-Holstein".

511 02	056	Sicherheitsanlagen	167,0	167,0
			154,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Ersatzbeschaffung von Geräten	32.000
2.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	35.000
3.	Unterhaltung von Geräten	100.000
Summe		167.000

514 01	056	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstkraftfahrzeugen und dgl.	360,0	360,0
			324,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	200.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung	160.000
Summe		360.000

Die Kosten für die Dienstfahrzeuge des Justizvollzugs sind zentral bei Tit. 514 01 veranschlagt.

Im Ist 2013 sind die bis zur Auflösung des internen Landesbetriebes Vollzugliches Arbeitswesen (VAW) bei Tit. 682 01 gebuchten Beträge noch nicht enthalten (vgl. Tit. 682 01).

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 514 01

Nr.	Bestand an Dienstfahrzeugen des Justizvollzuges	Soll 2014	Soll 2015	Bestand am 01.02.2014
1.	Kraftfahrzeuge für Selbstfahrer			
1.1	Personenbeförderung (Pkw)	4	4	4
1.2	Lastenbeförderung (u.a. Brot- und Essenswagen MB-Sprinter)	6	6	6
1.3	Lastenbeförderung (Lkw / Vario-Kipper)	1	1	1
2.	Gefangenentransportfahrzeuge			
2.1	Gefangenentransportwagen (Pkw)	9	9	9
2.2	Gefangenentransportwagen (Kleinbusse)	24	24	24
2.3	Gefangenentransportbusse (Omnibusse)	2	2	2
3.	Landwirtschaftliche Fahrzeuge			
3.1	Kommunaltraktoren (z.B. für Schneeräumung)	5	5	5
3.2	Zugmaschinen (Traktoren/Ackerschlepper für die Bearbeitung von Freiflächen)	3	3	3
4.	Anhänger	8	8	8
Zusammen		62	62	62

Der Fahrzeugbestand der Justizvollzugsanstalten bildet nunmehr auch die bisher im Bestand des zum 31.12.2013 aufgelösten internen Landesbetriebs 'Vollzugliches Arbeitswesen' geführten Fahrzeuge ab, die in 2014 nach dessen Auflösung in den Bestand der Justizvollzugsanstalten überführt wurden. In diesem Zusammenhang wurde die Übersicht u.a. auch um die in den Justizvollzugsanstalten vorhandenen Fahrzeuganhänger erweitert. Weitere insbesondere aus Aussonderungskontingenten des Innenministeriums und Beschlagnahmungen der Staatsanwaltschaften vorhandene Fahrzeuge werden wie bisher nicht mit ausgewiesen.

517 01	056	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	260,0	1.060,0
			233,5	

90,0 T€ übertragen nach Tit. 1220 - 517 91.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind für das Kap. 0903 u.a. die Kosten für Reinigungsmittel, Schädlingsbekämpfung, Wasser- und Abwasserproben. 90,0 T€ wurden im Zusammenhang mit den in den Berufsgenossenschaftlichen Vorschriften für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit (BGV) geregelten "Unfallverhütungsvorschriften Elektrische Anlagen und Betriebsmittel (BGV A3)" nach Tit. 1220 - 517 91 übertragen. Die nach § 5 BGV A 3 erforderlichen und bisher nicht veranschlagten Überprüfungen (sog. BGV A3-Prüfungen) nebst anfallender Kleinreparaturen der ortsfesten Anlagen und Betriebsmittel erfolgt ab 2015 durch die GMSH. Darüber hinaus 90,0 T€ mehr aufgrund des unveränderten Bedarfs und 800,0 T€ mehr für die Durchführung von Inspektionen, für die Wartung und Reparatur von technischen Anlagen durch die GMSH in den Justizvollzugsanstalten.

518 02	056	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	20,0	20,0
			20,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mieten für Fotokopiergeräte.

525 01	056	Ausbildung und Umschulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	99,0	80,0
			53,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2015
		EUR
1.	Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter der Laufbahngruppe 2.1	35.000
2.	Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter der Laufbahngruppe 1.2	30.000
3.	Unterrichtsentschädigungen / Reisekosten / Sonstiges	15.000
Summe		80.000

Geringeres Ist 2013 aufgrund der Verschiebung eines Ausbildungslehrganges des Allgemeinen Vollzugsdienstes (AVD) in das Folgejahr. In 2015 weniger aufgrund Anpassung an den Bedarf.

525 02	056	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	100,0	140,0
			122,1	

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 525 02

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2015 EUR
1.	Fortbildungsveranstaltungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Justizvollzugs im Jugendfeuerwehrzentrum Rendsburg	40.000
2.	Verpflichtende Fortbildungen für die Bereiche des medizinischen Dienstes und der Werkbetriebsveranstaltungen	30.000
3.	Übrige externe Fortbildungen	10.000
4.	Fortbildung für Aufsteigerinnen und Aufsteiger	10.000
5.	Reisekosten	10.000
6.	Durchführung von Schießübungen	20.000
7.	Gesundheitsmanagement	20.000
Summe		140.000

Mehr u.a. für zusätzlichen Fortbildungsbedarf im Zusammenhang mit der Umsetzung des in 2014 durchgeführten Projektes "Einführung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements im Justizvollzug Schleswig-Holstein".

525 03	056	Vergütung für die Prüfung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern	2,0 0,4	2,0
---------------	-----	--	-------------------	------------

526 03	056	Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse	3,0 1,6	3,0
---------------	-----	--	-------------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für Entschädigungen und Reisekosten der Mitglieder von Anstaltsbeiräten bei den Justizvollzugsanstalten (§ 162 StVollzG).

526 05	056	Ärztliche Untersuchungen	15,0 27,6	30,0
---------------	-----	---------------------------------	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 533 02.

Mehr aufgrund Steigerungen bei Anzahl und Umfang für amtsärztliche Untersuchungen.

527 01	056	Dienstreisen	15,0 9,7	15,0
---------------	-----	---------------------	--------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Reisekosten in Inlandsdienstreisen	15.000
2.	Reisekosten in Auslandsdienstreisen	0
3.	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	0
Summe		15.000

Die Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten (einschließlich Fortbildung) sind für die Kapitel 0901 - 0909 zentral im Kap. 0902 bei Tit. 527 01 veranschlagt.

533 01	056	Kosten für private Sicherheitskräfte zur Baustellensicherung	140,0 138,7	140,0
---------------	-----	---	-----------------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für zusätzliche Sicherungsmaßnahmen im Zusammenhang mit den Baustellen in den Justizvollzugsanstalten Lübeck und Neumünster.

533 02	011	Kosten für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte	171,0 73,9	110,0
---------------	-----	--	----------------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für Betriebsärzte und für Fachkräfte der Arbeitssicherheit für den arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutz für die Beschäftigten in den Justizvollzugsanstalten (ohne arbeitende Gefangene; vgl. Tit. 533 08 MG 01).

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
533 03	056	Evaluation der Umsetzung von Strafvollzugsgesetzen	0,0 0,0	25,0
		Erläuterungen: Die Umsetzung von Strafvollzugsgesetzen und der damit verbundenen Leitlinien soll regelmäßig wissenschaftlich begleitet und erforscht werden (Evaluation). In 2015 ist insbesondere die Evaluation des Jugendarrestvollzugsgesetzes geplant.		
533 04	235	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen für die Abschiebungshafteinrichtung Rendsburg	563,0 553,2	93,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind:		
				2015 EUR
1.		Kosten für private Sicherheitskräfte im Rahmen von Sicherungsmaßnahmen für die Abschiebungshafteinrichtung		93.000
Summe				93.000
<p>Der Betrieb der Abschiebungshafteinrichtung Rendsburg wurde mit Ablauf des 30. November 2014 eingestellt. Der für die Sicherungsmaßnahmen der Abschiebungshafteinrichtung bestehende Vertrag wurde frühestmöglich gekündigt und endet mit Ablauf des 31. Januar 2015. Aufgrund der jeweils nachträglichen monatlichen Abrechnung der Leistungen sind für die privaten Sicherheitskräfte im Jahr 2015 noch Mittel für zwei Monate bereitzustellen. Die Kosten für die Dolmetscherleistungen und die soziale Beratung in der Einrichtung entfallen.</p>				
533 06	056	Leistungsentgelte im Rahmen des XENOS-Projektes "AQUA PLUS"	0,0 0,0	0,0
		Künftig wegfallend.		
533 99	056	Leistungsentgelte an die GMSH	32,0 2,7	7,0
		Erläuterungen: Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher Anlagen und Betriebsmittel. Die Überprüfung findet in den Justizvollzugsanstalten - zu unterschiedlichen Terminen - alle zwei Jahre statt. Weniger aufgrund Anpassung an den Bedarf.		
546 06	056	Sachkosten des XENOS-Projektes "AQUA PLUS"	0,0 0,0	0,0
		Künftig wegfallend.		
546 99	056	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	20,0 22,8	25,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind:		
				2015 EUR
1.		Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen und aus Billigkeitserwägungen		1.500
2.		Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen (z.B. Stellenausschreibungen)		12.000
3.		Auslagen für Vorstellungsreisen		1.000
4.		Sonstige vermischte Ausgaben		10.500
Summe				25.000
<p>Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.</p>				
632 04	056	Zuweisungen an andere Länder für den Vollzug der Sicherungsverwahrung	1.005,0 580,9	1.005,0
		Einseitig deckungsfähig zu Lasten Tit. 0902 - 533 05.		

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 632 04

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Unterbringung der schleswig-holsteinischen Sicherungsverwahrten in anderen Ländern (vergl. dazu Staatsvertrag über die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherungsverwahrung und Therapieunterbringung - Gesetz vom 15. Mai 2013, GVOBl. Schl.-H. S. 200).

Geringeres Ist 2013, da der volle Jahresbetrag erstmalig ab 2014 zu leisten war.

632 06	056	Zuschüsse im Rahmen des XENOS-Projektes "AQUA PLUS" an das Partnerland Hessen	0,0	0,0
			32,8	

Künftig wegfallend.

671 01	056	Erstattungen von Aufwendungen an den Landesbetrieb	0,0	0,0
			3.373,1	

Künftig wegfallend.

671 04	056	Zuschüsse zu Versorgungskassenbeiträgen	53,0	53,0
			51,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Versorgungskassenbeiträge für zwei von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland (Nordkirche) beurlaubte und vom Land Schleswig-Holstein als Beamtinnen / als Beamte auf Widerruf eingestellte Pastorinnen / Pastoren. Die Zahlungsverpflichtung ergibt sich aus dem Anspruch der Gefangenen auf religiöse Betreuung nach § 53 Abs. 1 Strafvollzugsgesetz (StVollzG) und § 43 Abs. 1 Jugendstrafvollzugsgesetz (JStVollzG) jeweils i.V.m. § 6 Abs. 1 Nr. 4 des Beamtenversorgungsgesetzes Schleswig-Holstein (SHBeamVG).

682 01	056	Zuführung an den Landesbetrieb	0,0	0,0
			1.100,0	

Künftig wegfallend.

811 01	056	Erwerb von Dienstfahrzeugen	90,0	0,0
			97,0	

812 03	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	50,0	50,0
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind

			2015
			EUR
1.	Ersatzbeschaffungen		50.000
	Summe		50.000

916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			9,9	

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Tit. der OGr. 42 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme der Titel des MG 01 und MG 02 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

01 Arbeit und Qualifizierung von Gefangenen

Mehreinnahmen bei Tit. 119 04, 121 03, 125 02 und 359 02 dürfen für Mehrausgaben der MG 01 verwendet werden. Zusätzlich deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe sowie mit der Maßnahmegruppe 02.

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
511 03 (MG 01)	056	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	330,0 0,0	310,0
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind:		2015
				EUR
		1. Ersatzbeschaffungen von Geräten		150.000
		2. Ergänzungsbeschaffungen von Geräten		130.000
		3. Unterhaltung von Geräten		30.000
		Summe		310.000
<p>Kein Ist 2013, da bis zur Auflösung des internen Landesbetriebes Vollzugliches Arbeitswesen (VAW) am 31.12.2013 diese Ausgaben in den bei Tit. 671 01 und 682 01 gebuchten Beträgen enthalten waren. Weniger aufgrund Anpassung an den Bedarf.</p>				
514 03 (MG 01)	056	Verbrauchsmittel	1.305,0 1,9	1.280,0
		25,0 T€ übertragen nach Tit. 546 01 (MG 01).		
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind:		2015
				EUR
		1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		1.250.000
		2. Fremdleistungen (externe Bearbeitung von Rohstoffen, z.B. Verzinken)		30.000
		Summe		1.280.000
<p>Geringeres Ist 2013, da bis zur Auflösung des internen Landesbetriebes Vollzugliches Arbeitswesen (VAW) am 31.12.2013 diese Ausgaben in den bei Tit. 671 01 gebuchten Beträgen enthalten waren.</p> <p>25,0 T€ wurden wegen nachträglicher Anpassung an die zum Haushalt 2014 geänderte Haushaltssystematik des Kap. 0903 nach Tit. 546 01 (MG 01) übertragen.</p>				
533 07 (MG 01)	056	Sonstige Ausgaben für externe Fachkräfte	200,0 191,6	220,0
		20,0 T€ übertragen von Tit. 533 09 (MG 02).		
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind die Vergütungen für Vorträge und Unterricht, besonders für Lehrgänge zur Erlangung des Haupt- und Real- schulabschlusses und für berufsfördernde Lehrgänge.		
		20,0 T€ wurden wegen Anbindung der sozialen Maßnahme "Deutsch als Zweitsprache" an die schulische Bildung von Tit. 533 09 (MG 02) übertragen.		
		Die Erweiterung der deutschen Sprachkenntnisse ist eine wichtige Voraussetzung für die Teilnahme an schulischen und beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen und Arbeitsangeboten. Die Vermittlung dieser Kenntnisse wird künftig als Teil der schulischen Bildung durch externe Lehrkräfte sichergestellt.		
533 08 (MG 01)	056	Kosten für die arbeitsmedizinische Betreuung der Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten	75,0 44,6	75,0
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind die Ausgaben für Betriebsärzte und für Fachkräfte der Arbeitssicherheit für den arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutz aller arbeitenden Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten (für die Bediensteten vgl. Tit. 533 02).		
		In 2013 wurden u.a. durch Anbieterwechsel geringere Leistungen erbracht.		
535 01 (MG 01)	056	Lehr- und Lernmittel	15,0 13,8	15,0

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 535 01

Erläuterungen:

Veranschlagt für Lehr- und Lernmittel sowie Kosten für Fernlehrgänge.

546 01 (MG 01)	056	Vermischte Verwaltungsausgaben	0,0	25,0
			0,0	

25,0 T€ übertragen von Tit. 514 03 (MG 01).

Erläuterungen:

Veranschlagt sind u.a. die Ausgaben für Gebühren und Beiträge zu Handwerkskammern und Erzeugerverbänden (z.B. Bio-land) sowie Tierärztkosten (Landesgut Moltsfelde).

25,0 T€ wurden wegen nachträglicher Anpassung an die zum Haushalt 2014 geänderte Haushaltssystematik des Kap. 0903 von Tit. 514 03 (MG 01) übertragen.

632 02 (MG 01)	056	Kostenanteil Schleswig-Holsteins an der Umsetzung der Ergebnisse aus den EQUAL-Projekten "e-LiS" und "BABA" im RESO-Nordverbund	2,0	2,0
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die im Rahmen der Kooperationsvereinbarung "RESO-Nordverbund" zwischen den Landesjustizverwaltungen Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein durchgeführten Projekte.

681 05 (MG 01)	056	Arbeitsentgelte, Ausbildungsbeihilfen, Arbeitslosenversicherungsbeiträge für Gefangene	2.995,0	2.995,0
			427,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2015
			EUR
1.	Entgelt gemäß §§ 42,43,176,177 StVollzG, § 57 JStVollzG	1.500.000	1.500.000
2.	Berufsausbildungsbeihilfe gemäß §§ 44, 176 StVollzG; § 57 JStVollzG	800.000	800.000
3.	Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gemäß §§ 341 II, 345 Nr. 3 SGB III; § 18 SGB IV; GefangenenbeitragsVO	650.000	650.000
4.	Taschengeld für unverschuldet arbeitslose Gefangene gemäß § 46, 176 StVollzG; § 59 JStVollzG	45.000	45.000
Summe			2.995.000

Niedriges Ist 2013, da bis zur Auflösung des internen Landesbetriebes Vollzugliches Arbeitswesen (VAW) am 31.12.2013 diese Ausgaben in den bei Tit. 671 01 gebuchten Beträgen enthalten waren.

684 04 (MG 01)	056	Zuschüsse an Bildungsträger zur Förderung der beruflichen Orientierung und Qualifizierung von Strafgefangenen zur Integration in den Arbeitsmarkt	1.380,0	1.380,0
			1.289,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Zuwendungen an Bildungsträger zur Förderung der beruflichen Orientierung und Qualifizierung von Gefangenen zur Integration in den Arbeitsmarkt sowie eines arbeitsmarktorientierten Übergangsmagements. Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen zur Eingliederung von Gefangenen durch Arbeit und Qualifizierung (AQUA) vom 3. Januar 2014 (Amtsblatt Schleswig-Holstein S. 30 ff.).

684 05 (MG 01)	056	Zuschüsse an Bildungsträger zur Förderung der beruflichen Orientierung und Qualifizierung von jugendlichen Strafgefangenen zur Integration in den Arbeitsmarkt	545,0	545,0
			176,7	

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 684 05

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zuwendungen für Maßnahmen der schulischen, berufsvorbereitenden und beruflichen Qualifizierung von Gefangenen der Jugendanstalt Schleswig einschließlich eines arbeitsmarktorientierten Übergangsmagements. Die veranschlagten Mittel sind notwendige Kofinanzierungsmittel des Landes im Rahmen des Landesprogramms Neue Arbeit 2014 - 2020 zur Förderung der Berufsvorbereitung und Ausbildung für junge Gefangene (Aktion B 2). Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Richtlinie zur Förderung von Aktionen der sozialen Inklusion und Bekämpfung von Armut und jeglicher Diskriminierung im Rahmen des Landesprogramms Neue Arbeit (Rahmenrichtlinie Prioritätsachse B) vom 31. März 2014 (Amtsblatt Schleswig-Holstein S. 254 ff.) in Verbindung mit Ergänzenden Förderkriterien des MJKE. Die Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) werden direkt aus dem Epl. 06 (MWAVT) bewirtschaftet.

811 02	056	Erwerb von Dienstfahrzeugen	45,0	123,0
(MG 01)			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

			2015	
			EUR	
1.	Ersatzbeschaffungen			
1.1	1 Ackerschlepper (JVA Neumünster)			50.000
1.2	1 Vario-Kipper (JVA Neumünster)			73.000
Summe				123.000

812 01	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für die Arbeitsbetriebe	150,0	100,0
(MG 01)			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2015	
			EUR	
1.	Ersatzbeschaffungen			100.000
Summe				100.000

919 02	851	Zuführung an die Rücklage Arbeit und Qualifizierung	0,0	0,0
(MG 01)			0,0	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Tit. der MG 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Maßnahmegruppe 01			7.042,0	7.070,0
			2.145,5	

02 Versorgung und Behandlung von Gefangenen

Mehreinnahmen bei Tit. 111 02, 111 03, 125 01 und 359 03 dürfen für Mehrausgaben der MG 02 verwendet werden. Zusätzlich deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe sowie mit der Maßnahmegruppe 01.

511 04	056	Gefangenenbücherei	10,0	10,0
(MG 02)			3,4	

511 05	056	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0	135,0
(MG 02)			0,0	

75,0 T€ übertragen von Tit. 511 01.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 511 05

		2015 EUR
1.	Ersatzbeschaffungen von Geräten	38.000
2.	Ergänzungsbeschaffungen von Geräten	8.000
3.	Unterhaltung von Geräten	29.000
4.	Beschaffungen von Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	55.000
5.	Sonstiges	5.000
Summe		135.000

75,0 T€ wurden für die Beschaffung und Unterhaltung von Ausrüstungsgegenständen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Versorgung und Behandlung von Gefangenen stehen (z.B. Ausstattung der Stationsküchen und ärztliche Instrumente) von Tit. 511 01 übertragen. Darüber hinaus 60,0 T€ mehr für Anschaffungen und Herrichtung von Familienbesuchsräumen im Zusammenhang mit der Stärkung der Familienorientierung im Vollzug.

514 04	056	Verpflegung, Unterbringung, Bekleidung, Körperpflege	2.370,0	2.400,0
(MG 02)			2.336,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2015 EUR
1.	Verpflegung von Gefangenen	2.000.000
2.	Unterbringung, Bekleidung und Körperpflege	400.000
Summe		2.400.000

Mehr aufgrund Anpassung an den Bedarf.

533 09	056	Sonstige Ausgaben für externe Fachkräfte	105,0	85,0
(MG 02)			85,4	

20,0 T€ übertragen nach Tit. 533 07 (MG 01).

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Kosten für Supervisionen im Justizvollzug	20.000
2.	Ausgaben für einen Dolmetscherpool	45.000
3.	Ausgaben für die verstärkte Einbindung externer und ausländischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	20.000
Summe		85.000

20,0 T€ wurden wegen Anbindung der sozialen Maßnahme "Deutsch als Zweitsprache" an die schulische Bildung nach Tit. 533 07 (MG 01) übertragen.

533 10	056	Vergütungen für Pastorinnen und Pastoren, Organistinnen und Organisten und für Frisörinnen und Frisöre	95,0	100,0
(MG 02)			95,3	

Erläuterungen:

Mehr aufgrund Anpassung an den Bedarf.

533 11	056	Gesundheitsfürsorge für Gefangene	2.000,0	3.100,0
(MG 02)			1.755,1	

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 533 11

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015
		EUR
1.	Vergütungen für Ärztinnen und Ärzte	100.000
2.	Zahnärztliche Leistungen einschl. Zahnersatz und Zahnkronen	250.000
3.	Fachärztliche, ambulante und stationäre Untersuchungen und Behandlungen sowie Röntgenaufnahmen	830.000
4.	Physikalisch-medizinische Leistungen (Massagen, Krankengymnastik, Wärmebehandlungen, Inhalationen pp.)	55.000
5.	Arzneimittel, Verbandsmittel, Krankenpflegeartikel, Heil- und Hilfsmittel	1.700.000
6.	Körperersatzstücke, orthopädische und andere Hilfsmittel, Brillen	45.000
7.	Laboruntersuchungen	75.000
8.	Krankentransporte	45.000
Summe		3.100.000

Mehrbedarf für Hepatitis-C Behandlungen von erkrankten Gefangenen. Gemäß § 56 ff. StVollzG ist für die körperliche und geistige Gesundheit des Gefangenen zu sorgen. Der Anspruch erstreckt sich auf die ärztliche und zahnärztliche Behandlung sowie die Versorgung mit Arznei-, Verband-, Heil- und Hilfsmitteln. Art und Umfang der Leistungen richten sich nach den Vorschriften des Sozialgesetzbuches zur gesetzlichen Krankenversicherung (SGB V) und den dazu getroffenen Regelungen.

533 12	056	Für Therapiemaßnahmen, für externe Fachkräfte im Bereich der Schuldnerberatung sowie für Familienorientierung im Vollzug	1.300,0	1.355,0
(MG 02)			1.179,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Gewährleistung des Sicherheitsinteresses der Allgemeinheit durch Therapiemaßnahmen für Sexual- und Gewaltstraftäter sowie für Prävention bzgl. Eigentumsdelikten durch Schuldnerberatung und Suchtberatung in den Justizvollzugsanstalten Kiel, Neumünster, Lübeck und in der Jugendanstalt Schleswig.

Veranschlagt sind:

		2015
		EUR
1.	Therapiemaßnahmen für Sexual- und Gewaltstraftäter	500.000
2.	Gutachten	190.000
3.	Schuldnerberatungen	150.000
4.	Beratung drogenabhängiger Gefangener	370.000
5.	Familienorientierung im Vollzug	55.000
6.	Sonstige Angebote u.a. Anti-Agressionstraining	90.000
Summe		1.355.000

Mehr aufgrund Stärkung der Familienorientierung im Vollzug, insbesondere durch Maßnahmen zur Stärkung der Familienkompetenz (Väter-/ Müttertraining) und für familientherapeutische Angebote.

535 02	056	Für Freizeitgestaltung	110,0	110,0
(MG 02)			93,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt für Werk- und Bastelmaterialien, Tages- und Anstaltszeitungen.

632 07	056	Zuweisungen an andere Länder für die stationäre Behandlung erkrankter Gefangener in Anstalten anderer Verwaltungen	960,0	850,0
(MG 02)			403,6	

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 632 07

Erläuterungen:

Aufgrund eines nach § 65 des Strafvollzugsgesetzes (StVollzG) mit Hamburg geschlossenen Staatsvertrages und mit weiteren Ländern geschlossenen Einzelverträgen zur Erbringung der nach den §§ 56 ff. StVollzG vorgeschriebenen Leistungen veranschlagt für die Unterbringung von:

		2015 EUR
1.	Gefangenen im Zentralkrankenhaus Hamburg	500.000
2.	Gefangenen in Pflegeeinrichtungen oder Vollzugskrankenhäuser anderer Länder	350.000
Summe		850.000

632 08	056	Zuweisungen an andere Länder für den Vollzug von Freiheitsentziehung	126,0	126,0
(MG 02)			78,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt aufgrund einer nach den §§ 8, 9 und 123 des Strafvollzugsgesetzes (StVollzG) i.V.m. den §§ 24 und 26 der Strafvollstreckungsordnung (StVollstrO) geschlossenen Verwaltungsvereinbarung zwischen Schleswig-Holstein und Niedersachsen für die Unterbringung von:

		2015 EUR
1.	Jungen weiblichen Gefangenen in Vechta (Niedersachsen)	70.000
2.	Weiblichen Gefangenen in der sozialtherapeutischen Einrichtung Alfeld des Landes Niedersachsen	56.000
Summe		126.000

681 06	056	Zuschüsse für Verpflegung, Bekleidung und Körperpflege an Gefangene im offenen Vollzug	15,0	15,0
(MG 02)			8,4	

681 07	056	Entlassungshilfen für Gefangene	20,0	20,0
(MG 02)			13,3	

Erläuterungen:

Nach § 75 StVollzG erhalten bedürftige entlassene Gefangene Reisebeihilfen, Überbrückungsbeihilfen und Entlassungsbekleidung.

681 08	056	Entschädigungen an Gefangene und an Hinterbliebene von Gefangenen wegen eines während der Haft erlittenen Unfalls	0,5	0,5
(MG 02)			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Entschädigungen, die sich im Falle eines Anspruches auf Amtshaftung nach § 839 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) i.V.m. Art. 34 des Grundgesetzes (GG) ergeben.

681 09	056	Auslagenerstattungen für Ehrenamtliche im Straffälligenbereich	13,0	13,0
(MG 02)			5,9	

Erläuterungen:

Gemäß Allgemeinverfügung des Ministeriums für Justiz, Arbeit und Europa vom 18.07.2007 - II 202 / 4400 - 228 SH - (SchIHA S. 369) u.a. veranschlagt für Erstattungen von Fahrtkosten und sonstigen Auslagen der ehrenamtlich im Vollzug tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

811 03	056	Erwerb von Dienstfahrzeugen	928,0	169,0
(MG 02)			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2015 EUR
1.	Ersatzbeschaffungen	
1.1	1 Gefangenentransporter (JVA Neumünster)	48.000
1.2	1 Brotwagen MB-Sprinter (JVA Neumünster)	61.000
1.3	1 Essenswagen MB-Sprinter (JVA Neumünster)	60.000
Summe		169.000

812 02	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	173,0	50,0
(MG 02)			741,9	

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 812 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Ersatzbeschaffungen	50.000
Summe		50.000

892 02	056	Investitionszuschuss für die Errichtung von zwei Krankenzimmern für Gefangene im Friedrich-Ebert-Krankenhaus in Neumünster	0,0	0,0
(MG 02)			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagung ist von der Fertigstellung des Bettenhauses im FEK abhängig; in 2015 ist mit der Fertigstellung nicht zu rechnen.

919 03	851	Zuführung an die Rücklage Versorgung und Behandlung	0,0	0,0
(MG 02)			0,0	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei den Tit. der MG 02 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Maßnahmegruppe 02		8.225,5	8.538,5
		6.799,5	

Summe der Ausgaben		54.433,4	55.034,8
		52.776,7	

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2.035,0 404,5	1.920,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	2,0 2.080,9	2,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			2.037,0 2.485,4	1.922,0
41 - 49		Personalausgaben	35.590,9 36.528,4	35.696,3
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	10.292,0 7.858,3	11.842,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	7.114,5 7.541,2	7.004,5
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.436,0 838,9	492,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 9,9	0,0
Gesamtausgaben			54.433,4 52.776,7	55.034,8
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-52.396,4 -50.291,3	-53.112,8

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 des Kapitels 0904 mit Ausnahme des Tit. 526 11 verwendet werden.

Für Mehrausgaben bei den Tit. 412 01 und 526 11 bis 526 17 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 können Mehreinnahmen dieser Kapitel bei den Tit. 111 02 bzw. 112 01 verwendet werden.

Die Ausgaben der Tit. 412 01 sowie der Tit. 526 11 bis 526 17 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 sind gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen

112 01	051	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	1.200,0	1.500,0
			1.616,4	
		Erläuterungen:		
		Vgl. Kapiterläuterung 0902.		
119 01	051	Einnahmen aus Veröffentlichungen	3,0	3,0
			0,5	
119 99	051	Vermischte Einnahmen	0,0	0,0
			0,0	
		Erläuterungen:		
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
132 01	051	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	0,0	0,0
			0,0	
		Erläuterungen:		
		Vgl. Tit. 811 01.		
356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			0,0	
		Erläuterungen:		
		Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. der OGr. 42 zur Verfügung (vgl. Tit. 422 01 und 428 01).		
		Vgl. Tit. 916 05.		
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0	0,0
			0,0	
		Erläuterungen:		
		Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.		
Summe der Einnahmen			1.203,0	1.503,0
			1.616,9	

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Ausgaben

412 01	051	Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	30,0	30,0
			42,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586) und die Kosten für Mitgliederinnen und Mitglieder der Berufsgerichte gemäß § 59 des Gesetzes über die Kammern und die Berufsgerichtsbarkeit für die Heilberufe (HBKG) vom 29. Februar 1996 (GVOBl. Schl.-H., S. 248), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Januar 2014 (GVOBl. Schl.-H., S. 17).

Veranschlagt für:

		2015
		EUR
1.	die Verwaltungsgerichtsbarkeit	20.000
2.	Berufsgerichte für die Heilberufe	10.000
	Summe	30.000

Bis 2013 mit Anteil für das Landesverfassungsgericht; dieser wurde mit dem Haushalt 2014 übertragen nach Epl. 15. Vgl. Kapitelerläuterung 0902.

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	3.830,3	4.160,3
			3.953,4	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

Erläuterungen:

Mehrbedarf zur Finanzierung von 4 neuen Richterstellen und 1 Stelle A9 LG 1.2 für die Geschäftsstelle der Verwaltungsgerichtsbarkeit aufgrund der hohen und weiter ansteigenden Anzahl von Asylverfahren.

422 03	051	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst	5,0	5,0
			0,0	

427 01	051	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.785,0	1.631,1
			1.586,3	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

Erläuterungen:

Weniger aufgrund des Stellenabbaupfades (50,0 T€) und Anpassung an den Bedarf.

453 01	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	1,0	1,0
			0,0	

511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	215,0	215,0
			221,2	

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 511 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Büromaterial	25.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	80.000
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	1.500
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	95.000
5.	Ersatzbeschaffungen von Geräten	6.000
6.	Ergänzungsbeschaffungen von Geräten	2.500
7.	Unterhaltung von Geräten	1.000
8.	Sonstiges	4.000
Summe		215.000

Bis 2013 mit Anteil für das Landesverfassungsgericht; dieser wurde mit dem Haushalt 2014 übertragen nach Epl. 15.

514 01	051	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstkraftfahrzeugen und dgl.	8,0	10,0
			9,0	

Erläuterungen:

Bestand an Kraftfahrzeugen:

	Soll 2014	Soll 2015	Bestand am 01.02.2014
Kleintransporter	1	1	1
Personenkraftwagen	2	2	2
Zusammen	3	3	3

518 02	051	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	16,5	16,5
			16,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mieten für Fotokopiergeräte.

518 99	051	Leasingraten für Fahrzeuge	5,0	5,0
			4,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt für 2 (Vorjahr 2) geleaste Fahrzeuge.

525 02	051	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	13,5	10,0
			10,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Externe Fortbildungsveranstaltungen (z.B. Richterakademie Trier/ Wustrau, Lüneburger Beitragstage, FHVD Altenholz u.ä.)	5.500
2.	Inhouse-Schulungen (z.B. Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Service-Einheiten, Fortbildung für Verwaltungsrichterninnen und -richter zu aktuellen Themen u.ä.)	3.500
3.	Gesundheitsmanagement	1.000
Summe		10.000

526 03	051	Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse	0,0	0,6
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten des Wahlausschusses für die Bestellung ehrenamtlicher Richterinnen und Richter.

526 05	051	Ärztliche Untersuchungen	1,0	1,0
			0,8	

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 526 05

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 0902-533 02.

526 11	051	Auslagen in Rechtssachen	218,0	218,0
			181,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2015
		EUR
1.	Prozesskostenhilfe	100.000
2.	Zeugenentschädigungen	12.000
3.	Sachverständige und Dolmetscherkosten in Asylverfahren	94.500
4.	Sonstige Auslagen in Rechtssachen	11.500
Summe		218.000

Vgl. Kapitel Erläuterung 0902.

527 01	051	Dienstreisen	1,0	1,0
			3,2	

Erläuterungen:

Bis 2013 mit Anteil für das Landesverfassungsgericht; dieser wurde mit dem Haushalt 2014 übertragen nach Epl. 15.

533 99	051	Leistungsentgelte an die GMSH	4,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Vorgesehen für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel. Die Prüfung findet alle 2 Jahre statt.

534 01	051	Fortbildung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

546 99	051	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	1,0	1,0
			4,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015
		EUR
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte aufgrund rechtlicher Verpflichtungen	
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen	
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen	
4.	Sonstige vermischte Ausgaben	1.000
Summe		1.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

Bis 2013 mit Anteil für das Landesverfassungsgericht; dieser wurde mit dem Haushalt 2014 übertragen nach Epl. 15.

811 01	051	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

812 02	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	12,0	21,0
			11,9	

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	

T€

noch zu 812 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Ergänzungsbeschaffungen	9.000
2.	Ersatzbeschaffungen	12.000
Summe		21.000

916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Tit. der OGr. 42 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme des Tit. 526 11 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Ausgaben			6.146,3	6.326,5
			6.044,8	

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.203,0 1.616,9	1.503,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			1.203,0 1.616,9	1.503,0
41 - 49		Personalausgaben	5.651,3 5.581,8	5.827,4
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	483,0 451,1	478,1
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	12,0 11,9	21,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0
Gesamtausgaben			6.146,3 6.044,8	6.326,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-4.943,3 -4.427,9	-4.823,5

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 des Kapitels 0905 mit Ausnahme der Tit. 526 11 bis 526 13 verwendet werden.

Für Mehrausgaben bei den Tit. 412 01 und 526 11 bis 526 17 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 können Mehreinnahmen dieser Kapitel bei den Tit. 111 02 bzw. 112 01 verwendet werden.

Die Ausgaben der Tit. 412 01 sowie 526 11 bis 526 17 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 sind gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen

112 01	051	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	1.450,0	1.200,0
			1.100,6	
		Erläuterungen:		
		Vgl. Kapiterläuterung 0902.		
119 99	051	Vermischte Einnahmen	2,0	2,0
			0,1	
132 01	051	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	0,0	0,0
			0,0	
		Erläuterungen:		
		Vgl. Tit. 811 01.		
356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			0,0	
		Erläuterungen:		
		Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. der OGr. 42 zur Verfügung (vgl. Tit. 422 01 und 428 01).		
		Vgl. Tit. 916 05.		
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0	0,0
			0,0	
		Erläuterungen:		
		Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.		
Summe der Einnahmen			1.452,0	1.202,0
			1.100,7	

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Ausgaben

412 01	051	Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	210,0	210,0
			159,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586).

Vgl. Kapitel Erläuterung 0902.

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	5.500,6	5.507,2
			5.569,4	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

Erläuterungen:

Mehr wegen Umsetzung des Beförderungspaketes.

428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	3.200,0	3.207,4
			3.277,4	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

Erläuterungen:

Mehr wegen Umsetzung des Beförderungspaketes.

453 01	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	12,0	12,0
			11,3	

511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	300,0	300,0
			294,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015
		EUR
1.	Büromaterial	105.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	85.000
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	2.500
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	80.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	15.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	10.000
7.	Unterhaltung von Geräten	1.500
8.	Sonstiges	1.000
Summe		300.000

514 01	051	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstkraftfahrzeugen und dgl.	6,5	7,0
			6,7	

Erläuterungen:

Bestand an Kraftfahrzeugen:

	Soll 2014	Soll 2015	Bestand am 01.02.2014
PKW mit Fahrer/ Fahrer	1	1	1
Zusammen	1	1	1

518 02	051	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	24,0	16,5
			14,3	

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 518 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mieten für Fotokopiergeräte.
Weniger aufgrund Anpassung an die Ist-Entwicklung entsprechend der Vertragslage.

518 99	051	Leasingraten für Dienstfahrzeuge	3,0	3,0
			2,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt für 1 (Vorjahr 1) geleastes Fahrzeug.

525 02	051	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	20,0	28,0
			31,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2015
			EUR
1.		Externe Fortbildungsveranstaltungen (z.B. Richterakademie in Trier/WuStrau, Proberichtertagungen, Tagungen des gehobenen Dienstes u.ä.)	10.000
2.		Inhouse-Schulungen (z.B. Qualifizierung der Service-Einheiten, Schulungen der Kostenbeamten, Fortbildung für Richter/-innen zu aktuellen Themen u.ä.)	10.000
3.		Fortbildung der richterlichen Mediatoren (Güterichter)	5.000
4.		Gesundheitsmanagement	3.000
		Summe	28.000

Mehr aufgrund Anpassung an den Bedarf.

526 03	051	Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse	1,0	1,0
			0,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Entschädigungen und Reisekosten für die Mitglieder der bei dem Landessozial- sowie bei den Sozialgerichten eingerichteten Ausschüsse gem. § 11 Sozialgerichtsgesetz.

526 05	051	Ärztliche Untersuchungen	1,5	1,5
			1,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 0902-533 02.

526 11	051	Entschädigungen für Klägerinnen und Kläger und für Zeuginnen und Zeugen	180,0	180,0
			134,4	

Erläuterungen:

Vgl. Kapitelerläuterung 0902.

526 12	051	Entschädigungen für Sachverständige	2.720,0	2.720,0
			2.539,0	

Erläuterungen:

Vgl. Kapitelerläuterung 0902.

526 13	051	Sonstige Auslagen in Rechtssachen	1.150,0	1.150,0
			1.128,7	

Erläuterungen:

Vgl. Kapitelerläuterung 0902.

527 01	051	Dienstreisen	5,0	5,0
			4,3	

533 04	051	Aufwendungen für Dienstverträge	97,5	97,5
			35,1	

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 533 04

Erläuterungen:

Veranschlagt für zusätzliche externe Kräfte zur Eingangssicherung der Sozialgerichte.

533 99	051	Leistungsentgelte an die GMSH	2,0	2,0
			1,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel. Die Überprüfung findet - zu unterschiedlichen Terminen - alle zwei Jahre statt.

534 01	051	Fortbildung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	2,0	2,0
			1,6	

536 01	051	Umzüge von Dienststellen	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

546 99	051	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbe- träge	1,5	1,5
			3,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2015
			EUR
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen		0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen		0
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen		0
4.	Sonstige vermischte Ausgaben		1.500
Summe			1.500

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

811 01	051	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

812 02	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	80,0	50,0
			84,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2015
			EUR
1.	Ersatzbeschaffungen		50.000
Summe			50.000

Weniger aufgrund Anpassung an den Bedarf.

916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Tit. der OGr. 42 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme der Tit. 526 11 bis 526 13 geleistet werden.

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 919 01

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Ausgaben	13.516,6 13.301,1	13.501,6
---------------------------	------------------------------------	-----------------

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.452,0 1.100,7	1.202,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			1.452,0 1.100,7	1.202,0
41 - 49		Personalausgaben	8.922,6 9.017,4	8.936,6
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	4.514,0 4.198,8	4.515,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	80,0 84,9	50,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0
Gesamtausgaben			13.516,6 13.301,1	13.501,6
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-12.064,6 -12.200,4	-12.299,6

09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 des Kapitels 0906 mit Ausnahme des Tit. 526 11 verwendet werden.

Für Mehrausgaben bei den Tit. 412 01 und 526 11 bis 526 17 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 können Mehreinnahmen dieser Kapitel bei den Tit. 111 02 bzw. 112 01 verwendet werden.

Die Ausgaben der Tit. 412 01 sowie 526 11 bis 526 17 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 sind gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen

112 01	051	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	450,0 306,2	380,0
		Erläuterungen: Vgl. Kapitel Erläuterung 0902.		
119 99	051	Vermischte Einnahmen	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. der OGr. 42 zur Verfügung (vgl. Tit. 422 01 und 428 01). Vgl. Tit. 916 05.		
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.		
Summe der Einnahmen			450,0 306,2	380,0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Ausgaben

412 01	051	Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	5,0	5,0
			5,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586).

Vgl. Kapiterläuterung 0902.

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	1.420,0	1.320,0
			1.271,3	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

Erläuterungen:

Weniger aufgrund Anpassung an den Bedarf.

428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	300,0	250,0
			302,6	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

Erläuterungen:

Weniger aufgrund des Stellenabbaupfades (50,0 T€).

453 01	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	45,0	47,0
			45,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

				2015
				EUR
1.	Büromaterial			4.500
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.			18.000
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten			500
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren			22.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten			1.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten			500
7.	Unterhaltung von Geräten			300
8.	Sonstiges			200
	Summe			47.000

518 02	051	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	3,0	3,0
			2,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mieten für Fotokopiergeräte.

525 02	051	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	4,0	4,0
			3,5	

09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 525 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Externe Fortbildungsveranstaltungen (z.B. Richterakademie in Trier/Wustrau, Norddeutsche Finanzrichtertage in Königsutter, Finanzrichtertage in Berlin u.ä.)	2.500
2.	Inhouse-Schulungen (z.B. Qualifizierung von Mitarbeiter/-innen in Service-Einheiten, Fortbildung der Finanzrichter/-innen zu aktuellen Thmen u.ä.)	1.000
3.	Gesundheitsmanagement	500
Summe		4.000

526 05	051	Ärztliche Untersuchungen	0,5	0,5
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 0902-533 02.

526 11	051	Auslagen in Rechtssachen	35,0	35,0
			23,4	

Erläuterungen:

Vgl. Kapitel Erläuterung 0902.

527 01	051	Dienstreisen	2,0	2,0
			1,1	

533 99	051	Leistungsentgelte an die GMSH	2,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.
Vorgesehen für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel. Die Prüfung findet alle 2 Jahre statt.

546 99	051	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlerträge	1,0	1,0
			1,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen	0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen	0
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen	0
4.	Sonstige vermischte Ausgaben	1.000
Summe		1.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

632 01	051	Kostenanteil an dem Gemeinsamen Senat für Zoll -und Verbrauchsteuersachen beim Finanzgericht in Hamburg	90,0	80,0
			57,9	

Erläuterungen:

Kostenanteil des Landes an dem Gemeinsamen Senat für Zoll- und Verbrauchsteuersachen beim Finanzgericht Hamburg (Freie und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein) gemäß Staatsvertrag vom 14. Juli 1981 (GVOBl. Schl.-H. S. 140), zuletzt geändert durch Staatsvertrag vom 10. März 2014 (GVOBl. Schl.-H. S. 103). Berechnungsgrundlage sind die für Schleswig-Holstein im Verhältnis zu den anderen beteiligten Ländern erledigten Fälle.
Weniger aufgrund Anpassung an die Ist-Entwicklung.

812 02	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	15,0	0,0
			15,0	

09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 812 02

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Tit. der OGr. 42 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme des Tit. 526 11 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Ausgaben

1.922,5	1.747,5
1.728,4	

09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	450,0 306,2	380,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			450,0 306,2	380,0
41 - 49		Personalausgaben	1.725,0 1.579,0	1.575,0
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	92,5 76,5	92,5
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	90,0 57,9	80,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	15,0 15,0	0,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0
Gesamtausgaben			1.922,5 1.728,4	1.747,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1.472,5 -1.422,2	-1.367,5

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 des Kapitels 0908 mit Ausnahme der Tit. 526 13 bis 526 15 sowie 681 01 und 681 02 verwendet werden.

Für Mehrausgaben bei den Tit. 412 01 und 526 11 bis 526 17 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 können Mehreinnahmen dieser Kapitel bei den Tit. 111 02 bzw. 112 01 verwendet werden.

Die Ausgaben der Tit. 412 01 sowie 526 11 bis 526 17 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgaben der Tit. 681 01 bis 681 03 in den Kapitel 0902 und 0908 sind gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen

112 01	051	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	15.375,0 15.688,0	14.700,0
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind:		2015
				EUR
		1. Geldstrafen und Geldbußen		14.000.000
		2. Gerichtskosten		700.000
		Summe		14.700.000
		Vgl. Kapitel Erläuterung 0902.		
112 03	051	Einnahmen aus Vermögensabschöpfung, insbesondere bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität	500,0 386,2	500,0
		Erläuterungen:		
		Der Ansatz ist geschätzt.		
119 02	051	Sonstige Verwaltungseinnahmen	10,0 11,7	10,0
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrlicher Gegenstände.		
119 99	051	Vermischte Einnahmen	50,0 39,6	50,0
132 01	051	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	2,0 3,6	0,0
		Erläuterungen:		
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
231 01	051	Erstattung von Kosten in Staatsschutzsachen	100,0 75,9	100,0
		Erläuterungen:		
		Nach einer Vereinbarung der Justizverwaltungen des Bundes und der Länder erstattet der Bund die dem Land in Staatsschutzsachen entstandenen Kosten, insbesondere in den Fällen, in denen ein Oberlandesgericht in Ausübung der Gerichtsbarkeit des Bundes zuständig war.		
		Der Ansatz ist geschätzt.		
356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. der OGr. 42 zur Verfügung (vgl. Tit. 422 01 und 428 01).		
		Vgl. Tit. 916 05.		
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0 0,0	0,0

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 359 01

Erläuterungen:

Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.

Summe der Einnahmen	16.037,0	15.360,0
	16.205,0	

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Ausgaben

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	20.031,2	20.043,1
			21.078,8	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

Erläuterungen:

Mehr wegen Umsetzung des Beförderungspaketes.

422 03	051	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungs-	20,0	20,0
		dienst	10,5	

427 01	051	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	8,0	8,0
			19,9	

427 04	051	Hausdienst- und sonstige Vergütungen	2,0	2,0
			1,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind ausschließlich Hausdienstvergütungen. In den Fällen, in denen bisher schon Wachtmeisterinnen, Wachtmeister hausmeistergleiche Tätigkeiten (wie z.B. Gartenarbeiten, Schneeräumung, Bedienung der Heizung) gegen Hausdienstvergütungen ausgeübt haben, ist mit Ausnahmegenehmigung des Finanzministeriums gem. § 3 Abs. 2 GMSH-Gesetz diese Tätigkeit -auslaufend- weiterhin zulässig.

427 05	051	Vergütung für Praktikantinnen und Praktikanten	0,0	0,0
			11,3	

428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	9.170,0	8.975,1
			9.366,9	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

Erläuterungen:

200,0 T€ weniger aufgrund des Stellenabbaupfades. Darüber hinaus 5,1 T€ mehr wegen Umsetzung des Beförderungspaketes.

453 01	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	23,5	23,5
			22,8	

459 03	051	Handgeld an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gehobenen Sozialdienst	0,4	0,4
			0,4	

Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 0902-459 03.

Erläuterungen:

Veranschlagt ist das Handgeld für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gehobenen Sozialdienst.

511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	850,0	940,0
			930,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015
		EUR
1.	Büromaterial	310.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	120.000
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	20.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	380.000
5.	Ersatzbeschaffungen von Geräten	60.000
6.	Ergänzungsbeschaffungen	25.000
7.	Unterhaltung von Geräten	20.000
8.	Sonstiges	5.000
	Summe	940.000

Mehr aufgrund Anpassung an den Bedarf.

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

514 01 051 Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstkraftfahrzeugen und dgl. **45,0**
38,9 **45,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	35.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung	10.000
3.	Verbrauchsmittel	0
4.	Sonstiges	0
Summe		45.000

Bestand an Kraftfahrzeugen:

	Soll 2014	Soll 2015	Bestand am 01.02.2014
Kleintransporter	1	1	1
PKW mit Fahrer/ Fahrer	1	1	1
Selbstfahrer-PKW	10	10	10
Zusammen	12	12	12

518 02 051 Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge **60,0**
64,1 **66,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mieten für Fotokopiergeräte.
Anpassung an die Vertragslage.

518 99 051 Leasingraten für Fahrzeuge **20,0**
18,4 **18,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt für 5 (Vorjahr 6) geleaste Fahrzeuge.

525 01 051 Ausbildung und Umschulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten **10,0**
12,1 **12,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Unterrichtsentschädigungen für die Referendarausbildung	8.000
2.	Unterrichtsentschädigungen für die Amtsanwaltsausbildung	2.000
3.	Reisekosten der Amtsanwaltsanwärterinnen und Amtsanwaltsanwärter	2.000
Summe		12.000

525 02 051 Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten **53,0**
50,7 **58,0**

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 525 02

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2015 EUR
1.	Teilnahmen an Lehrgängen und Tagungen	41.100
2.	Sicherheitsausbildung für Justizwachtmeister und andere Bedienstete bei den Staatsanwaltschaften	5.400
3.	Supervision für Staatsanwälte	7.000
4.	Supervision für Gerichtshilfe	1.500
5.	Gesundheitsmanagement	3.000
Summe		58.000

Mehr wegen Anpassung an den Bedarf.

526 05	051	Ärztliche Untersuchungen	8,0	8,0
			5,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 0902-533 02.

526 13	051	Entschädigung für Zeuginnen und Zeugen	250,0	250,0
			196,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586). Vgl. Kapitel Erläuterung 0902.

526 14	051	Entschädigung für Sachverständige	4.030,0	4.230,0
			3.525,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586). Vgl. Kapitel Erläuterung 0902.

526 15	051	Sonstige Auslagen in Rechtssachen	1.200,0	1.200,0
			1.210,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben nach Teil 9 (Auslagen) des Kostenverzeichnisses zum Gerichtskostengesetz (GKG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 2014 (BGBl. I S. 154), zuletzt geändert durch Gesetzes vom 8. Juli 2014 (BGBl. I S. 890) und Teil 3 des Kostenverzeichnisses zum Gerichts- und Notarkostengesetz (GNotKG) vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Juli 2014 (BGBl. I S. 890). Vgl. Kapitel Erläuterung 0902.

527 01	051	Dienstreisen	115,0	120,0
			116,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2015 EUR
1.	Reisen in Verwaltungsangelegenheiten	20.000
2.	Reisen der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte und der Amtsanwältinnen und Amtsanwälte zu auswärtigen Sitzungen	70.000
3.	Reisen der Gerichtshelferinnen und Gerichtshelfer	30.000
Summe		120.000

533 01	051	Aufwendungen für Dienstverträge	77,0	80,0
			73,7	

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 533 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für einen externen Pförtnerdienst.
Mehr wegen Anpassung an die Vertragslage.

533 99	051	Leistungsentgelte an die GMSH	6,0	6,0
			4,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel. Die Überprüfung findet - zu unterschiedlichen Terminen - alle zwei Jahre statt.

536 01	051	Umzüge von Dienststellen	3,0	3,0
			2,0	

537 01	051	Beförderung und Vorführung von Gefangenen einschließlich Reisekosten des Begleitpersonals	10,0	10,0
			4,1	

546 99	051	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	8,0	8,0
			11,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2015	
			EUR	
1.	Unfall- usw.-renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen			0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen			7.000
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen			0
4.	Sonstige vermischte Ausgaben			1.000
Summe				8.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

632 01	051	Anteil Schleswig-Holstein an dem Gemeinsamen Prüfungsamt für die Amtsanwaltsausbildung	27,0	24,0
			12,3	

Erläuterungen:

Gemäß Staatsvertrag über die Einrichtung eines gemeinsamen Studienganges für den Amtsanwaltsdienst und die Errichtung eines gemeinsamen Prüfungsamtes für die Abnahme der Amtsanwaltsprüfung (Gesetz vom 14. Dezember 2006; GVOBl. Schl. H. S. 305) werden die Kosten des Studienganges nach dem Verhältnis der aus den Vertragsländern abgeordneten Beamtinnen und Beamten umgelegt.
Weniger aufgrund Anpassung an den erwarteten Bedarf.

632 02	051	Kostenanteil an der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Verfolgung von NS-Gewalttaten in Ludwigsburg	28,0	32,0
			26,1	

Erläuterungen:

Gemäß Verwaltungsvereinbarung über die Errichtung einer Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen vom 6. November 1958, zuletzt geändert durch Vereinbarung vom 13. Juni 1995 werden die Personal- und Sachausgaben der Zentralen Stelle nach dem Verhältnis der fortgeschriebenen Einwohnerzahl der Länder am 1. April des jeweiligen Haushaltsjahres auf die Landesjustizverwaltungen umgelegt.
Mehr wegen Anpassung an den erwarteten Bedarf.

681 01	051	Entschädigungen an Beschuldigte und Nebenbeteiligte in Strafsachen	100,0	50,0
			24,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Entschädigungen aufgrund der §§ 467, 467 a, 468, 470, 472 b und 473 Strafprozessordnung (StPO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074, ber. S. 1319), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. April 2014 (BGBl. I S. 410) und des Gesetzes über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG) vom 8. März 1971 (BGBl. I S. 157), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1864).

Weniger aufgrund des erwarteten Bedarfs.

681 02	051	Geldbelohnungen für die Mitwirkung der Bevölkerung bei der Aufklärung strafbarer Handlungen und bei der Wiederergreifung entwichener Gefangener	5,0	5,0
			1,5	

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 681 02

Belohnungen dürfen auch ohne Mittel ausgesetzt werden. Die Erläuterungen sind gem. § 17 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Zur Gewährung von Geldbelohnungen an Privatpersonen, durch deren Mitwirkung eine strafbare Handlung schneller aufgeklärt bzw. aufgedeckt wird, und bei der Wiederergreifung entwichener Gefangener.
Es dürfen für das laufende und für das vorausgegangene Haushaltsjahr bis zu 70.000 € ausgelobt werden. Das Finanzministerium ist über die ausgelobten Beträge zu unterrichten.
Der Bedarf ist geschätzt.

811 01	051	Erwerb von Dienstfahrzeugen	34,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

812 02	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	67,5	177,5
			67,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Ersatzbeschaffungen	177.500
	Summe	177.500

Insbesondere auch berücksichtigt sind Beschaffungsbedarfe im Zusammenhang mit der Auslagerung und Interimsunterbringung des Archivgutes der Staatsanwaltschaft Lübeck im Gebäude des ehemaligen Amtsgerichts Bad Schwartau.

916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Tit. der OGr. 42 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme der Tit. 526 13 bis 526 15 sowie 681 01 und 681 02 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Ausgaben	36.261,6	36.414,6
	36.908,0	

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	15.937,0 16.129,1	15.260,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	100,0 75,9	100,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			16.037,0 16.205,0	15.360,0
41 - 49		Personalausgaben	29.255,1 30.512,4	29.072,1
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	6.745,0 6.264,0	7.054,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	160,0 64,4	111,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	101,5 67,2	177,5
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0
Gesamtausgaben			36.261,6 36.908,0	36.414,6
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-20.224,6 -20.703,0	-21.054,6

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 des Kapitels 0909 mit Ausnahme des Tit. 526 11 verwendet werden.

Für Mehrausgaben bei den Tit. 412 01 und 526 11 bis 526 17 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 können Mehreinnahmen bei den Tit. 111 02 bzw. 112 01 verwendet werden.

Die Ausgaben der Tit. 412 01 sowie 526 11 bis 526 17 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 sind gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen

112 01	051	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	950,0	900,0
			879,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015
		EUR
1.	Gerichtskosten und die zu erstattenden Kosten der beigeordneten Rechtsanwälte/innen	899.500
2.	Geldstrafen	500
	Summe	900.000

Vgl. Kapitel Erläuterung 0902.

119 99	051	Vermischte Einnahmen	0,5	0,5
			0,1	
356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. der OGr. 42 zur Verfügung (vgl. Tit. 422 01 und 428 01).

Vgl. Tit. 916 05.

359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.

Summe der Einnahmen			950,5	900,5
			879,5	

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Ausgaben

412 01	051	Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	165,0	165,0
			133,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586).

Vgl. Kapitelerläuterung 0902.

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	2.520,0	2.520,0
			2.676,0	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

427 01	051	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.800,0	1.800,0
			1.710,9	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

453 01	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	5,0	5,0
			6,8	

511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	310,0	310,0
			290,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2015
			EUR
1.		Büromaterial	50.000
2.		Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	60.000
3.		Druck- und Buchbindearbeiten	1.000
4.		Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	160.000
5.		Ersatzbeschaffung von Geräten	15.000
6.		Ergänzungsbeschaffung von Geräten	12.000
7.		Unterhaltung von Geräten	10.000
8.		Sonstiges	2.000
Summe			310.000

518 02	051	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	10,0	10,0
			8,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mieten für Fotokopiergeräte.

525 02	051	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	25,0	25,0
			20,0	

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 525 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Externe Fortbildungsveranstaltungen (z.B. Richterakademie Trier/ Wustrau, Akademie Sankelmark, Verwaltungsakademie Bordesholm, FHVD Altenholz u.ä.)	14.000
2.	Inhouse-Schulungen	10.000
3.	Gesundheitsmanagement	1.000
Summe		25.000

526 05	051	Ärztliche Untersuchungen	1,0 0,4	1,0
--------	-----	---------------------------------	------------	-----

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 0902-533 02.

526 11	051	Auslagen in Rechtssachen	2.150,0 2.137,9	2.450,0
--------	-----	---------------------------------	--------------------	---------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Gebühren und Auslagen der beigeordneten Rechtsanwälte/innen	2.350.000
2.	Entschädigung der Zeugen/innen	55.000
3.	Entschädigungen der Sachverständigen vor Gericht	44.000
4.	Sonstige Auslagen	1.000
Summe		2.450.000

Vgl. Kapitel Erläuterung 0902.

527 01	051	Dienstreisen	12,0 9,5	12,0
--------	-----	---------------------	-------------	------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	12.000
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	0
Summe		12.000

533 04	051	Aufwendungen für Dienstverträge	260,0 20,1	260,0
--------	-----	--	---------------	-------

Erläuterungen:

Veranschlagt für externe Kräfte zur Eingangssicherung der Arbeitsgerichte.

533 99	051	Leistungsentgelte an die GMSH	0,0 0,0	4,0
--------	-----	--------------------------------------	------------	-----

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel. Die Überprüfung findet - zu unterschiedlichen Terminen - alle zwei Jahre statt.

534 02	051	Fortbildung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	4,0 2,8	4,0
--------	-----	--	------------	-----

536 01	051	Umzüge von Dienststellen	0,0 0,0	0,0
--------	-----	---------------------------------	------------	-----

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 536 01

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

541 01	051	Ausrichtung von Tagungen	5,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Im Jahr 2014 fand die Konferenz der Geschäftsleiterinnen und Geschäftsleiter der Norddeutschen Arbeitsgerichte in Schlewswig-Holstein statt.

546 99	051	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	2,0	2,0
			3,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2015
			EUR
1.	Unfall- usw.-renten und Entschädigungen an Dritte aufgrund rechtlicher Verpflichtungen und aus Billigkeitserwägungen		0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen (z.B. Stellenausschreibungen)		2.000
3.	Sonstiges		0
Summe			2.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

684 01	051	An Vereine und Verbände	0,2	0,2
			0,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Beiträge für den Arbeitsgerichtsverband.

812 02	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	15,0	15,0
			15,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2015
			EUR
1.	Ersatzbeschaffungen		15.000
Summe			15.000

916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Tit. der OGr. 42 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme des Tit. 526 11 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Ausgaben			7.284,2	7.583,2
			7.035,8	

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	950,5 879,5	900,5
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			950,5 879,5	900,5
41 - 49		Personalausgaben	4.490,0 4.527,2	4.490,0
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	2.779,0 2.493,4	3.078,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,2 0,2	0,2
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	15,0 15,0	15,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0
Gesamtausgaben			7.284,2 7.035,8	7.583,2
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-6.333,7 -6.156,3	-6.682,7

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Das Kapitel 09 11 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

61 Hanse-Office in Brüssel

Ausgaben

61 Hanse-Office in Brüssel

Die tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 02 stehen für zusätzliche Ausgaben des Kapitels 0911 mit Ausnahme der TG 61 zur Verfügung.

Die Ausgaben des Kapitels sind mit Ausnahme der Titelgruppe 61 gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen

119 01	011	Einnahmen aus zurückzahlenden Zuwendungen einschließlich Zinsen	0,0 0,0	0,0
		Übertragen nach 09 11 - 119 02		
119 02	011	Einnahmen aus zurückzahlenden Zuwendungen einschließlich Zinsen	0,0 3,5	0,0
		Mit Vorjahreswerten übertragen von Tit. 119 01 aus haushaltssystematischen Gründen.		
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
231 01	011	Kostenbeteiligung des Bundes an der Entwicklung und Durchführung von Projekten im Zusammenhang mit der Pflege und der Entwicklung der Ostsee- und Nordseezusammenarbeit	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Einnahmen stehen für zusätzliche Ausgaben bei Tit. 541 02 zur Verfügung.		
232 01	011	Anteilige Erstattungen im Rahmen des Programms INTERREG IV B zur Finanzierung der Kosten für die Prüfbehörde sowie der nationalen Stichprobenkontrollen im Rahmen des Ostseeprogramms	119,0 0,0	119,0
		Erstattungen an das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie für Ausgaben zur Finanzierung der Prüfbehörde sind von den Einnahmen abzusetzen.		
		Erläuterungen: Die Prüfbehörde für das INTERREG IV B Programm des Ostseeraums (Förderperiode 2007 - 2013) ist seit dem 1. Januar 2008 im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie angesiedelt. Die Übernahme der Kosten für die Prüfbehörde und für die nationalen Stichprobenkontrollen durch die am INTERREG IV B Ostseeprogramm beteiligten Bundesländer und Mittel aus der Technischen Hilfe des Ostseeprogramms wird durch eine Verwaltungsvereinbarung geregelt. Die Einnahmen stehen dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie zur Finanzierung der Prüfbehörde zur Verfügung.		
282 01	011	Kostenbeteiligung Dritter an Veranstaltungen	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 541 02 zu verwenden.		
61 Hanse-Office in Brüssel				
		Erläuterungen: Zweckgebundene Einnahmen und Mehreinnahmen können für Mehrausgaben in der Titelgruppe 61 mit Ausnahme des Tit. 529 61 (TG 61) verwendet werden. Siehe Erläuterungen bei TG 61 Ausgaben.		
119 61 (TG 61)	011	Vermischte Einnahmen	0,0 0,0	0,0

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 119 61

Erläuterungen:

Vorsorglicher Leertitel.

124 61	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	73,0	73,0
(TG 61)			72,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Einnahmen aus der Untervermietung (Kaltmiete plus Nebenkosten) von Diensträumen des Hanse-Office im Gebäude Avenue Palmerston 24, 1000 Brüssel an Dritte, vgl. auch Tit. 518 61 (TG 61).

232 61	011	Erstattungsanteil der Freien und Hansestadt Hamburg	336,8	336,8
(TG 61)			345,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der von der Freien und Hansestadt Hamburg zu erstattende Anteil für die gemeinsame Dienststelle (50 % der Gesamtausgaben).

359 61	851	Entnahme aus der Rücklage Hanse-Office Brüssel	0,0	0,0
(TG 61)			0,0	

Erläuterungen:

Vgl. Vermerk Titelgruppe 61 und Tit. 919 61 (TG 61).

Summe der Titelgruppe 61			409,8	409,8
			417,5	

Summe der Einnahmen			528,8	528,8
			421,0	

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
Ausgaben				
526 09	011	Übersetzungsarbeiten und Dolmetschertätigkeiten	11,5 3,4	6,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind Ausgaben für Übersetzungsarbeiten und Dolmetschertätigkeiten insbesondere im Zusammenhang mit der Entwicklung und Pflege der Partnerschaften des Landes Schleswig-Holstein im Ostsee- und Nordseeraum sowie mit der französischen Partnerregion Pays de la Loire. Weniger aufgrund Anpassung an den Bedarf.		
529 10	011	Für Repräsentationsaufgaben in Europaangelegenheiten	12,2 8,8	12,0
		Erläuterungen: Die Verfügungsmittel sind für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen. Die Aufwendungen müssen in einer adäquaten Relation zum jeweiligen Anlass stehen. Bewirtungskosten und Ausgaben für Geschenke sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen. Die Ausgaben sind unter Angabe über den die Aufwendungen verursachenden Anlass sowie über Funktion und Anzahl der Begünstigten einzeln zu belegen.		
541 01	011	Kosten für die Europäische Kommunikations- und Zielgruppenarbeit des Landes	15,4 15,9	15,4
		Erläuterungen: Veranschlagt sind Ausgaben für die fachliche Durchführung von Projekten und Maßnahmen im Rahmen der europapolitischen Kommunikations- und Zielgruppenarbeit des Landes und den strategischen Partnerschaften mit der Europäischen Kommission.		
541 02	011	Aufwendungen für die Pflege und die Entwicklung der Ostsee- und Nordseezusammenarbeit sowie mit Pays de la Loire	62,0 20,0	50,0
		Zusätzliche Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 231 01 und Tit. 282 01 geleistet werden. Erläuterungen: Veranschlagt sind Ausgaben für die fachliche Durchführung von Projekten und Maßnahmen zur Pflege und Entwicklung der regionalen Partnerschaften und der freundschaftlichen Beziehungen im Ostsee- und Nordseeraum sowie mit Pays de la Loire. Des Weiteren können Ausgaben für die zielgruppenorientierte Kommunikation der Beteiligung des Landes an den INTERREG B Programmen Ostsee und Nordsee und an INTERREG Europe (vormals: INTERREG C) sowie im Zusammenhang mit der Kulturpriorität der EU-Strategie geleistet werden.		
632 03	011	Landesanteil an den Kosten für die Errichtung und Unterhaltung von ständigen Repräsentanzen im Ostseeraum	85,0 85,0	85,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind die Anteile des Landes an den Ausgaben für den Betrieb der Schleswig-Holstein-Büros in Tallinn, Riga und Vilnius sowie des Hansebüros Kaliningrad und des Hanse-Office Danzig (Personal- und Sachkosten sowie Mieten). Grundlage hierfür sind: - die Vereinbarung über ein "Hanse-Office" in Danzig/Polen zwischen der Handwerkskammer Pommern/Polen und dem Land Schleswig-Holstein sowie der IHK Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und Projektmanagement Kiel mbH (Rechtsnachfolger: Gesellschaft zur Förderung von Industrie, Handel und Gewerbe in Schleswig-Holstein mbH) vom 25. November 2008/5. Dezember 2008. - die Vereinbarung über die Errichtung und Unterhaltung des Hansebüros Kaliningrad zwischen der autonomen nichtkommerziellen Organisation "Hansebüro Kaliningrad/Schleswig-Holstein Informationsbüro", dem Land Schleswig-Holstein und der IHK Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und Projektmanagement Kiel mbH (Rechtsnachfolger: Gesellschaft zur Förderung von Industrie, Handel und Gewerbe in Schleswig-Holstein mbH) vom Dezember 2011. - der Änderungsvertrag vom 30.12.2011 zum Untermietervertrag vom 27.09.2010 zwischen der Handelskammer Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Anmietung von Räumlichkeiten für das Hansebüro Kaliningrad. Das Hanse-Office in St. Petersburg wird vom Land Schleswig-Holstein ohne Kostenbeteiligung genutzt. Im Gegenzug darf die Hansestadt Hamburg das Hanse-Office in Danzig/Polen ohne Kostenbeteiligung nutzen.		
632 04	011	Kostenanteil für die Prüfaufgaben im Rahmen des INTERREG Europe Programmes	20,0 15,4	5,0

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 632 04

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die anteiligen Ausgaben des Landes an den Prüfaufgaben im Rahmen INTERREG Europe Programmes (vormals: INTERREG C). Grundlage für die Kostenbeteiligung bildet eine Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den beteiligten Ländern.

Weniger wegen Wahrnehmung der Prüfaufgaben für die INTERREG B Programme für den Ostsee- und Nordseeraum in der neuen Förderperiode 2014 bis 2020 durch das Ministerium für Justiz, Kultur und Europa (damit Wegfall der anteiligen Finanzierung durch das Land, vgl. Tit. 0901 - 422 01 und 428 01).

632 09	011	Kostenanteil für den Beobachter der Länder bei der Europäischen Union	18,0	18,0
			14,1	

Erläuterungen:

Die Ausgaben für den Beobachter der Länder bei der Europäischen Union sind im Haushalt des Staatsministeriums Baden-Württemberg veranschlagt.

Nach dem Länderabkommen vom 27. Oktober 1988 in der Neufassung vom 24. Oktober 1996 erstatten die anderen Länder dem Land Baden-Württemberg unter Zugrundelegung des Königsteiner Schlüssels den auf sie entfallenden Anteil am tatsächlichen Aufwand für die Beobachertätigkeit.

Veranschlagt sind die voraussichtlich zu leistenden Zahlungen.

671 01	011	Kostenanteile für die Gemeinsamen Technischen Sekretariate im Rahmen der Programme INTERREG B, INTERREG Europe und INTERACT	83,5	81,6
			70,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die anteiligen Ausgaben des Landes an den Verwaltungskosten (Technische Sekretariate) der INTERREG B-Programme für den Ostseeraum und für den Nordseeraum sowie für das Programm INTERREG Europe (vormals: INTERREG C) sowie für das INTERACT-Programm. Grundlage für die Kostenbeteiligungen bilden Verwaltungsvereinbarungen zwischen dem Bund und den an den jeweiligen Programmen beteiligten Bundesländern.

Weniger wegen Anpassung an den Bedarf in der neuen Förderperiode 2014 - 2020.

671 02	011	Mittel zur Finanzierung von schleswig-holsteinischen Projekten im Rahmen der Programme INTERREG B und INTERREG Europe sowie der politischen Kooperation "STRING" und der regionalen Partnerschaften im Ostseeraum	56,5	56,5
			48,3	

Das Finanzministerium setzt auf Antrag Haushaltsmittel für europarelevante INTERREG-Projekte auf andere Ressorts um.

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Bereitstellung von Mitteln zur Förderung der Beteiligung von schleswig-holsteinischen Partnern an mit EU-Mitteln finanzierten Projekten der INTERREG-Programme B (Ostsee- und Nordsee) und Europe (Vormals: INTERREG C), zur Förderung von Projekten im Rahmen der STRING-Kooperation und der regionalen Partnerschaften des Landes im Ostseeraum.

Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Richtlinie zur Förderung von schleswig-holsteinischen Projekten im Ostsee- und Nordseeraum (INTERREG-, STRING- und Ostseekooperationsrichtlinie) vom 5. Juni 2014 (Amtsblatt Schleswig-Holstein 2014, S. 468 ff.).

676 01	011	Kostenanteil für das Gemeinsame Sekretariat der "STRING"-Kooperation	74,0	74,0
			74,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für die Unterhaltung des Sekretariats der STRING-Kooperation (Personal- und Sachkosten).

684 05	011	Beiträge an die Nordseekommission und an die "Konferenz der Peripheren Küstenregionen" (KPKR)	37,5	38,0
			37,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Beitrag für die Mitgliedschaft des Landes in der Nordsee-Kommission und in der "Konferenz der Peripheren Küstenregionen" zur Stärkung der Schleswig-Holsteinischen Position, insbesondere in Angelegenheiten der "Europäischen Meerespolitik".

684 06	011	Institutionelle Förderung für die Organisation europapolitischer Kommunikations- und Zielgruppenarbeit des Landes	63,8	65,0
			63,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt zur institutionellen Förderung der gemeinsamen Geschäftsstelle von Europa-Union, Europäische Bewegung, Junge Europäische Föderalisten (Landesverbände Schleswig-Holstein).

684 08	011	Zuwendungen für Projektförderungen aufgrund der Partnerschaft mit der französischen Region Pays de la Loire	6,8	6,8
			6,8	

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 684 08

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Förderung von Partnerschaftsprojekten mit der französischen Region Pays de la Loire auf den vereinbarten Gebieten Austausch, wirtschaftliche Entwicklung, Bildung und Kultur, erneuerbare Energien und Umwelt, Meerespolitik.

684 09	011	Förderung der Academia Baltica	50,0	50,0
			50,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt zur institutionellen Förderung der Academia Baltica (Personal- und Sachkosten).

685 01	011	Europäische Kommunikations- und Zielgruppenarbeit des Landes zur Förderung der Europafähigkeit	14,3	14,3
			5,9	

Mit Vorjahreswerten übertragen von Tit. 685 02.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Zuwendungen an Dritte zur Durchführung von Projekten und Maßnahmen im Rahmen der europäischen Kommunikations- und Zielgruppenarbeit des Landes zur Förderung der Europafähigkeit.

Die bisher separat bei Tit. 685 02 veranschlagten Ausgaben für Kooperationsprojekte zur Förderung der Europafähigkeit der Landes- und Kommunalverwaltung sind nach Tit. 685 01 übertragen worden und werden künftig gemeinsam mit den Zuwendungsmitteln zur Durchführung von Projekten und Maßnahmen im Rahmen der europäischen Zielgruppenarbeit des Landes veranschlagt.

685 02	011	Maßnahmen zur Stärkung und Förderung der Europafähigkeit	0,0	0,0
			0,0	

Mit Vorjahreswerten übertragen nach Tit. 68501.

61 Hanse-Office in Brüssel

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

Zweckgebundene Einnahmen und Mehreinnahmen der TG 61 können für Mehrausgaben der TG 61 verwendet werden.

Erläuterungen:

Das Land Schleswig-Holstein und die Freie und Hansestadt Hamburg haben ihre Zusammenarbeit in Europa-, Ostsee- und internationalen Angelegenheiten in einem Staatsvertrag geregelt (GVOBl. Schl.H. 2016, S. 14). Das HO in Brüssel wird in der Rechtsform einer gemeinsamen Dienststelle geführt.

Für die haushaltsmäßige Abwicklung der Finanzen des Hanse-Office ist gem. Artikel 6 des Abkommens das Land Schleswig-Holstein federführend verantwortlich.

Der von der Freien und Hansestadt Hamburg zu erstattende Anteil von 50% der Gesamtausgaben ist als Einnahme bei Tit. 232 61 (TG 61) veranschlagt.

427 61	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	1,0	1,0
(TG 61)			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die voraussichtlichen Entgelte für vorübergehend zu beschäftigende Ortskräfte als Vertretungs- und Aushilfskräfte.

428 61	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	260,0	260,0
(TG 61)			244,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entgelte für fünf Ortskräfte (4 Verwaltungskräfte, 1 Hausmeister) einschließlich aller nach belgischem Recht zu zahlenden Abgaben. Die Entgelte für das aus Schleswig-Holstein entsandte Personal sind im Kapitel 0901 veranschlagt.

443 61	011	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	2,9	2,9
(TG 61)			1,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für eine nach belgischem Recht vorzuhaltende Unfallversicherung für die Ortskräfte.

511 61	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	61,0	61,0
(TG 61)			67,7	

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 511 61

Erläuterungen:

Veranschlagt sind der Geschäftsbedarf (Arbeitsmittel, Bücher, Zeitungen u.ä.) sowie die Leistungsentgelte für Post- und Fernmeldedienstleistungen einschl. Telekommunikation.

517 61	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (ohne GMSH)	70,0	70,0
(TG 61)			69,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die Bewirtschaftung der für das Hanse-Office in Brüssel angemieteten Diensträume in den Gebäuden Avenue Palmerston 20 und 24, vgl. auch Tit. 518 61 (TG 61).

Veranschlagt sind:

			2015
			EUR
1.	Heizung		0
2.	Elektrizität und Gas für Beleuchtung, Heizung und sonstigen Energiebedarf		14.000
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung		48.000
4.	Alarmanlage		3.000
5.	Gebäudeversicherungen		4.300
6.	Sonstiges		700
Summe			70.000

518 61	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume sowie für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	255,0	255,0
(TG 61)			255,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die Miete für die Diensträume des Hanse-Office in Brüssel in den Gebäuden Avenue Palmerston 20 und 24, 1000 Brüssel, vgl. hierzu auch Tit.124 61 (TG 61) und die Miete für die zum Dienstbetrieb erforderlichen Geräte (u.a. Kopiergerät).

Veranschlagt für folgende Grundstücke, Gebäude und Räume:

	Nutzung	Dienststelle	Nutzfläche
1.	Büro- und Veranstaltungsräumlichkeiten	Hanse-Office, Avenue Palmerston 20	748 qm
2.	Büroräume	Hanse-Office, Avenue Palmerston 24 davon 260 qm untervermietet	340 qm
			1.088 qm

519 61	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	7,0	7,0
(TG 61)			9,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die laufende Unterhaltung der für das Hanse-Office in Brüssel angemieteten Gebäude in der Avenue Palmerston 20 und 24.

525 61	011	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	0,5	0,5
(TG 61)			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Fortbildungskosten für die Mitarbeiter/-innen des Hanse-Office einschl. Reisekosten, wenn diese im Zusammenhang mit einer Fortbildung stehen.

526 61	011	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä., Gerichts- und ähnliche Kosten, ärztliche Untersuchungen, Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse	0,6	0,6
(TG 61)			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Rechts- und Beratungskosten sowie die Kosten für ärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hanse-Office.

527 61	011	Dienstreisen	28,0	28,0
(TG 61)			11,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Reisekosten für Dienstreisen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hanse-Office.

529 61	011	Verfüungsmittel für Repräsentationszwecke	3,9	3,9
(TG 61)			1,8	

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 529 61

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur Verfügung für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen (Repräsentationskosten).

533 61	011	Kosten für arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte	0,6	0,6
(TG 61)			0,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung und den sicherheitstechnischen Arbeitsschutz der Ortskräfte.

535 61	011	Kosten für Veranstaltungen und Informationen	55,0	55,0
(TG 61)			39,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für Veranstaltungen, Workshops, Ausstellungen u.ä. Veranstaltungen des Hanse-Office.

546 61	011	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbe- träge	1,0	1,0
(TG 61)			-1,0	

812 61	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0,0	0,0
(TG 61)			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel für die Beschaffung von beweglichen Sachen mit einem Anschaffungswert im Einzelfall von über 5.000 €.

919 61	851	Zuführung an die Rücklage Hanse-Office Brüssel	0,0	0,0
(TG 61)			0,0	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei den Titeln der Titelgruppe 61 mit Ausnahme des Tit. 529 61 (TG 61) sowie bis zur Höhe der nicht für zusätzliche Ausgaben verwendeten Einnahmen geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Titelgruppe 61	746,5	746,5
	698,8	

Summe der Ausgaben	1.357,0	1.324,1
	1.217,5	

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	73,0 75,8	73,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	455,8 345,2	455,8
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			528,8 421,0	528,8
41 - 49		Personalausgaben	263,9 245,1	263,9
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	583,7 501,8	566,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	509,4 470,6	494,2
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0,0 0,0	0,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0
Gesamtausgaben			1.357,0 1.217,5	1.324,1
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-828,2 -796,5	-795,3

09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Das Kapitel 09 40 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

- 02 Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf
- 03 Stiftung Schloss Eutin
- 06 Förderung des Büchereiwesens und der Literatur
- 08 Musikförderung
- 09 Förderung der bildenden Kunst
- 10 Förderung privater und freier Theater
- 11 Förderung der Heimatpflege und Gedenkstätten
- 12 Förderung von Film und Medien
- 13 Internationale Kulturmaßnahmen
- 14 Spartenübergreifende Förderungsmaßnahmen
- 15 Museen und kulturelles Erbe

Die tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 02 stehen für zusätzliche Ausgaben des Kapitels 0940 zur Verfügung.
Die Ausgaben in den Maßnahmegruppen 06 bis 15 dürfen zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 282 01 überschritten werden.

Einnahmen

111 03	187	Friedhofsgebühren, Instandsetzungs- und Pflegepauschalen für den Kadettenfriedhof Plön	0,0 1,5	0,0
		Erläuterungen: Die tatsächlichen Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. 533 01 (MG 11) zur Verfügung.		
119 02	187	Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuwendungen einschließlich Zinsen	0,0 8,5	0,0
		Erläuterungen: Die tatsächlichen Einnahmen stehen für zusätzliche Ausgaben des Kapitels 0940 zur Verfügung; vgl. Kapitelvermerk.		
119 04	183	Entschädigungen von Privaten für Schäden an entliehenen Kunstgegenständen	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Mehrausgaben bei Tit. 534 03 (MG 09) zu verwenden.		
119 05	187	Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuwendungen im Rahmen des INTERREG-Projektes "Düppel 2014"	0,0 0,0	0,0
		Ausgaben dürfen von den tatsächlichen Einnahmen abgesetzt werden. Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel zur Abwicklung der INTERREG-Projekte "Düppel 2014". Sofern Rückzahlungen zuviel gezahlter Zuwendungen erfolgen, sind diese Beträge an die Projekt-Leader Süddänemark weiterzuleiten.		
119 99	187	Vermischte Einnahmen	6,0 11,4	6,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind insbesondere Gebühren für die Bescheinigungen nach dem Umsatzsteuergesetz.		
124 01	186	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	15,0 15,0	15,0
		Erläuterungen: Vorgesehen für Einnahmen aus der Vermietung des sogenannten "Schwarzwaldhauses" im Schwanenweg 13 an den Verein Literaturhaus Schleswig-Holstein e.V..		
132 01	187	Erlöse aus der Liquidation des Landeskulturzentrums Salzbau	0,0 0,0	0,0

09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
noch zu 132 01				
		Erläuterungen: Künftig wegfallend.		
271 01	183	Erstattung der EU im Rahmen des INTERREG-Projektes "Düppel 2014"	85,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Leertitel zur Abwicklung des Projektes "Düppel 2014".		
282 01	183	Beiträge Dritter für Förderungsmaßnahmen der Kunst- und Kulturpflege	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Mehrausgaben bei den Maßnahmegruppen 06 bis 15 zu verwenden; vgl. Kapitelvermerk. Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
282 02	183	Zuschüsse Dritter für die Stiftung Schloss Gottorf	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Mehrausgaben der Maßnahmegruppe 02 zu wenden. Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
282 03	185	Beiträge Dritter zur Förderung von Musikschulen in freier und kommunaler Trägerschaft	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Mehrausgaben bei Tit. 684 08 (MG 08) zu verwenden. Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
282 04	183	Zweckgebundene Beiträge Dritter für Museumsaufgaben	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Mehrausgaben bei Tit. 684 56 (MG 15) zu verwenden. Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
282 05	183	Zuschüsse Dritter für die Stiftung Schloss Eutin	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Mehrausgaben der Maßnahmegruppe 03 zu wenden. Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
282 06	182	Beiträge Dritter zu Projekten Ars Baltica	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Mehrausgaben bei den Tit. 534 06 (MG 13) und 684 48 (MG 13) zu verwenden. Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
282 07	186	Beitrag des Büchereivereins Schleswig-Holstein e.V. für das Kompetenznetzwerk	0,0 5,2	5,2
		Erläuterungen: Die Mehreinnahmen sind zweckgebunden für Mehrausgaben bei Tit. 685 01 zu verwenden.		
282 09	187	Beitrag der Nordkirche gemäß Sondervereinbarung	0,0 0,0	260,0
		Erläuterungen: Mit der evangelisch-lutherischen Kirche in Norddeutschland (Nordkirche) ist am 1. Dezember 2014 eine Sondervereinbarung abgeschlossen worden. Mit dieser Vereinbarung leistet die Nordkirche einen Beitrag für kulturelle Zwecke, insbesondere dem kulturellem Erbe.		
359 15	851	Entnahme aus der Rücklage "Investitionsprogramm Kulturelles Erbe"	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Einnahmen stehen für zusätzliche Ausgaben bei Tit. 893 07 (MG 15) zur Verfügung.		
381 03	891	Einnahmen aus der Glücksspielabgabe zur Aufstockung des für eine Friesenstiftung durch die Kulturstiftung zu verwaltenden Kapitals	50,0 150,0	1,2

09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 381 03

Erläuterungen:

Für den Zeitraum ab 1. Januar 2015 wird keine Glücksspielabgabe mehr anfallen, weil die Umsetzung der EU-Richtlinie zum Ort der Leistung (2008/8/EG des Rates vom 12. Februar 2008) dazu führt, dass Online-Casinospiele der Umsatzsteuer zu unterwerfen sein werden.

Die Glücksspielabgabe für Dezember 2014 wird erst im Januar 2015 anzumelden und abzuführen sein.

381 04	891	Einnahmen aus der Zweckabgabe zur Aufstockung des für eine Friesenstiftung durch die Kulturstiftung verwalteten Kapitals	0,0	287,7
			0,0	

Erläuterungen:

Gemäß § 8 Abs. 4 Gesetz zur Ausführung des Ersten Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (Erster GlüÄndStV AG) vom 1. Februar 2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 64) bzw. § 34 Abs. 4 Gesetz zur Neuordnung des Glücksspiels (Glücksspielgesetz) vom 20. Oktober 2011 (GVOBl. Schl.-H. S. 280), beide zuletzt geändert durch das Gesetz zur institutionellen Förderung des Landesfeuerwehrverbandes vom 15. Dezember 2014 (GVOBl. Schl.-H. S. 493) werden aus den Einnahmen aus Lotteriezweckabgaben Mittel zur Aufstockung des für eine Friesenstiftung durch die Kulturstiftung verwalteten Kapitals bereitgestellt.

Siehe Titel 1111-981 04 MG 02.

Summe der Einnahmen	156,0	575,1
	191,6	

09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
Ausgaben				
526 01	187	Kosten für die Durchführung eines schiedsrichterlichen Verfahrens	200,0 0,0	200,0
		Erläuterungen: Zur Klärung der bestehenden Rechtslage; vgl. § 25 Abs. 7 HG 2015. Das Verfahren wird sich voraussichtlich in das Jahr 2015 erstrecken.		
526 03	187	Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse	2,5 2,5	2,5
534 01	187	Beiträge an Vereine und Gesellschaften	2,0 1,7	1,6
		0,4 T€ übertragen nach Tit. 0944 - 53401.		
		Erläuterungen: Veranschlagt sind insbesondere Mitgliedsbeiträge an den Deutschen Bühnenverein e.V., den Nordwestdeutschen Verband für Altertumforschung e.V. und die Numismatische Kommission der Länder in der Bundesrepublik Deutschland e.V..		
534 04	187	Öffentlichkeitsarbeit in Kulturangelegenheiten einschließlich Durchführung kultureller und künstlerischer Veranstaltungen	59,6 25,3	20,0
		Erläuterungen: Einmaliger Mehrbedarf in 2014 für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen für das "Jahr der kulturellen Bildung" sowie für die ausgeweiteten Aktivitäten des Kulturdialogs (insb. für das Kulturplenum).		
541 01	183	Ausgaben im Zusammenhang mit dem INTERREG-Projekt "Düppel 2014"	18,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Leertitel zur Abwicklung.		
541 02	187	Zur Durchführung von Veranstaltungen	6,8 0,0	21,8
		Erläuterungen: Mehrbedarf für Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem Unesco Welterbekomitee 2015.		
546 01	187	Vermischte Verwaltungsausgaben	0,0 0,0	2,0
632 02	195	Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste	9,5 8,9	0,0
		Übertragen nach Tit. 0940-685 07.		
		Erläuterungen: Künftig wegfallend, vgl. Tit. 685 07.		
671 02	187	An die Kulturstiftung des Landes Schleswig-Holstein	0,0 0,0	0,0
		Einseitig deckungsfähig zu Lasten der Titel des Kapitels 0940.		
		Die Erläuterungen sind verbindlich gem. § 17 Abs. 1 LHO.		
		Erläuterungen: Das Ministerium für Justiz, Kultur und Europa wird ermächtigt, soweit die Kulturstiftung des Landes Schleswig-Holstein aus Bürgschaften im Zusammenhang mit der Planung von musikalischen Veranstaltungen von besonderem Interesse für die Kultur im Land Schleswig-Holstein in Anspruch genommen wird, der Kulturstiftung Bürgschaftsausfälle bis zu einem jährlichen Gesamtvolumen von 20.000 Euro zu erstatten.		
684 02	183	Förderung von INTERREG-Projekten "Düppel 2014"	67,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Leertitel zur Abwicklung.		
685 01	187	Urheberrechtliche Verpflichtungen im Bibliotheksbereich	520,0 418,9	480,0

09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 685 01

Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 282 07 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die auf Grundlage des Urheberrechtsgesetzes zu leistenden urheberrechtlichen Verpflichtungen im Bibliotheksbereich.

Die Einzelheiten der Abgeltung regeln Verträge zwischen dem Bund und den Ländern mit den Verwertungsgesellschaften. Veranschlagt ist der auf das Land, die Gemeinden und freien Träger von Bibliotheken im Land Schleswig-Holstein entfallende Anteil an den Gesamtkosten (Königsteiner Schlüssel) sowie die Kosten für das Kompetenznetzwerk für Bibliotheken (KNB). Weniger aufgrund Anpassung an den erwarteten Bedarf. Der Anteil des Landes für urheberrechtliche Verpflichtungen für wissenschaftliche Bibliotheken wird künftig direkt aus Epl. 10 gezahlt.

685 02	183	An die Stiftung Preußischer Kulturbesitz	878,1 834,8	850,0
--------	-----	---	-----------------------	--------------

Erläuterungen:

Die Stiftung ist durch Gesetz zur Errichtung einer Stiftung "Preußischer Kulturbesitz" und zur Übertragung von Vermögenswerten des ehemaligen Landes Preußen auf die Stiftung vom 25. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 841) errichtet worden.

Die Stiftung ist verpflichtet, einen eigenen Haushaltsplan aufzustellen, der vom Stiftungsrat festgestellt und vom Stiftungsratsvorsitzenden genehmigt wird. Der Finanzbedarf ist entsprechend dem satzungsmäßigen Stimmrecht von Bund und Ländern bereitzustellen.

Die Kosten für Neubauten und ihre Ersteinrichtung einschließlich Grunderwerb tragen je zur Hälfte der Bund und das Land Berlin.

Im Ansatz sind ebenfalls Mittel zur Finanzierung der Deutschen Digitalen Bibliothek enthalten. Das Verwaltungs- und Finanzabkommen zwischen Bund und Ländern über die Errichtung und den Betrieb der Deutschen Digitalen Bibliothek ist mit Wirkung vom 1. Januar 2010 in Kraft getreten. Ab 2013 erfolgt über die Stiftung Preußischer Kulturbesitz ebenfalls die Kostenbeteiligung nach dem Königsteiner Schlüssel für den "Nationalen Spiegelausschuss Erhaltung des kulturellen Erbes".

Weniger aufgrund Anpassung an den erwarteten Bedarf. Der Anteil des Wissenschaftsministeriums für die Deutsche Digitale Bibliothek wird künftig direkt aus Epl. 10 gezahlt.

685 03	187	Zur Aufstockung des für eine Friesenstiftung durch die Kulturstiftung zu verwaltenden Kapitals	50,0 150,0	287,7
--------	-----	---	----------------------	--------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei den Tit. 381 03 und 381 04 geleistet werden.

Erläuterungen:

Für den Zeitraum ab 1. Januar 2015 wird keine Glücksspielabgabe mehr anfallen, weil die Umsetzung der EU-Richtlinie zum Ort der Leistung (2008/8/EG des Rates vom 12. Februar 2008) dazu führt, dass Online-Casinospiele der Umsatzsteuer zu unterwerfen sein werden.

Die Glücksspielabgabe für Dezember 2014 wird erst im Januar 2015 anzumelden und abzuführen sein.

685 06	187	Kulturstiftung der Länder	338,5 332,8	326,3
--------	-----	----------------------------------	-----------------------	--------------

12,2 T€ übertragen nach Tit. 685 07.

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Beitrag des Landes Schleswig-Holstein zu der durch Verwaltungsabkommen errichteten Kulturstiftung der Länder. Da die Finanzkraft der einzelnen Länder in vielen Fällen nicht ausreicht, um wertvolle kulturelle Güter zu erwerben, zu erhalten und vor der Abwanderung in das Ausland zu bewahren, stellen die Länder der Kulturstiftung hierfür jährlich Mittel von insgesamt 9,73 Mio € zur Verfügung. Die Festlegung der Länderbeiträge erfolgt nach dem Königsteiner Schlüssel.

Im Ansatz sind auch die anteiligen Kosten des Landes für den Kulturfinanzbericht und den Kulturwirtschaftsbericht enthalten. Die Aufgabe der Provenienzforschung wird künftig von der Stiftung "Deutsches Zentrum Kulturgutverluste" übernommen, vgl. Tit. 685 07.

685 07	187	Deutsches Zentrum Kulturgutverluste	0,0 0,0	23,2
--------	-----	--	-------------------	-------------

9,5 T€ übertragen von Tit. 632 02 und 12,2 T€ übertragen von Tit. 685 06.

Erläuterungen:

Zum 01.01.2015 wurde von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden eine Stiftung bürgerlichen Rechts "Deutsches Zentrum Kulturgutverluste" in Magdeburg gegründet. Dazu wurde zwischen allen Beteiligten ein Finanzabkommen geschlossen. Die Festlegung der Länderbeiträge erfolgt nach dem Königsteiner Schlüssel.

In 2015 wird zusätzlich eine einmalige Stiftungseinlage von 1,5 T€ fällig. Die Stiftung übernimmt die bisher von der Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste wahrgenommenen Aufgaben sowie die Provenienzforschung.

Demzufolge sind die bisher veranschlagten Mittel für Kulturgutverluste (Tit. 632 02) und Provenienzforschung (Teilansatz des Tit. 685 06) in den neu einzurichtenden Titel "Deutsches Zentrum Kulturgutverluste" zu übertragen.

687 01	195	Anteil des Landes am Erhalt der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau	200,8 200,7	200,8
--------	-----	--	-----------------------	--------------

09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 687 01

Erläuterungen:

Die Regierungschefs von Bund und Ländern haben sich am 19. November 2009 zur gemeinsamen Verantwortung bekannt, die Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau als Ort des beispiellosen Völkermordes während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und Mahnmal der europäischen Geschichte zu erhalten. Sie unterstützen die Absicht, mit der Gründung der internationalen Auschwitz-Birkenau-Stiftung den baulichen Erhalt der Gedenkstätte auf eine dauerhafte finanzielle Grundlage zu stellen. Bund und Länder haben ihre Bereitschaft erklärt - vorbehaltlich der Zustimmung der jeweiligen Haushaltsgesetzgeber - für den Kapitalstock der internationalen Auschwitz-Birkenau-Stiftung im Rahmen des deutschen Beitrags von insgesamt 60 Mio. € einen Betrag von jeweils 30 Mio. € aufzubringen. Der Beitrag der Länder soll in fünf gleichen Jahresraten von 2011 bis 2015 aufgebracht werden, die sich nach dem Königsteiner Schlüssel des Jahres 2010 bemessen. Auf Schleswig-Holstein entfällt ein Anteil von insgesamt 1.003.599 €, der zu entrichtende jährliche Beitrag beziffert sich auf 200.720 €.

892 01	187	Zuschüsse für die Umrüstung auf digitale Kinoprojektionstechnik für Filmtheater in Schleswig-Holstein Künftig wegfallend.	0,0 279,0	0,0
--------	-----	---	---------------------	------------

02 Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

Die tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 282 02 stehen für zusätzliche Ausgaben der Maßnahmegruppe 02 zur Verfügung.

Erläuterungen:

Grundlagen der Stiftung öffentlichen Rechts "Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf" sind das Errichtungsgesetz in der Fassung vom 24. Mai 2012 (GVOB1. 1998, 372) und der Vertrag zur Übernahme der Trägerschaft für das Freilichtmuseum Molfsee zum 01.01.2013 zwischen der Landesregierung, der Landeshauptstadt Kiel, dem Trägerverein Freilichtmuseum Molfsee (FLM) und der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf.

Die wesentlichen strukturellen und organisatorischen Entscheidungen werden in der Stiftungssatzung geregelt. Die Stiftung umfasst folgende Einrichtungen:

1. Archäologisches Landesmuseum
2. Museum für Kunst und Kulturgeschichte
3. Wikinger Museum Haithabu
4. Jüdisches Museum Rendsburg
5. Eisen Kunst Guss Museum Büdelsdorf
6. Kloster Cismar
7. Zentrum für Baltische und Skandinavische Archäologie
8. Freilichtmuseum Molfsee - Landesmuseum für Volkskunde

685 21 (MG 02)	183	Zuschuss für den laufenden Betrieb der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf Erläuterungen: Zuwendung.	6.930,0 6.565,0	6.930,0
-------------------	-----	--	---------------------------	----------------

893 21 (MG 02)	183	Zuschuss für Investitionen der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf Zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Lasten Tit. 893 07 (MG 15). Die Zuweisung an die Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben nach Maßgabe des § 4 Errichtungsgesetz ist getrennt von der Zuweisung an die Stiftung zur Erfüllung vertraglichen Verpflichtungen aus dem Vertrag zur Übernahme der Trägerschaft für das Freilichtmuseum Molfsee vorzunehmen und nachzuweisen. Erläuterungen: Zuwendung.	1.500,0 2.586,7	2.400,0
-------------------	-----	--	---------------------------	----------------

09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 893 21

Investitionszuschuss für laufende Bau- und Substanzerhaltung in allen Liegenschaften der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen sowie für den Erwerb von Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen/ Fahrzeugen.
In 2013 erfolgte eine Verstärkung aus Tit. 893 07 (MG 15) für die Sanierung der Oberflächenentwässerung Schloss Gottorf, der Schmutzwasserentsorgung der Wikinger Siedlung im Winkinger Museum Haithabu und des Jüdisches Museums in Rendsburg Teil 2 sowie umfangreiche Brandschutzmaßnahmen im Schloss Gottorf.
Mehr in 2015 für die Sanierung des Wikinger Museums Haithabu.

893 23	183	Für Schadstoffsanierung Hesterberg	400,0	0,0
(MG 02)			0,0	

Erläuterungen:

Einmalige Veranschlagung in 2014.
Künftig wegfallend.

893 24	183	Für Magazin der volkscundlichen Sammlungen	2.900,0	2.900,0
(MG 02)			0,0	

Verpflichtungsermächtigung (in T€) 2015

Neuverpflichtung insgesamt	370
Davon fällig Haushaltsjahr 2016	370
Davon fällig Haushaltsjahr 2017	
Davon fällig Haushaltsjahr 2018	
Davon fällig Haushaltsjahr 2019 ff	

Zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Gunsten Tit. 893 07 (MG 15).

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Herrichtung im Bestand sowie für einen ergänzenden Neubau für ein Zentralmagazin auf dem Hesterberg.

893 33	183	Für Schadstoffsanierung Hesterberg - Zensusmittel -	400,0	0,0
(MG 02)			0,0	

Erläuterungen:

Einmalige Veranschlagung in 2014, Konkretisierung Zensusmittel, vgl. Tit. 1111-971 01.
Künftig wegfallend.

Summe der Maßnahmegruppe 02	12.130,0	12.230,0
	9.151,7	

03 Stiftung Schloss Eutin

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

Die tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 282 05 stehen für zusätzliche Ausgaben der Maßnahmegruppe 03 zur Verfügung.

Erläuterungen:

Grundlage der rechtsfähigen Stiftung öffentlichen Rechts ist das Gesetz über die "Stiftung Schloss Eutin" vom 3. Dezember 2014 (GVOB. Schl.-H. 2014 S. 372 ff). Die wesentlichen strukturellen und organisatorischen Entscheidungen werden in der Stiftungssatzung geregelt. Die Stiftung hat den Zweck, das kulturhistorisch sehr bedeutende Schloss Eutin mit Museumsinventar, Orangerie, Schlossgarten und Schlossgärtnerei zu erhalten und zu nutzen sowie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Nach dem Errichtungsgesetz erfüllt die Stiftung ihre Ausgaben u.a. aus jährlichen Zuwendungen des Landes nach Maßgabe des Landeshaushalts.

684 03	183	Zuschuss für den laufenden Betrieb der Stiftung Schloss Eutin	190,0	255,0
(MG 03)			258,8	

Erläuterungen:

Zuwendung.

In 2013 erfolgte eine Verstärkung im Rahmen der Deckungsfähigkeit für im Zusammenhang mit Baumaßnahmen entstandenen Kosten für ein Rechtsstreitverfahren, Gerichts- und Anwaltskosten. Ferner wurden HH-Mittel für ein Gutachten zur Neukonzeption der Stiftung Schloss Eutin bereitgestellt (Tit. 1111 - 883 01 (MG 05)).

Ab 2015 wird der erwartete Mehrbedarf für die Umsetzung der Neukonzeption einschließlich eines geschäftsführenden Vorstands veranschlagt.

09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

893 03 183 **Zuschuss für Investitionen der Stiftung Schloss Eutin** **500,0** **435,0**
 (MG 03) 500,0

Zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Lasten Tit. 893 07 (MG 15).

Erläuterungen:

Zuwendung.

Investitionszuschuss für laufende Bau- und Substanzerhaltung der Liegenschaften der Stiftung Schloss Eutin und für den Erwerb von Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen in Höhe von 185,0 T€ sowie für das 3-jährige Projekt Schlossgarten (2013 bis 2015) in Höhe von jährlich 250,0 T€.

Summe der Maßnahmegruppe 03 **690,0** **690,0**
758,8

06 Förderung des Büchereiwesens und der Literatur

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe sowie mit den Maßnahmegruppen 08 bis 15.

684 23 187 **Zuschuss an die dänische Zentralbibliothek** **92,0** **102,0**
 (MG 06) 92,0

Erläuterungen:

Zuwendung.

Institutionelle Förderung.

Veranschlagt ist der Landeszuschuss für das dänische Büchereiwesen im Landesteil Schleswig.

684 26 187 **Leseförderung** **50,0** **50,0**
 (MG 06) 39,5

Erläuterungen:

Zuwendung.

Projektförderung an den Friedrich-Bödecker-Kreis in Schleswig-Holstein e.V. für landesweite Autorenbegegnungen mit Kinder- und Jugendbuchautoren und -autorinnen in Kindergärten, Schulen und Freizeiteinrichtungen sowie an den Büchereiverein Schleswig-Holstein e.V. für die landesweiten Kinder- und Jugendbuchwochen.

684 34 187 **Literaturförderung** **288,0** **290,0**
 (MG 06) 296,7

Erläuterungen:

Zuwendung.

Veranschlagt für:

		2015
		EUR
1.	Institutionelle Förderung und Projektförderung für das Literaturhaus	180.000
2.	Institutionelle Förderung für die Eutiner Landesbibliothek	90.000
3.	Institutionelle Förderung für die Theodor-Storm-Gesellschaft	8.000
4.	Projektförderungen für weitere Literaturprojekte	12.000
	Summe	290.000

Summe der Maßnahmegruppe 06 **430,0** **442,0**
428,2

08 Musikförderung

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe sowie mit den Maßnahmegruppen 06 und 09 bis 15.

09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
684 06 (MG 08)	182	Zuwendungen an den Landesmusikrat Schleswig-Holstein	227,5 222,5	240,0
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2015	
		Neuverpflichtung insgesamt	480	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2016	240	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2017	240	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2018		
		Davon fällig Haushaltsjahr 2019 ff		
		Erläuterungen:		
		Zuwendung.		
		Institutionelle Förderung für den Landesmusikrat Schleswig-Holstein e.V. als Dachorganisation aller musikpädagogischen, musikpflegerischen und berufsständischen Verbände, der musikalischen Ausbildungsstätten sowie der öffentlichen und privaten Einrichtungen, Vereinigungen und Zusammenschlüsse des Musiklebens auf Landesebene. Aufgaben sind Information und Beratung, Vernetzung der schleswig-holsteinischen Musikszene und Förderung des musikalischen Spitzen- und Breitenwachstums sowie die Betreuung und Verwaltung des Instrumentenfundus des Landes.		
		Die Verpflichtungsermächtigungen sind begründet durch die im Kulturdialog vorgesehene Kontraktförderung - Pilotprojekt. Mehr insbesondere wegen Tarifierhöhungen.		
684 08 (MG 08)	185	Zuwendungen an den Landesverband der Musikschulen in Schleswig-Holstein e.V.	143,0 150,5	155,0
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2015	
		Neuverpflichtung insgesamt	310	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2016	155	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2017	155	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2018		
		Davon fällig Haushaltsjahr 2019 ff		
		Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 282 03 geleistet werden.		
		Erläuterungen:		
		Zuwendung.		
		Institutionelle Förderung für den Landesverband der Musikschulen in Schleswig-Holstein e.V.. Der Landesverband unterstützt die Mitgliedsschulen in ihrer Absicht, ihr Angebot den gesellschaftlichen und demographischen Bedingungen anzupassen; er ermittelt Synergieeffekte in der Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Einrichtungen und fördert den musikalischen Spitzenwachstum bis zur Hochschulzulassung.		
		Die Verpflichtungsermächtigungen sind begründet durch die im Kulturdialog vorgesehene Kontraktförderung - Pilotprojekt. Mehr insbesondere wegen Tarifierhöhungen.		
684 09 (MG 08)	185	Zuwendungen an Musikschulen	737,5 650,0	695,0
		Erläuterungen:		
		Zuwendung.		
		Veranschlagt als Projektförderung. Die Förderung richtet sich nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Musikschulen in Schleswig-Holstein (FördMS SH).		
		In 2014 u.a. einmaliger Mehrbedarf (50,0 T€), um den Wegfall des Musikschultalers in 2014 abzufedern. In 2015 mehr insbesondere wegen Tarifierhöhungen.		
684 10 (MG 08)	182	Zuwendungen für das Schleswig-Holstein Musikfestival (SHMF)	1.228,3 1.228,3	1.228,3
		Erläuterungen:		
		Zuwendung.		
		Institutionelle Förderung für die Stiftung Schleswig-Holstein Musik Festival.		
		Siehe auch § 25 Abs. 5 Haushaltsgesetz 2015.		
684 15 (MG 08)	182	Zuwendungen im Bereich der Musik	100,0 104,9	100,0
		Erläuterungen:		
		Zuwendung.		

09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 684 15

Veranschlagt für:

		2015 EUR
1.	Institutionelle Förderung für den Musikerverband Schleswig-Holstein	28.000
2.	Institutionelle Förderung für den Sängerbund	15.500
3	Projektförderung "chiffren"	40.000
4.	Allgemeine Projektförderung Musik	16.500
Summe		100.000

684 16	185	An das Nordkolleg in Rendsburg für Belange der Landesmusikakademie	0,0	25,0
(MG 08)			0,0	

Die Ausgaben sind gesperrt. Die Leistung der Ausgaben bedarf der Einwilligung des Finanzausschusses.

Summe der Maßnahmegruppe 08		2.436,3	2.443,3
		2.356,2	

09 Förderung der bildenden Kunst

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe sowie mit den Maßnahmegruppen 06, 08 und 10 bis 15.

534 03	187	Bestandssicherung und -ergänzung von im Landeseigentum befindlichen Kunstwerken	2,0	2,0
(MG 09)			1,9	

Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 04 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt für Kosten zur Restaurierung, Rahmung, Sockelanfertigung sowie anderer Ergänzungen, die der Substanzerhaltung von Kunstwerken dienen, die sich im Eigentum des Landes befinden.

684 21	187	Zuwendungen an den Landesverband des Bundesverbandes bildender Künstler	55,9	55,9
(MG 09)			55,9	

Erläuterungen:

Zuwendung.
Institutionelle Förderung des Landesverbandes BBK.

684 33	187	Förderung von Projekten im Bereich der Bildenden Kunst und der Kunst im öffentlichem Raum	101,0	100,0
(MG 09)			95,0	

Erläuterungen:

Zuwendung.
Die Projektmittel werden für Ausstellungsvorhaben im Bereich der Bildenden Kunst und zur künstlerischen Ausgestaltung von öffentlichen Gebäuden und Plätzen verwandt. Sie werden auf Antrag von der Kunstkommission des Landes bewertet und von dem für die Kultur zuständigen Ministerium vergeben.

Summe der Maßnahmegruppe 09		158,9	157,9
		152,8	

10 Förderung privater und freier Theater

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe sowie mit den Maßnahmegruppen 06 bis 09 und 11 bis 15.

684 37	181	Förderung der privaten und freien Theater	239,8	290,0
(MG 10)			239,8	

Erläuterungen:

Zuwendung.

09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 684 37

Veranschlagt für:

			2015
			EUR
1.	Institutionelle Förderung der privaten und freien Theater		235.000
2.	Projektförderung		50.000
3.	Projektförderung für Gastspiele des National Performance Netz (NPN) für freie Theater		5.000
Summe			290.000

Die Förderung erfolgt nach der Richtlinie für die institutionelle Landesförderung der privaten und freien Theater in Schleswig-Holstein in der jeweils gültigen Fassung. Institutionell gefördert werden professionelle Theater mit eigenem Ensemble, die mit fester Spielstätte oder als Tourneetheater arbeiten und aufgrund der Empfehlung einer Jury für eine Förderung in einem 4-jährigen Förderzeitraum ausgewählt worden sind. Für den Förderzeitraum 2015 bis 2018 wurden ausgewählt: Die Komödianten (Kiel), das Polnische Theater (Kiel), die Theaterwerkstatt Pflkentangaf (Flensburg), das Combinale (Lübeck), das Kobalt Figurentheater (Lübeck), die Taschenoper (Lübeck), das Figurentheater Wolkenschieber (Griebel-Holzkatzen) und das Marc Schnittger Figurentheater (Kiel).

Im Rahmen der Projektförderung werden neue Produktionen der nicht institutionell geförderten privaten und freien Theater/ Theatergruppen bezuschusst und Zuwendungen für Theaterfestivals gewährt.

Mehrbedarf zur Stärkung der institutionell geförderten privaten und freien Theater (+25,0 T€) und der Projektförderungen (25,0 T€).

684 38	181	Zuwendungen für die Eutiner Festspiele	80,0	80,0
(MG 10)			80,0	

Erläuterungen:

Zuwendung.

Institutionelle Förderung der neuen Eutiner Festspiele.

684 39	181	Zuwendungen an den Amateurtheaterverband und den Niederdeutschen Bühnenbund	46,5	46,5
(MG 10)			46,5	

Erläuterungen:

Zuwendung.

Veranschlagt für:

			2015
			EUR
1.	Institutionelle Förderung für den Amateurtheaterverband		22.345
2.	Institutionelle Förderung für den Niederdeutschen Bühnenbund		24.155
Summe			46.500

Summe der Maßnahmegruppe 10			366,3	416,5
			366,3	

11 Förderung der Heimatpflege und Gedenkstätten

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe sowie mit den Maßnahmegruppen 06 bis 10 und 12 bis 15.

533 01	187	Verwaltung und Bewirtschaftung des Kadettenfriedhofes Plön	10,0	10,0
(MG 11)			11,2	

Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 111 03 geleistet werden.

684 41	187	Zuwendungen für die Förderung der Gedenkstättenarbeit	230,0	230,0
(MG 11)			120,0	

Erläuterungen:

Zuwendung.

09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 684 41

Veranschlagt für die institutionelle Förderung der Bürgerstiftung Gedenkstätten Schleswig-Holstein (BGSH) sowie Projektförderungen für Maßnahmen der Aufklärungs- und Erinnerungsarbeit der Gedenkstätten und historischen Lernorte (über BGSH als Beliehene), sowie Kofinanzierungen von Bundesförderungen für Gedenkstätten und historische Lernorte. Zu diesen gehören z.B. die KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, die KZ-Gedenkstätten Kaltenkirchen, Ahrensböök und Husum-Schwesing, Cap Arkona Neustadt und Neulandhalle.

684 42	187	Förderung und Pflege der niederdeutschen Sprache	70,0	70,0
(MG 11)			67,9	

Erläuterungen:

Zuwendung.

Veranschlagt für:

			2015
			EUR
1.	Institutionelle Förderung der Niederdeutschen Zentren in Leck und Ratzeburg		20.000
2.	Institutionelle Förderung für das Institut für Niederdeutsche Sprache (INS)		43.000
3.	Institutionelle Förderung für den Plattdeutschen Rat		5.000
4.	Besondere Projekte zur Förderung der Niederdeutschen Sprache		2.000
Summe			70.000

Der Landesanteil am INS wird berechnet nach dem Königsteiner Schlüssel auf der Grundlage des Abkommens über die Gemeinsame Finanzierung, in Kraft getreten am 1. Januar 1979.

684 43	187	Zuwendung an den Schleswig-Holsteinischen Heimatbund	166,0	200,0
(MG 11)			216,0	

Erläuterungen:

Zuwendung.

Institutionelle Förderung für den Schleswig-Holsteinischen Heimatbund (SHHB). Der SHHB ist ein Zusammenschluss von in nunmehr 220 Vereinigungen, die etwa 54.000 Mitglieder umfassen. Weitere 119 Verbände und Einrichtungen sind dem SHHB kooperativ angeschlossen. Der SHHB nimmt neben der Kulturarbeit - hierunter fallen u.a. Bereiche wie Pflege des Volkstums, der Kultur und des Geisteslebens, Erhaltung der plattdeutschen und friesischen Sprache, Pflege des Heimat- und Geschichtsbewusstseins - auch Aufgaben aus den Bereichen Landeskunde und Ökologie auf landeskundlicher und wissenschaftlicher Basis wahr. Der SHHB nimmt darüber hinaus die Geschäftsführung für den Plattdeutschen Rat wahr.

Die im Jahr 2013 auf Beschluss des Vorstandes eingesparte Geschäftsführerstelle des SHHB führt zu einer Reduzierung der institutionellen Förderung um 50,0 T€ in 2014. Nach Neuausrichtung des SHHB beteiligt sich das Land mit einer Förderung von 200,0 T€ p.a.

Summe der Maßnahmegruppe 11	476,0		510,0
	415,1		

12 Förderung von Film und Medien

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe sowie mit den Maßnahmegruppen 06 bis 11 sowie 13 bis 15.

684 45	187	Nordische Filmtage Lübeck	70,0	70,0
(MG 12)			70,0	

Erläuterungen:

Zuwendung.

Veranschlagt ist die Projektförderung für die Nordischen Filmtage Lübeck incl. des Fimpreises.

684 46	187	Zuwendung an die Filmförderung Hamburg/Schleswig-Holstein	155,0	160,0
(MG 12)			145,0	

Erläuterungen:

Zuwendung.

Das Land fördert die Filmwerkstatt in Kiel als institutionellen Bestandteil der Filmförderung Hamburg/Schleswig-Holstein gemäß Medienstaatsvertrag in der Fassung vom 2. Februar 2011 (GVOBl. S. 116). Mehr insbesondere wegen Tarifierhöhungen.

09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
684 47 (MG 12)	187	Film- und Medienprojekte	35,0 35,0	35,0
		Erläuterungen: Zuwendung. Veranschlagt für Projektförderung für Kinoprogrammpreise Schleswig-Holstein.		
893 12 (MG 12)	187	Projektförderung von nicht kommerziellen / oder nicht professionell betriebenen Einrichtungen in Schleswig-Holstein für die Modernisierung von Film- und Medientechnik	100,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Einmalige Veranschlagung in 2014 für nicht kommerziell / oder nicht professionell betriebene Einrichtungen in Schleswig-Holstein (z.B. mobile Kinobetriebe, Filmclubs und -festivals), Konkretisierung Zensusmittel, vgl. Tit. 1111-971 01. Künftig wegfallend.		
Summe der Maßnahmegruppe 12			360,0 250,0	265,0
13 Internationale Kulturmaßnahmen				
Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe sowie mit den Maßnahmegruppen 06 bis 12 und 14 bis 15.				
534 06 (MG 13)	187	Regiekosten für internationale Kulturmaßnahmen	41,7 14,8	5,0
		Mehrausgaben dürfen in Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 282 06 geleistet werden, sofern sie nicht bei Tit. 684 48 (MG13) verwendet wurden. 28,8 T€ übertragen nach Tit. 684 48 aus haushaltssystematischen Gründen.		
		Erläuterungen: Veranschlagt für Sachausgaben für Ars Baltica und für regionale kulturelle Kooperationen. Anpassung an den erwarteten Bedarf.		
671 01 (MG 13)	187	Erstattung an das Nordkolleg Rendsburg	30,0 30,0	30,0
		Erläuterungen: Zuwendung. Veranschlagt als Projektförderung für den Betrieb des Ars Baltica Sekretariats im Nordkolleg Rendsburg.		
684 48 (MG 13)	187	Zuwendungen zur Förderung von ostseebezogenen Projekten	200,0 170,5	228,8
		Mehrausgaben dürfen in Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 282 06 geleistet werden, sofern sie nicht bei Tit. 534 06 (MG13) verwendet wurden. 28,8 T€ übertragen von Tit. 534 06 aus haushaltssystematischen Gründen.		
		Erläuterungen: Zuwendung. Veranschlagt für Projektförderungen für die ostseeweite kulturelle Zusammenarbeit, insbesondere für folk Baltica, Blues Baltica, Jazz Baltica und die grenzüberschreitende Kulturkooperation mit der Region Süddänemark. Die in 2014 erhöhte Projektförderung für das Festival JazzBaltica (90,0 T€) wird in 2015 fortgesetzt, darüber hinaus erhält das Nordisk Informationskontor in Flensburg für das Literaturfestival litteraturfest.nu in 2015 eine Projektförderung von 20,0 T€		
684 52 (MG 13)	187	Zuwendungen an deutsch-ausländische Kultureinrichtungen	39,3 47,2	47,2
		Erläuterungen: Zuwendung. Veranschlagt für institutionelle Förderungen sowie Projektförderungen der Auslandsgesellschaften einschl. des Centre Culturel Francais.		

09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
Summe der Maßnahmegruppe 13			311,0	311,0
			262,5	
14		Spartenübergreifende Förderungsmaßnahmen		
Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe sowie mit den Maßnahmegruppen 06 bis 13 und 15.				
633 01 (MG 14)	187	An Schulträger für das Projekt "Kulturschule"	25,0	25,0
			0,0	
Erläuterungen:				
Mit dem Projekt "Kulturschule" werden Schulen ausgezeichnet, die die kulturelle Bildung im besonderen Maße in ihr Schulleben einbeziehen. An dem Projekt können sich alle Schulen des Landes beteiligen. Fünf der besten eingereichten Konzepte werden ausgezeichnet und erhalten über die Schulträger eine Unterstützung für ihre kulturellen schulischen Aktivitäten.				
681 02 (MG 14)	187	Kunstpreis des Landes Schleswig-Holstein	31,0	0,0
			0,0	
Erläuterungen:				
Der Kunstpreis wird alle zwei Jahre verliehen.				
684 53 (MG 14)	187	Spartenübergreifende Kulturprojekte	147,3	145,0
			85,1	
Erläuterungen:				
Zuwendung.				
Veranschlagt sind Projektförderungen insbesondere für innovative Kulturprojekte mit Impuls- und Vorbildfunktion.				
684 54 (MG 14)	187	Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur Schleswig-Holstein	38,0	38,0
			38,0	
Erläuterungen:				
Zuwendung.				
Veranschlagt für die institutionelle Förderung der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur Schleswig-Holstein.				
684 55 (MG 14)	187	Förderung der Einrichtung von Kulturknotenpunkten	0,0	60,0
			0,0	
Verpflichtungsermächtigung (in T€)		2015		
Neuverpflichtung insgesamt		240		
Davon fällig Haushaltsjahr 2016		60		
Davon fällig Haushaltsjahr 2017		60		
Davon fällig Haushaltsjahr 2018		60		
Davon fällig Haushaltsjahr 2019 ff		60		
Erläuterungen:				
Ab 2015 wird der Ausbau von Kulturknotenpunkten unterstützt, um die Kulturarbeit in der Fläche zu sichern. Mit dem Projekt sollen bereits vorhandene Einrichtungen in der Fläche (z.B. Volkshochschulen oder Musikschulen) in die Lage versetzt werden, Kulturangebote sinnvoll zu vernetzen, das Marketing zu intensivieren und Unterstützung im Bereich Projektmanagement, sozialer Teilhabe und Angebotsgestaltung zu leisten. Die drei Kulturknotenpunkte, die im Jahr 2015 eingerichtet werden sollen, sind auf die Dauer von 5 Jahren angelegt. Hierfür wird eine Verpflichtungsermächtigung 2015 in Höhe von 240,0 T€ (jeweils 60,0 T€ fällig in 2016 bis 2019) benötigt.				
684 60 (MG 14)	187	Übergreifende Kulturprojekte des Landeskulturverbandes	25,0	25,0
			32,0	
Erläuterungen:				
Zuwendung.				

09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 684 60

Veranschlagt für Projektförderungen des Landeskulturverbandes.
 Der Landeskulturverband Schleswig-Holstein e.V. ist ein landesweiter, kulturgattungs- und spartenübergreifender sowie überparteilicher, freiwilliger Zusammenschluss. Ihm gehören Kulturinstitutionen,-organisationen und -initiativen sowie kulturell und kulturpolitisch tätige oder interessierte Persönlichkeiten aus Schleswig-Holstein an. Das Land Schleswig-Holstein fördert Projekte, die z.B. der besseren Vernetzung in der Kulturszene dienen.

686 09 (MG 14)	187	Kulturtouristische Initiativen	79,5 79,5	79,5
--------------------------	-----	---------------------------------------	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Zuwendung.

Veranschlagt ist die Projektförderung für die Marketing-Initiative zur Deckung von Personalmehrkosten der Tourismus Agentur Schleswig-Holstein (TASH) sowie für kulturtouristische Projekte.
 Die TASH wird vom MWAVT grundfinanziert; die kulturtouristischen Mittel sind eine sachbezogene Ergänzung.

686 10 (MG 14)	187	Kulturelle Kinder- und Jugendbildung	150,0 164,4	150,0
--------------------------	-----	---	-----------------------	--------------

Erläuterungen:

Zuwendung.

Veranschlagt für Projektförderungen, die Kinder und Jugendliche in ihrer künstlerischen und kulturellen Kompetenz stärken. Insbesondere werden Projekte und Initiativen unterstützt, die die Zusammenarbeit von schulischen und außerschulischen Kultur- und Bildungspartnern fördern.

686 11 (MG 14)	187	Förderung von Künstlerinnen und Künstlern	120,0 82,7	80,0
--------------------------	-----	--	----------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Projektförderungen für die Förderung von Künstlerinnen und Künstlern aus Schleswig-Holstein. Darüber hinaus erhalten die Künstlerhäuser in Lübeck (GEDOK), Eckernförde und Lauenburg eine Unterstützung für ihre Stipendienprogramme.
 Weniger, da die Durchführung der Landesausstellung der Landesstipendiaten nur alle zwei Jahre stattfindet.

893 05 (MG 14)	187	Investitionsförderung soziokultureller Zentren	800,0 62,0	190,0
--------------------------	-----	---	----------------------	--------------

Erläuterungen:

In 2014 Veranschlagung zur Sanierung der soziokulturellen Zentren, Konkretisierung Zensusmittel, vgl. 1111-971 01.
 Fortführung in 2015 in Höhe von 190,0 T€

Summe der Maßnahmegruppe 14			1.415,8 543,7	792,5
------------------------------------	--	--	-------------------------	--------------

15 Museen und kulturelles Erbe

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe und mit den Maßnahmegruppen 06 bis 14.

684 01 (MG 15)	162	Maßnahmen für die Erhaltung schriftlichen Kulturgutes Dritter	300,0 284,7	150,0
--------------------------	-----	--	-----------------------	--------------

150,0 T€ übertragen nach Tit. 685 04 (MG 15) aus haushaltssystematischen Gründen.

Zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Gunsten Tit. 0942-533 03 und Tit. 0943-533 02.

Erläuterungen:

Zuwendung.

09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 684 01

Veranschlagt für Projektförderungen an Dritte. Die Förderrichtlinie ist in Abstimmung.
 In den schleswig-holsteinischen Archiven und Bibliotheken sind ca. 10 % des Gesamtbestandes und damit wertvolles Kulturgut von akutem Papierzerfall (vor allem Säurefraß) bedroht. Die Rettung herausragender Werke kann nur durch zusätzliche Mittel für ihre Bestandserhaltung erreicht werden (z.B. Konservierung, Restaurierung, Verfilmung, Digitalisierung).
 Die Landesmittel sollen auch zur Komplementärförderung des Bundes-Sonderprogramms dienen.
 Insgesamt stehen im Epl. 09 für die Erhaltung schriftlichen Kulturgutes Dritter 400,0 T€ (2013: 400,0 T€) bei folgenden Titeln zur Verfügung:
 150,0 T€ bei Tit. 0940-684 01 (MG 15), 150,0 T€ bei Tit. 0940-685 04 (MG15), 50,0 T€ bei Tit. 0942-533 03 und 50,0 T€ bei Tit. 0943-53302.

684 29 (MG 15)	183	Zuwendung für das Museum Schloss Glücksburg	120,0 80,0	120,0
--------------------------	-----	--	----------------------	--------------

Erläuterungen:

Zuwendung.

Institutionelle Förderung der gemeinnützigen Stiftung Schloss Glücksburg zum Erhalt des Schlossmuseums sowie der historischen Bausubstanz aufgrund der kulturhistorischen Bedeutung des Schlosses.

684 30 (MG 15)	187	Zuwendungen im Rahmen des Zukunftsprogramms Wirtschaft ZPW - Netzwerke zwischen Kultur und Wirtschaft	0,0 12,9	0,0
--------------------------	-----	--	--------------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

684 56 (MG 15)	183	Zuwendungen zur Förderung von Museumsvorhaben	228,7 149,7	188,7
--------------------------	-----	--	-----------------------	--------------

Verpflichtungsermächtigung (in T€) 2015

Neuverpflichtung insgesamt 200

Davon fällig Haushaltsjahr 2016 100

Davon fällig Haushaltsjahr 2017 100

Davon fällig Haushaltsjahr 2018

Davon fällig Haushaltsjahr 2019 ff

Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit.282 04 geleistet werden.

Erläuterungen:

Zuwendung.

Veranschlagt für:

		2015 EUR
1.	Institutionelle Förderung der Stiftung Lübecker Museen	100.000
2.	Institutionelle Förderung des Museumsverbandes Schleswig-Holstein	16.000
3.	Projektförderungen von Museen in Schleswig-Holstein mit übergreifender landesweiter Bedeutung sowie Förderung grenzüberschreitender Projekte	49.700
4.	Landesmittel für das Projekt "Zertifizierung Museen SH" des Zukunftsprogramms Wirtschaft (ZPW)- Netzwerke zwischen Kultur und Wirtschaft	23.000
Summe		188.700

Veranschlagt für Projektförderungen insbesondere für Museumsprojekte im Bereich Museumspädagogik und Kulturtourismus, für Projekte mit grenzüberschreitendem Bezug und für Anschubfinanzierung von wissenschaftlichen Volontariaten.
 In 2014 einmalige Erhöhung (+ 40,0 T€) für das vom Museum für Natur und Umwelt der Hansestadt Lübeck betreute Projekt "Wissenschaftliche Grabungen Groß Pampau".

Die Verpflichtungsermächtigungen sind bestimmt für die vorgesehene Kontraktförderung mit der Stiftung Lübecker Museen, begründet als Ergebnis aus dem Kulturdialog - Pilotprojekt.

09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 684 56

		2015 EUR
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre für 2015 (vgl. Nr. 4 der Erläuterung)	23.000
Summe		23.000

684 57 (MG 15)	183	Zuwendungen zur Sicherung der Museumsstruktur - Digitalisierung und Marketingmaßnahmen - Erläuterungen: Zuwendung. Veranschlagt für Projektförderungen.	75,0 75,0	75,0
--------------------------	-----	--	---------------------	-------------

685 04 (MG 15)	162	Maßnahmen für die Erhaltung schriftlichen Kulturgutes kommunaler Körperschaften 150,0 T€ übertragen von Tit. 684 01 (MG 15) aus haushaltssystematischen Gründen. Zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Gunsten Tit. 0942-533 03 und Tit. 0943-533 02. Erläuterungen: Zuwendung. Veranschlagt für Projektförderungen an kommunale Körperschaften. Die Förderrichtlinie ist in Abstimmung. In den schleswig-holsteinischen Archiven und Bibliotheken sind ca. 10 % des Gesamtbestandes und damit wertvolles Kulturgut von akutem Papierzerfall (vor allem Säurefraß) bedroht. Die Rettung herausragender Werke kann nur durch zusätzliche Mittel für ihre Bestandserhaltung erreicht werden (z.B. Konservierung, Restaurierung, Verfilmung, Digitalisierung). Die Landesmittel sollen auch zur Komplementärförderung des Bundes-Sonderprogramms dienen.	0,0 0,0	150,0
--------------------------	-----	--	-------------------	--------------

893 07 (MG 15)	183	Investitionsprogramm Kulturelles Erbe	2.295,0 1.139,7	1.550,0
Verpflichtungsermächtigung (in T€)		2015		
Neuverpflichtung insgesamt		1.700		
Davon fällig Haushaltsjahr 2016		1.200		
Davon fällig Haushaltsjahr 2017		500		
Davon fällig Haushaltsjahr 2018				
Davon fällig Haushaltsjahr 2019 ff				

Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 359 15 geleistet werden.

Zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Tit. 893 21 (MG 02), 893 03 (MG 03), 0945-893 01, 1209-712 02 und zu Gunsten der Titelgruppe TG 64 des Kapitels 0944.

Zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Lasten Tit. 893 24 (MG 02).

Erläuterungen:

Zuwendung.

Das Land Schleswig-Holstein gewährt nach Maßgabe der Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen aus dem Investitionsprogramm Kulturelles Erbe (IKE) vom 20. November 2014 (Amtsbl.Schl.-H. 2014 S. 847) Maßnahmen zur nachhaltigen Sicherung der kulturgeschichtlich bedeutenden Bauwerke im Land.

		2015 EUR
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre für 2015	250.000
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2014 (Fälligkeitsbeiträge 2015)	500.000
Summe		750.000

Das Investitionsprogramm Kulturelles Erbe wird in 2015 mit 1.550,0 T€ fortgeführt. Darin enthalten ist auch der Kofinanzierungsanteil des Landes für Investitionen der Gedenkstätte Ladelund sowie Ausgaben für Maßnahmen in den Gedenkstätten (u.a. KZ-Gedenkstätten in Husum Schwesing und Kaltenkirchen), darüber hinaus vgl. Tit. 893 23 (MG 02) und Tit. 893 24 (MG 02).

09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
916 01 (MG 15)	851	Zuführung an die Rücklage "Investitionsprogramm Kulturelles Erbe"	0,0 0,0	0,0
<p>Ausgaben dürfen in Höhe der Minderausgaben bei Tit. 893 07 (MG 15) geleistet werden, sofern sie nicht für andere Zwecke verwendet worden sind.</p> <p>Erläuterungen: Vgl. Tit. 359 15 und Tit. 893 07 (MG 15).</p>				
Summe der Maßnahmegruppe 15			3.018,7 1.742,0	2.233,7
Summe der Ausgaben			24.145,8 18.681,9	22.907,8

09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	21,0 36,4	21,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	85,0 5,2	265,2
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	50,0 150,0	288,9
Gesamteinnahmen			156,0 191,6	575,1
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	342,6 57,4	264,9
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	14.908,2 14.057,1	15.167,9
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	8.895,0 4.567,4	7.475,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0
Gesamtausgaben			24.145,8 18.681,9	22.907,8
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-23.989,8 -18.490,3	-22.332,7

09 41 Kirchenangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Ausgaben

684 01	199	Zuschüsse an Kirchen und kirchliche Organisationen	12.822,0	12.822,0
			12.307,2	

Erläuterungen:

		2015 EUR
1.	Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland (Nordkirche) aufgrund des Staatskirchenvertrages vom 23. April 1957 einschließlich Angleichung an die jetzige Beamtenbesoldung	12.603.000
2.	Römisch-katholische Kirche aufgrund des geschlossenen Staatskirchenvertrages vom 12. Januar 2009 einschließlich Angleichung an die jetzige Beamtenbesoldung	219.000
Summe		12.822.000

684 02	199	Zuschüsse für die religiösen und kulturellen Angelegenheiten der jüdischen Landesverbände	500,0	500,0
			420,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Leistungen an den Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Schleswig-Holstein und der Jüdischen Gemeinschaft Schleswig-Holstein auf der Grundlage des Vertrages zwischen den jüdischen Verbänden in Schleswig-Holstein und dem Land Schleswig-Holstein über die Förderung jüdischen Lebens in Schleswig-Holstein vom 25. Januar 2005 (Amtsbl. Schl.-H. 2005 S. 162). Die Mittel sind insbesondere vorgesehen für die soziale Aufgaben der jüdischen Verbände und die Integration ihrer Mitglieder.

684 04	199	Zuschuss an die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Schleswig-Holstein	1,9	1,9
			1,9	

Erläuterungen:

Zuwendung.

685 01	199	“Junge Islamkonferenz“: Programm für islamismusgefährdete Jugendliche	0,0	30,0
			0,0	

Verpflichtungsermächtigung (in T€) 2015

Neuverpflichtung insgesamt	150
Davon fällig Haushaltsjahr 2016	50
Davon fällig Haushaltsjahr 2017	50
Davon fällig Haushaltsjahr 2018	50
Davon fällig Haushaltsjahr 2019 ff	

687 01	199	Landeszuwendungen an kleine Kirchen und kirchliche Organisationen	31,6	31,6
			31,5	

Erläuterungen:

Zuwendung.

Veranschlagt für Landeszuwendungen an:

		2015 EUR
1.	Domkirchengemeinde Ratzeburg	7.800
2.	Evangelisch-Reformierte Gemeinde Lübeck	3.300
3.	Alt-Katholische Gemeinde Nordstrand	11.600
4.	Sonstige	8.900
Summe		31.600

893 01	199	Zuschüsse für Bau- und Sanierungsmaßnahmen der jüdischen Gemeinden	90,0	90,0
			140,0	

Erläuterungen:

Zuwendung

09 41 Kirchenangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
893 02	199	Zuschuss für die Sanierung der Lübecker Synagoge	1.000,0 0,0	0,0
Erläuterungen: Einmaliger Beitrag des Landes in 2014 zur Sanierung der Lübecker Synagoge, Konkretisierung Zensusmittel, vgl. Tit. 1111-971 01. Künftig wegfallend.				
Summe der Ausgaben			14.445,5 12.900,6	13.475,5

09 41 Kirchenangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Abschluss

61 - 69	Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	13.355,5	13.385,5
		12.760,6	
81 - 89	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.090,0	90,0
		140,0	
Gesamtausgaben		14.445,5	13.475,5
		12.900,6	
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-14.445,5	-13.475,5
		-12.900,6	

09 42 Landesarchiv

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Das Kapitel 09 42 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

- 61 Sicherungsverfilmung von Kulturgut
- 62 Archivfachliche Beratung kommunaler und anderer Archive
- 63 Erhaltung von Papierzerfall gefährdeter Archivbestände

Mehreinnahmen bei Tit. 119 05 und 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5 bis 8 mit Ausnahme der TG 61 und TG 62 verwendet werden.

Erläuterungen:

Das Landesarchiv hat seinen Sitz in Schleswig, Prinzenpalais.

Einnahmen

119 05	162	Erlöse und sonstige Einnahmen	0,0 36,5	35,0
		Erläuterungen:		
		Die Mehreinnahmen aus Entgelten für die Bereitstellung von Kopien aus den Archiven stehen für zusätzliche Ausgaben des Kapitels 0942 zur Verfügung, vgl. Kapitelvermerk.		
124 01	162	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	7,6 7,6	8,2
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind die Einnahmen aus der Vermietung zweier Landesmietwohnungen. Mehr aufgrund von Mieterhöhungen.		
132 01	162	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Vgl. Tit. 811 01.		
231 01	162	Erstattung der Kosten für die Sicherungsverfilmung von Kulturgut durch den Bund	135,0 136,2	135,0
		Erläuterungen:		
		Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titelgruppe 61 zu verwenden.		
		Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zu der Konvention vom 14. Mai 1954 zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten vom 10. August 1971 (Bundesgesetzbl. II S. 1025) wurde bestimmt, dass die Länder die Sicherungsverfilmung im Auftrage des Bundes durchführen.		
282 02	162	Beiträge Dritter für Ausstellungs- und Öffentlichkeitsarbeit	0,0 3,7	3,5
		Erläuterungen:		
		Mehreinnahmen stehen zweckgebunden für Mehrausgaben bei Tit. 534 01 zur Verfügung.		
282 03	162	Beiträge für die Betreuung und Übernahme von Archiven von Gebietskörperschaften und Dritter	0,0 133,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titelgruppe 62 zu verwenden.		
		Das Landesarchivgesetz sieht vor, dass das Landesarchiv außer von Dienststellen der Landesverwaltung auch von Kommunen, öffentlich-rechtlichen Körperschaften und anderen Dritten gegen Kostenerstattung die Archivalien übertragen erhalten kann.		
		Ferner berät das Landesarchiv Kommunalarchive gegen Kostenerstattung, um die im Landesarchivgesetz vorgeschriebene archivfachliche Betreuung sicherzustellen.		
		Keine Veranschlagung der zweckgebundenen Einnahmen, da sich abzeichnet, dass sich die Vertragslage mit den Kommunen ändern wird (vgl. auch TG 62).		
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0 0,0	0,0

09 42 Landesarchiv

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 359 01

Erläuterungen:

Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.

Summe der Einnahmen

142,6
317,0

181,7

09 42 Landesarchiv

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Ausgaben

422 01	162	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	647,0	708,0
			733,8	

Erläuterungen:

Mehr zur Finanzierung einer neuen Stelle für eine Archivarin bzw. einen Archivar zur Erarbeitung eines Konzepts für die Archivierung digitaler Unterlagen von Behörden und Gerichten des Landes.

422 03	162	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst	32,0	32,0
			16,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Ausbildung von Diplom-Archivarinnen und -Archivaren.

427 01	162	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	103,1	133,1
			106,5	

30,0 T€ übertragen von Tit. 427 63 (TG 63).

Erläuterungen:

Veranschlagt insbesondere für Aushilfskräfte für das Magazinieren von Archivalien und Nachbereitung von Archivbeständen sowie von Neuzugängen.

428 01	162	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	805,0	885,0
			686,2	

80,0 T€ übertragen von Tit. 428 63 (TG 63).

511 01	162	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	59,0	59,0
			58,1	

514 01	162	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstkraftfahrzeugen und dgl.	2,5	2,5
			1,3	

Erläuterungen:

Bestand an Kraftfahrzeugen:

	Soll 2014	Soll 2015	Bestand am 1.2.2014
Selbstfahrer-PKW	1	1	1
Zusammen	1	1	1

517 01	162	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	15,0	15,0
			10,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten, die von der GMSH nicht übernommen werden:

		2015 EUR
1.	Wasser, Abwasser, Grundsteuer	9.200
2.	Sonstiges	5.800
	Summe	15.000

525 02	162	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	3,0	15,0
			15,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2015 EUR
1.	Externe Fortbildungsveranstaltungen (z.B. Archivschule Marburg, FHVD Altenholz, Bildungszentrum Tannenfelde u.ä.)	13.000
2.	Inhouse-Schulungen	1.000
3.	Gesundheitsmanagement	1.000
	Summe	15.000

09 42 Landesarchiv

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 525 02

Mehr wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

525 04	162	Ausbildung und Umschulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	10,0	30,0
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2015 EUR
1.	Ausbildung der Archivreferendarinnen und -referendare	0
2.	Ausbildung der Archivinspektoranwärterinnen und -anwärter	30.000
	Summe	30.000

Mehr wegen der erhöhten Anzahl von abzurechnenden Ausbildungsmonaten in der Archivschule Marburg bzw. in der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung in Altenholz.

527 01	162	Dienstreisen	12,0	12,0
			11,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Reisekosten in Inlandsdienstreisen	8.000
2.	Reisekosten in Auslandsdienstreisen	3.000
3.	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	1.000
	Summe	12.000

533 01	162	Werkverträge	0,0	20,0
			19,2	

Erläuterungen:

In 2015 bedarfsgerechte Veranschlagung, zuschussneutral, da in 2015 erstmalig auch die Einnahmen bei Tit. 119 05 veranschlagt wurden.

533 02	162	Kosten für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte	2,0	3,0
			2,3	

Erläuterungen:

Gemäß dem Arbeitsschutzgesetz, den entsprechenden Unfallverhütungsvorschriften und dem Gesetz für Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit besteht für Arbeitgeber seit dem 1. Januar 2001 die Verpflichtung, den arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutz sicher zu stellen.

533 03	162	Zur Erhaltung schriftlichen Kulturgutes	0,0	50,0
			0,0	

50,0 T€ übertragen von Tit. 533 63 (TG 63).

Zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Lasten Tit. 0940-684 01 (MG 15) und Tit. 0940- 685 04 (MG 15).

Erläuterungen:

Akuter Papierzerfall bedroht 60 - 70 % der Aktenbestände des Landesarchivs. Die Rettung dieser Archivalien kann nur durch zusätzliche Mittel für eine differenzierte Bestandserhaltung durch Konservierung und Restaurierung erreicht werden; siehe auch Tit. 0940-684 01 (MG 15).

Veranschlagt für Auftragsvergaben zur Papierkonservierung und -restaurierung sowie für Mikroverfilmung und Digitalisierung.

534 01	162	Öffentlichkeitsarbeit sowie für Ausstellungen und Vortragsveranstaltungen	16,2	16,2
			11,6	

Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 282 02 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt zur Vorbereitung und Durchführung wissenschaftlicher Archivausstellungen zur Landesgeschichte und Landeskunde auf 120 qm Ausstellungsfläche im Prinzenpalais sowie für Vortrags- und Seminarveranstaltungen in den Tagungsräumen.

534 02	162	Wissenschaftliche Inventarisierung einschließlich Erwerb von Film- und Bildmaterial und Veröffentlichungskosten	91,8	91,8
			97,3	

09 42 Landesarchiv

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 534 02

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2015 EUR
1.	Wissenschaftliche Inventarisierung	50.000
2.	Erwerb von Film- und Bildmaterial einschl. Veröffentlichungskosten	16.600
3.	Aufbau, Betrieb und Ausbau des Landesfilmarchivs	25.200
Summe		91.800

546 99	162	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	3,0	3,0
			0,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen	0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen	0
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen	0
4.	Sonstige vermischte Ausgaben	3.000
Summe		3.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

811 01	162	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

812 01	162	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	70,0	70,0
			40,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Ergänzungsbeschaffungen für Rollregalanlage	70.000
Summe		70.000

919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen in Höhe der Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5 bis 8 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 359 01.

61 Sicherungsverfilmung von Kulturgut

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 231 01 geleistet werden. Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

428 61	162	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	116,0	116,0
(TG 61)			118,9	

514 61	162	Verbrauchsmittel	10,0	13,0
(TG 61)			11,7	

09 42 Landesarchiv

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
547 61 (TG 61)	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	9,0 5,6	6,0
Summe der Titelgruppe 61			135,0 136,2	135,0
62 Archivfachliche Beratung kommunaler und anderer Archive				
<p>Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 282 03 geleistet werden. Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe. Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel sind Abweichungen von den Stellenübersichten hinsichtlich der Anzahl der Stellen und ihrer Eingruppierung möglich.</p> <p>Erläuterungen: Das Landesarchiv unterstützt die Umsetzung des Landesarchivgesetzes auf kommunaler Ebene durch den Abschluss kostenpflichtiger archivfachlicher Beratungsverträge. Für die Professionalisierung des Archivwesens ist der flexible Einsatz von Personal- und Sachmitteln erforderlich. Bei den Ausgaben der TG 62 handelt es sich um Ausgaben, die abgesehen von der Basisfinanzierung in Höhe von 10,0 T€ durch Einnahmen finanziert werden (vgl. vorstehenden Haushaltsvermerk und Tit. 282 03).</p>				
422 62 (TG 62)	162	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0,0 59,9	0,0
428 62 (TG 62)	162	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0,0 59,6	0,0
547 62 (TG 62)	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben.	0,0 0,0	0,0
684 62 (TG 62)	162	Projekte des Verbandes der Kommunalarchivare	10,0 10,0	10,0
<p>Erläuterungen: Der Verband der Kommunalarchivare (VKA) organisiert die Fortbildung, die Vernetzung und die Öffentlichkeitsarbeit der kommunalen Archive in enger Abstimmung mit dem Landesarchiv Schleswig-Holstein. Der Titel dient der Förderung der Arbeit des VKA.</p>				
Summe der Titelgruppe 62			10,0 129,5	10,0
63 Erhaltung von Papierzerfall gefährdeter Archivbestände				
<p>In 2015 Auflösung der TG 63 und Übertragung in den Grundhaushalt. Die Bekämpfung des akuten Papierzerfalls der Aktenbestände des Landesarchivs gehört dauerhaft zu den Grundaufgaben des Landesarchivs. Künftig wegfallend.</p>				
427 63 (TG 63)	162	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	30,0 0,0	0,0
30,0 T€ übertragen nach Tit. 427 01.				
428 63 (TG 63)	162	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	80,0 0,0	0,0
80,0 € übertragen nach Tit. 428 01.				
429 63 (TG 63)	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0,0 105,7	0,0

09 42 Landesarchiv

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
533 63 (TG 63)	162	Zur Erhaltung schriftlichen Kulturgutes	50,0 0,0	0,0
		50,0 T€ übertragen nach Tit. 533 03.		
547 63 (TG 63)	162	Nicht aufteilbare Verwaltungsausgaben	0,0 3,1	0,0
Summe der Titelgruppe 63			160,0 108,8	0,0
Summe der Ausgaben			2.176,6 2.186,7	2.290,6

09 42 Landesarchiv

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	7,6 44,1	43,2
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	135,0 272,9	138,5
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			142,6 317,0	181,7
41 - 49		Personalausgaben	1.813,1 1.886,9	1.874,1
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	283,5 249,3	336,5
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	10,0 10,0	10,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	70,0 40,5	70,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0
Gesamtausgaben			2.176,6 2.186,7	2.290,6
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-2.034,0 -1.869,7	-2.108,9

09 43 Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Mehreinnahmen bei Tit. 119 01, 119 02 und 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HG. 5 bis 8 verwendet werden.

Erläuterungen:

Die Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek hat ihren Sitz im Sartori-Speicher in Kiel.

Einnahmen

111 01	162	Gebühren und tarifliche Entgelte	0,0 0,0	0,0
119 01	162	Einnahmen aus dem Verkauf von Fotokopien	10,0 8,7	10,0
		Erläuterungen: Vgl. Kapitelvermerk.		
119 02	162	Einnahmen aus Katalogverkäufen und Veranstaltungen	30,0 35,2	35,0
		Erläuterungen: Vgl. Kapitelvermerk.		
231 01	162	Zuweisung für die Erhaltung des schriftlichen Kulturgutes	0,0 24,0	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
282 02	162	Zuweisung der Deutschen Forschungsgemeinschaft für das Projekt "Kooperative Erschließung und Nutzung der Objektdaten von Museen (KENOM)"	0,0 10,9	0,0
		Erläuterungen: Leertitel zur Abwicklung.		
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.		
Summe der Einnahmen			40,0 78,8	45,0

09 43 Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
Ausgaben				
422 01	162	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	45,0 48,1	45,0
427 01	162	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	20,6 14,2	20,6
427 02	162	Beschäftigungsentgelt für eine wissenschaftliche Mitarbeiterin bzw. Mitarbeiter im Rahmen des Projekts "KENOM" Erläuterungen: Leertitel zur Abwicklung.	0,0 13,7	0,0
428 01	162	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	810,5 805,1	810,5
511 01	162	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	28,0 24,2	28,0
518 02	162	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge Erläuterungen: Veranschlagt für die Anmietung von Geräten (z.B. Buchkopiergerät, das für den speziellen Bibliotheksbedarf geeignet ist).	7,0 2,5	3,0
523 01	162	Erwerb von Druckwerken, Autographen und Musikalien sowie Bindekosten Erläuterungen: Die Landesbibliothek sammelt, erschließt und pflegt das Schrifttum über Schleswig-Holstein. Mehr aufgrund Anpassung an den Bedarf.	83,0 90,6	91,0
523 02	162	Landesgeschichtliche Sammlung Erläuterungen: Veranschlagt für Erwerb, Restaurierungen und laufende Ausgaben.	13,0 22,5	23,0
525 02	162	Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	3,0 1,1	3,0
526 99	162	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	1,0 2,9	3,0
527 01	162	Dienstreisen	4,0 4,4	5,0
531 01	162	Druckkostenzuschuss für die Zeitschrift "Nordelbingen"	2,5 1,5	1,5
533 01	162	Kosten für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte Erläuterungen: Gemäß Arbeitsschutzgesetz, den entsprechenden Unfallverhütungsvorschriften und dem Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit besteht für Arbeitgeber seit dem 1. Januar 2001 die Verpflichtung, den arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutz aller Beschäftigten sicherzustellen.	1,0 0,6	1,0
533 02	162	Zur Erhaltung des schriftlichen Kulturgutes Mehrausgaben dürfen zusätzlich in Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 231 01 geleistet werden. Zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Lasten Tit. 0940-684 01 (MG 15) und Tit. 0940 - 685 04 (MG 15). Erläuterungen: In 2013 standen u.a. zusätzliche Bundesmittel zur Verfügung (vgl. Tit. 231 01).	50,0 82,3	50,0
534 01	162	Veranstaltungen und Veröffentlichungen Erläuterungen: Veranschlagt sind auch Kosten für Transporte und den Druck von Ausstellungskatalogen.	46,0 62,6	46,0

09 43 Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
534 03	162	Mikroverfilmung von Schleswig-Holsteinischen Zeitungen	21,0	10,0
			0,0	
		Erläuterungen: Die Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek ist die einzige Institution, die schleswig-holsteinische Zeitungen vollständig sammelt. Um die Benutzung zu ermöglichen, müssen Mikrofilme angefertigt werden.		
546 02	162	Sächliche Verwaltungsausgaben des Projekts "KENOM"	0,0	0,0
			0,0	
		Erläuterungen: Leertitel zur Abwicklung.		
546 99	162	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbe- träge	1,0	1,0
			1,2	
		Erläuterungen: Veranschlagt sind:		
				2015
				EUR
		1. Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen		0
		2. Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen		0
		3. Auslagen für Vorstellungsreisen		0
		4. Sonstige vermischte Ausgaben		1.000
		Summe		1.000
		Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.		
812 01	162	Beschaffung von Geräten	13,5	27,0
			25,5	
		Erläuterungen: Veranschlagt sind:		
				2015
				EUR
		1. Ergänzungsbeschaffungen von Regalanlagen		27.000
		Summe		27.000
812 03	162	Retrokonversion	31,5	18,0
			18,3	
		Erläuterungen: Veranschlagt im Zusammenhang mit der Digitalisierung von Karten, Ansichten etc.		
919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
			0,0	
		Ausgaben dürfen in Höhe der Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5 bis 8 geleistet werden.		
		Erläuterungen: Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 359 01.		
Summe der Ausgaben			1.181,6	1.186,6
			1.221,3	

09 43 Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	40,0 43,9	45,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,0 34,9	0,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			40,0 78,8	45,0
41 - 49		Personalausgaben	876,1 881,1	876,1
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	260,5 296,4	265,5
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	45,0 43,8	45,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0
Gesamtausgaben			1.181,6 1.221,3	1.186,6
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1.141,6 -1.142,5	-1.141,6

09 44 Archäologisches Landesamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Das Kapitel 09 44 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

- 61 Archäologische Denkmalpflege
- 64 UNESCO-Welterbe-Büro

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5 bis 8 mit Ausnahme der TG 61 und TG 64 verwendet werden.

Die Ausgaben der HGr. 5 des Grundhaushalts sind zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Ausgaben der HGr. 8.

Erläuterungen:

Das Archäologische Landesamt ist für seinen Bereich obere Denkmalschutzbehörde. Es hat seinen Sitz in Schleswig, Annetenhöh.

Einnahmen

119 99	195	Vermischte Einnahmen	15,0 7,8	15,0
132 01	195	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	2,0 0,0	2,0
Erläuterungen: Vgl. Tit. 811 01 und Tit. 811 61.				
231 01	195	Zuweisung des Bundes für archäologische Denkmalpflege	0,0 2,0	0,0
Erläuterungen: Die Einnahmen stehen zweckgebunden für Mehrausgaben der Titelgruppe 61 zur Verfügung.				
233 01	195	Erstattungen von Ausgaben für Zwecke der archäologischen Denkmalpflege	500,0 1.064,4	800,0
Erläuterungen: Mehreinnahmen können für Mehrausgaben der Titelgruppe 61 verwendet werden. Mehr aufgrund Anpassung an die für 2015 erwarteten Erstattungen für die Ausgaben der TG 61.				
272 01	195	Zuschüsse der Europäischen Union für Projekte der Archäologischen Denkmalpflege	0,0 0,0	0,0
Erläuterungen: Die Einnahmen stehen zweckgebunden für Mehrausgaben der Titelgruppe 61 zur Verfügung.				
282 02	195	Beiträge Dritter für Maßnahmen der Archäologischen Denkmalpflege	290,0 1.171,0	700,0
Erläuterungen: Mehreinnahmen können für Mehrausgaben der Titelgruppe 61 verwendet werden. Mehr aufgrund Anpassung an die für 2015 erwarteten Beiträge Dritter für die Ausgaben der TG 61.				
286 01	195	Kostenbeteiligung der Partnerländer Dänemark, Island, Norwegen und Lettland für das Unesco-Welterbebüro	0,0 0,0	0,0
Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.				
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0 0,0	0,0
Erläuterungen: Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.				
Summe der Einnahmen			807,0 2.245,2	1.517,0

09 44 Archäologisches Landesamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Ausgaben

422 01 195 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten** 220,6 220,6
170,0

427 01 195 **Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte** 248,0 0,0
91,8

Erläuterungen:
 Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

428 01 195 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** 940,4 950,3
870,8

Erläuterungen:
 Mehr wegen Umsetzung des Beförderungspaketes.

511 01 195 **Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände** 42,7 30,0
29,9

514 01 195 **Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.** 24,0 12,0
8,0

Erläuterungen:
 Bestand an Kraftfahrzeugen:

	Soll 2014	Soll 2015	Bestand am 1.2.2014
Selbstfahrer-PKW	4	4	4
Zusammen	4	4	4

Weniger aufgrund Anpassung an den erwarteten Bedarf.

517 01 195 **Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume** 10,0 14,0
15,7

Erläuterungen:
 Veranschlagt sind Kosten, die von der GMSH nicht übernommen werden:

	2015 EUR
1. Reinigung, Schnee- und Glättebeseitigung, Müllabfuhr	5.500
2. Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel, Sonstiges	8.500
Summe	14.000

Mehr aufgrund Anpassung an den erwarteten Bedarf.

518 02 195 **Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge** 3,5 3,5
2,5

Erläuterungen:
 Veranschlagt sind Mieten für Kopiergeräte.

525 02 195 **Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter** 9,0 12,0
8,2

09 44 Archäologisches Landesamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 525 02

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2015 EUR
1.	Externe Fortbildungsveranstaltungen (z.B. Verwaltungsakademie Bordesholm, Verwaltungsfachhochschule Altenholz, DEULA/ Rendsburg, Dataport u.ä.)	9.000
2.	Inhouse-Schulungen	2.000
3.	Gesundheitsmanagement	1.000
Summe		12.000

526 02	195	Vertrauensleute für den Denkmalschutz	15,0 15,5	16,0
--------	-----	--	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für den Ersatz der notwendigen Auslagen (§ 97 LVwG) der Vertrauensleute für den Denkmalschutz (§ 5 DSchG).

527 01	195	Dienstreisen	10,0 8,0	10,0
--------	-----	---------------------	--------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Reisekosten in Inlandsdienstreisen	6.000
2.	Reisekosten in Auslandsdienstreisen	3.000
3.	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	1.000
Summe		10.000

531 01	195	Veröffentlichungen	4,0 1,7	4,0
--------	-----	---------------------------	-------------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für die archäologische Landesaufnahme und für Berichte des Archäologischen Landesamtes.

533 01	195	Kosten für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte	5,0 1,6	5,0
--------	-----	--	-------------------	------------

Erläuterungen:

Gemäß Arbeitsschutzgesetz, den entsprechenden Unfallverhütungsvorschriften und dem Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit besteht für Arbeitgeber seit dem 1. Januar 2001 die Verpflichtung, den arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutz aller Beschäftigten sicherzustellen.

534 01	195	Beiträge an Vereine und Gesellschaften	0,0 0,0	0,4
--------	-----	---	-------------------	------------

0,4 T€ übertragen von Tit. 0940 - 534 01.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mitgliedsbeiträge für den Verband der Landesarchäologen in der Bundesrepublik Deutschland e.V. und den Nordwestdeutschen Verband für Altertumsforschung e.V..

535 01	195	Gebühren für Kataster- und Vermessungsunterlagen	3,0 0,4	3,0
--------	-----	---	-------------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für Kosten für Vermessungen im Zusammenhang mit dem Denkmalschutz und mit Ausgrabungen sowie für Kopien von Flurkarten und Auszügen aus Liegenschaftsbüchern.

546 99	195	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeiträge	0,1 0,0	0,1
--------	-----	--	-------------------	------------

09 44 Archäologisches Landesamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 546 99

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen	0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen	0
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen	0
4.	Sonstige vermischte Ausgaben	100
Summe		100

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

811 01	195	Erwerb von Dienstfahrzeugen	26,1	29,1
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2015 EUR
1.	Ersatzbeschaffung eines Selbstfahrer-PKW's (Geländewagen)	29.100
Summe		29.100

812 01	195	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

883 02	195	Restaurierung Danewerk	9,2	9,2
			9,2	

Erläuterungen:

Zuwendung.

Für die Restaurierung des größten archäologischen Denkmals in Nordeuropa liegt ein Managementplan "Haithabu Danewerk" einschließlich Pflegeplan vor.

919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen in Höhe der Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5 bis 8 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 359 01.

61 Archäologische Denkmalpflege

Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei den Titeln 231 01 und 272 01 sowie zusätzlich in Höhe der Mehreinnahmen bei den Tit. 233 01 und 282 02 geleistet werden. Zusätzlich deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe. Übertragbar.

09 44 Archäologisches Landesamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Erläuterungen:

Teil der archäologischen Denkmalpflege sind archäologische Grabungen, d.h. wissenschaftliche Erschließung und Dokumentation archäologischer Denkmäler und Befunde. Sie werden nötig, weil archäologische Denkmäler durch Hoch- und Tiefbau, Kiesabbau usw. akut, die Denkmäler in agrarisch intensiv genutzten Böden auch chronisch gefährdet sind. Sowohl die akut als auch die chronisch gefährdeten Denkmäler (Siedlungen, Urnenfriedhöfe, geschlossene Hügel, Nekropolen im Ackerland, Grabanlagen) werden durch systematische Ausgrabungen gesichert und vor der absehbaren Zerstörung als wissenschaftliche Quellen erschlossen. Voraussetzung wirkungsvoller archäologischer Denkmalpflege ist die archäologische Landesaufnahme, d.h. die systematische Erfassung und Inventarisierung der archäologischen Denkmäler des Landes.

Bei den Ausgaben der TG 61 handelt es sich um projektbezogene Ausgaben, die abgesehen von der Basisfinanzierung in Höhe von 250,0 T€ durch Einnahmen finanziert werden (vgl. vorstehenden Haushaltsvermerk). In 2013 sind mehrere Großprojekte ausgelaufen. Die Veranschlagung 2015 orientiert sich an den Erfahrungswerten der letzten Jahre für regelmäßig anfallende kleine und mittlere Maßnahmen. Einnahmen aus sich abzeichnenden neuen Großprojekten sind für das Jahr 2015 noch nicht veranschlagungsreif.

427 61 (TG 61)	195	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	107,4 1.812,8	470,0
--------------------------	-----	--	-------------------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Bezahlung von Arbeitskräften, die bei den von Wissenschaftlern und Grabungstechnikern geleiteten Grabungen eingesetzt werden sowie von Freiwilligen im Rahmen eines freiwilligen sozialen Jahres in der Denkmalpflege (FdJ). Mehr aufgrund Anpassung an die veranschlagten Einnahmen (Bruttoveranschlagung), vgl. Tit. 233 01 und 282 02.

428 61 (TG 61)	195	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	780,0 0,0	780,0
--------------------------	-----	--	---------------------	--------------

511 61 (TG 61)	195	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	18,0 11,8	15,0
--------------------------	-----	--	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt u.a. für Vermessungs- und Zeichengerät, diverse Ausstattungsgegenstände und Software-Programme.

514 61 (TG 61)	195	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	47,0 77,2	70,0
--------------------------	-----	--	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2015
			EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen		10.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung		10.000
3.	Verbrauchsmittel		50.000
4.	Sonstiges		0
Summe			70.000

Bestand an Kraftfahrzeugen:

	Soll 2014	Soll 2015	Bestand am 1.2.2014
Anhängern	5	5	5
Selbstfahrer PKW	11	11	11
Kleintraktoren	1	1	1
Zusammen	17	17	17

Darüber hinaus werden 3 Fahrzeuge aus dem Pool der Fahrbereitschaft des Innenministeriums genutzt.

Auch veranschlagt für Verbrauchsmaterial und -gerät für denkmalpflegerische Maßnahmen speziell für Ausgrabungen (Abdeckplanen, Vermessungspflöcke, Schaufeln, Fundzettel, Verpackungsmaterial).

518 61 (TG 61)	195	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	3,0 8,8	3,0
--------------------------	-----	--	-------------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Anmietung einer Unterstellhalle für Grabungsfahrzeuge (Bauwagen, Schlauchboote, Bootstrailer) und Grabungsgroßgerät. Die Halle hat eine Stellfläche von 248 qm.

527 61 (TG 61)	195	Dienstreisen	16,0 77,4	56,0
--------------------------	-----	---------------------	---------------------	-------------

09 44 Archäologisches Landesamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 527 61

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

	2015 EUR
1. Reisekosten in Inlandsdienstreisen	40.000
2. Reisekosten in Auslandsdienstreisen	16.000
Summe	56.000

531 61	195	Kosten für die Publikation von Grabungsbefunden	14,6	15,0
(TG 61)			20,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die fachgerechte Veröffentlichung von archäologischen Ausgrabungen und Fundmeldungen.

533 61	195	Ausgaben für Aufträge an Unternehmen	43,0	330,0
(TG 61)			430,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt für Maschinenleistungen (Bagger, Planiertrappen), um Grabungsstellen rationell freilegen und später planieren zu können.

546 61	195	Sonstige Ausgaben	0,0	0,0
(TG 61)			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

681 61	195	Entschädigungsleistungen	1,5	1,5
(TG 61)			2,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Zahlung von Pacht und Nutzungsentschädigungen für die Grabungsflächen.

811 61	195	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0,0	0,0
(TG 61)			36,4	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

812 61	195	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	9,2	9,5
(TG 61)			9,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

	2015 EUR
1. Ersatzbeschaffungen	9.500
Summe	9.500

Veranschlagt für die Beschaffung von elektronischem Vermessungsgerät incl. Software, Zubehör und Kameras.

Summe der Titelgruppe 61	1.039,7	1.750,0
	2.486,3	

64 UNESCO-Welterbe-Büro

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 286 01 geleistet werden.

Zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Lasten Tit. 0940-893 07 (MG 15).

Erläuterungen:

Das Archäologische Landesamt als Träger des Welterbeprojektes Danewerk und Haithabu ist für die Antragstellung, die Erarbeitung der erforderlichen Unterlagen, die Umsetzung des Managementplanes und die - nach einem erfolgreichen Antragsverfahren erforderlichen - Berichtspflichten zuständig.

09 44 Archäologisches Landesamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
427 64 (TG 64)	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	78,0 75,7	78,0
428 64 (TG 64)	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
547 64 (TG 64)	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	14,0 0,0	14,0
Summe der Titelgruppe 64			92,0 75,7	92,0
Summe der Ausgaben			2.702,3 3.795,3	3.161,2

09 44 Archäologisches Landesamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	17,0 7,8	17,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	790,0 2.237,4	1.500,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			807,0 2.245,2	1.517,0
41 - 49		Personalausgaben	2.374,4 3.021,1	2.498,9
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	281,9 717,4	613,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	1,5 2,2	1,5
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	44,5 54,6	47,8
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0
Gesamtausgaben			2.702,3 3.795,3	3.161,2
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1.895,3 -1.550,1	-1.644,2

09 45 Landesamt für Denkmalpflege

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Mehreinnahmen bei Tit. 119 04 und Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5 bis 8 verwendet werden. Die Ausgaben des Kapitels sind mit Ausnahme der Tit. der OGr. 42 gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Das Landesamt für Denkmalpflege ist für seinen Bereich obere Denkmalschutzbehörde. Es hat seinen Sitz im Sartori-Speicher in Kiel.

Einnahmen

111 01	195	Gebühren und tarifliche Entgelte	32,0 40,6	40,0
119 02	195	Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuwendungen einschließlich Zinsen	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Die tatsächlichen Einnahmen stehen für zusätzliche Ausgaben bei Tit. 893 01 zur Verfügung.		
119 04	195	Verkauf von Fotos, Bildhonorare, Gutachten	0,0 1,8	0,0
		Erläuterungen: Vgl. Kapitelvermerk.		
119 05	195	Beiträge Dritter zur Ausrichtung von Tagungen	0,0 0,0	25,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind die Beiträge Dritter für die Ausrichtung der in 2015 in Schleswig-Holstein stattfindenden Jahrestagung der Landesdenkmalpfleger, vgl. Tit. 541 01.		
119 99	195	Vermischte Einnahmen	1,0 1,2	1,0
132 01	195	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	2,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Vgl. Tit. 811 01.		
282 01	195	Beiträge Dritter für Veröffentlichungen des Landesamts für Denkmalpflege	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Einnahmen stehen zweckgebunden für Mehrausgaben bei Tit. 531 03 zur Verfügung.		
282 04	195	Zweckgebundene Beiträge Dritter für die Erhaltung der Bau- und Kunstdenkmäler	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 681 03 zu verwenden.		
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.		
Summe der Einnahmen			35,0 43,6	66,0

09 45 Landesamt für Denkmalpflege

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Ausgaben

422 01 195 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten** 260,0 260,0
244,0

427 01 195 **Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte** 290,1 290,1
50,5

Erläuterungen:

Veranschlagt insbesondere für zusätzliche befristete Kräfte im Zusammenhang mit dem zweijährigen Projekt (2014 und 2015) "Schnellerfassung von Denkmälern in Schleswig-Holstein" (250,0 T€).

428 01 195 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** 759,0 759,0
798,9

511 01 195 **Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände** 35,0 20,0
11,0

Erläuterungen:

In 2014 wurden zusätzliche Sachausgaben (20,0 T€) für das zweijährige Projekt (2014 und 2015) "Schnellerfassung von Denkmälern in Schleswig-Holstein" zentral bei diesem Titel veranschlagt. Ab 2015 erfolgt eine bedarfsgerechte Veranschlagung im Sachkostenbudget (HGr. 5).

514 01 195 **Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.** 14,0 14,0
9,8

Erläuterungen:

Bestand an Kraftfahrzeugen:

	Soll 2014	Soll 2015	Bestand am 1.2.2014
Selbstfahrer-PKW	6	6	4
Zusammen	6	6	4

In 2014 werden 3 ausgesonderte Fahrzeuge der Fahrbereitschaft des Innenministeriums übernommen, davon zwei Fahrzeuge für das zweijährige Projekt (2014 und 2015) "Schnellerfassung von Denkmälern in Schleswig-Holstein" und ein Fahrzeug als Ersatzbeschaffung.

525 02 195 **Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten** 7,0 4,0
3,4

Erläuterungen:

Weniger aufgrund Anpassung an den Bedarf.

526 99 195 **Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.** 31,0 63,0
61,6

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Erstattung von Gutachten im Rahmen des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege; hier insbesondere für Sachverständige auf dem Bausektor (Baustoffkunde, Baustatik) und im Restaurierungswesen. Mehr aufgrund Anpassung an den Bedarf.

527 01 195 **Dienstreisen** 11,4 15,0
14,3

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1. Reisekosten in Inlandsdienstreisen		13.500
2. Reisekosten in Auslandsdienstreisen		1.000
3. Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertensangelegenheiten		500
Summe		15.000

531 03 195 **Öffentlichkeitsarbeit inkl. Veröffentlichungen** 20,0 40,0
36,2

09 45 Landesamt für Denkmalpflege

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 531 03

Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 282 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Aus dem starken öffentlichen Interesse an Denkmalschutz und Denkmalpflege ergibt sich eine verstärkte Verpflichtung zur Information und Öffentlichkeitsarbeit.
Mehr aufgrund Anpassung an den Bedarf.

533 01	195	Werkverträge	29,5	50,0
			46,1	

Erläuterungen:

Im Rahmen von Werkverträgen werden wissenschaftliche Fachkräfte beschäftigt, welche bei der Inventarisierung anfallende Arbeiten durchführen, u.a. zur Fortführung der Denkmaltopographie.
Mehr aufgrund Anpassung an den Bedarf.

533 03	195	Kosten für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte	1,0	1,0
			0,7	

Erläuterungen:

Gemäß Arbeitsschutzgesetz, den entsprechenden Unfallverhütungsvorschriften und dem Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit besteht für Arbeitgeber seit dem 1. Januar 2001 die Verpflichtung, den arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutz aller Beschäftigten sicher zu stellen.

534 01	195	Wissenschaftliche Inventarisierung der Bau- und Kunstdenkmäler, Fachliteratur, Material für die Foto- und Restaurierungswerkstatt	15,0	12,0
			10,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Wissenschaftliche Inventarisierung der Kunstdenkmäler	2.700
2.	Fachliteratur	1.300
3.	Fotowerkstatt	4.000
4.	Restaurierungswerkstatt	4.000
Summe		12.000

541 01	195	Zur Ausrichtung von Tagungen	0,0	40,0
			0,0	

Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 119 05 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Ausrichtung der Jahrestagung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger (VdL).

546 99	195	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlabträge	4,0	4,0
			4,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen	0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen	2.000
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen	1.000
4.	Sonstige vermischte Ausgaben	1.000
Summe		4.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

681 03	195	Erhaltung der Bau- und Kunstdenkmäler aus Beiträgen Dritter	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 282 04 geleistet werden.

Erläuterungen:

Zuwendung.

09 45 Landesamt für Denkmalpflege

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 681 03

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

685 01	195	Beteiligung des Landes am Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz, der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger und am Dendrochronologischen Labor	42,9	42,9
			38,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Beteiligungen des Landes Schleswig-Holstein an:

			2015
			EUR
1.	dem Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz		3.300
2.	der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger		1.800
3.	dem Dendrochronologischen Labor		37.800
Summe			42.900

Die auf die Länder entfallenden Anteile am Zuschussbedarf zu 1. und 2. richten sich nach dem Königsteiner Schlüssel, zu 3. nach dem Vertrag vom 17. Januar 1990 mit der Freien und Hansestadt Hamburg.

811 01	195	Erwerb von Dienstfahrzeugen	20,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

812 01	195	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	7,2	10,0
			7,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2015
			EUR
1.	Ersatzbeschaffungen		10.000
Summe			10.000

893 01	195	Erhaltung der Bau- und Kunstdenkmäler	650,0	650,0
			626,8	

Mehrausgaben dürfen zusätzlich in Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 02 geleistet werden. Zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Lasten Tit. 0940-893 07 (MG 15).

Erläuterungen:

Zuwendung.

Im Vollzug des Denkmalschutzgesetzes werden weitere Kulturdenkmäler von besonderer Bedeutung in das Denkmalbuch eingetragen.

919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen in Höhe der Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5 bis 8 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 359 01.

Summe der Ausgaben	2.197,1	2.275,0
	1.963,7	

09 45 Landesamt für Denkmalpflege

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	35,0 43,6	66,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,0 0,0	0,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			35,0 43,6	66,0
41 - 49		Personalausgaben	1.309,1 1.093,4	1.309,1
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	167,9 197,8	263,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	42,9 38,5	42,9
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	677,2 634,0	660,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0
Gesamtausgaben			2.197,1 1.963,7	2.275,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-2.162,1 -1.920,1	-2.209,0

09 46 Erwachsenenbildung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Das Kapitel 09 46 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

- 01 Förderung von Volkshochschulen und Maßnahmen der Weiterbildung
- 02 Zuwendungen an parteinahe Bildungseinrichtungen für Erwachsene und politische Jugendverbände

Die tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 02 stehen für zusätzliche Ausgaben des Kapitels zur Verfügung.

Einnahmen

119 02	152	Einnahmen aus zurückzahlenden Zuwendungen einschließlich Zinsen	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Die tatsächlichen Einnahmen stehen für zusätzliche Ausgaben des Kapitels 0946 zur Verfügung; vgl. Kapitelvermerk.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

119 99	152	Vermischte Einnahmen	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Einnahmen	0,0	0,0	0,0
	0,0		

09 46 Erwachsenenbildung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Ausgaben

684 01	152	Förderung von Heimvolkshochschulen und Bildungsstätten	1.234,2	1.675,0
			1.234,2	

Übertragbar.

Erläuterungen:

Zuwendung.

Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Richtlinie für die Förderung von Bildungsstätten der allgemeinen, politischen und kulturellen Bildung vom 12. März 2014 (Amtsblatt Schleswig-Holstein 2014, S. 186 ff.).

Auf dieser Grundlage werden folgende Bildungsstätten gefördert:

- Akademie Sankelmark / Europäische Akademie Schleswig-Holstein,
- Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg,
- Nordsee Akademie Leck,
- Nordkolleg Rendsburg,
- akademie am see. Koppelsberg.

Mehr insbesondere wegen Tariferhöhungen.

684 02	152	Förderung der Heimvolkshochschule Jarplund	72,3	75,0
			72,3	

Erläuterungen:

Zuwendung.

Veranschlagt ist die institutionelle Förderung für die Heimvolkshochschule Jarplund.

893 01	152	Investitionszuschuss an das Nordkolleg Rendsburg für die Errichtung eines Musiksaals	400,0	350,0
			0,0	

Erläuterungen:

**2015
EUR**

1.	Inanspruchnahme der VE 2014 (Fälligkeitsbeträge 2015)	350.000
----	---	---------

Summe	350.000
--------------	----------------

Das Land beteiligt sich an den geplanten Baukosten (1,5 Mio €) mit insgesamt 750,0 T€.

01 Förderung von Volkshochschulen und Maßnahmen der Weiterbildung

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.
Übertragbar.

686 11	152	Förderung der Volkshochschulen	1.855,5	2.060,0
(MG 01)			1.855,5	

Verpflichtungsermächtigung (in T€) 2015

Neuverpflichtung insgesamt 3.720

Davon fällig Haushaltsjahr 2016 1.860

Davon fällig Haushaltsjahr 2017 1.860

Davon fällig Haushaltsjahr 2018

Davon fällig Haushaltsjahr 2019 ff

65,0 T€ übertragen nach Tit. 686 12 (MG 01).

Erläuterungen:

Zuwendung.

09 46 Erwachsenenbildung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 686 11

Veranschlagt sind:

			2015
			EUR
1.	Institutionelle Förderung für den Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins e.V.		685.000
2.	Projektförderungen der Volkshochschulen		692.000
3.	Projektförderungen für Struktur- und Entwicklungsförderung im Volkshochschulbereich		583.000
4.	Projektförderungen für Kurse zur Erlangung des Hauptschulabschlusses in den Volkshochschulen		48.000
5.	Projektförderungen für Kurse zur Erlangung des Realschulabschlusses in den Volkshochschulen		52.000
Summe			2.060.000

Die Förderung erfolgt nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an Volkshochschulen in Schleswig-Holstein zur Leistung von Unterrichtsstunden und zur Struktur- und Entwicklungsförderung durch Personalkostenzuschüsse vom 18. Januar 2012 (Amtsblatt Schl.-H. 2012 S. 110) über den Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins e.V..

Die Verpflichtungsermächtigungen sind begründet durch die im Kulturdialog vorgesehene Kontraktförderung - Pilotprojekt.

65,0 T€ übertragen nach Tit. 686 12 (MG 01), für eine getrennte Veranschlagung der institutionellen Förderung für die Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben Schleswig-Holstein e.V..
Darüber hinaus mehr insbesondere wegen Tariferhöhungen.

686 12	152	Förderung der Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben Schleswig-Holstein e.V.	0,0	65,0
(MG 01)			0,0	
65,0 T€ übertragen von Tit. 686 11 (MG 01).				
686 13	152	Alphabetisierung	170,0	170,0
(MG 01)			102,3	

Erläuterungen:

Zuwendung.

Veranschlagt sind die Komplementärmittel des Landes im Rahmen des Landesprogramms Neue Arbeit 2014 - 2020 zur Förderung der Alphabetisierung und Grundbildung in der Arbeitswelt (Aktion B 3) sowie Mittel für die Förderung von Unterrichtsstunden.

Die Vergabe der Kofinanzierungsmittel erfolgt nach Maßgabe der Richtlinie zur Förderung von Aktionen der sozialen Inklusion und Bekämpfung von Armut und jeglicher Diskriminierung im Rahmen des Landesprogramms Neue Arbeit (Rahmenrichtlinie Prioritätsachse B) vom 31. März 2014 (Amtsblatt Schleswig-Holstein S. 254 ff.) in Verbindung mit Ergänzenden Förderkriterien des MJKE vom 27. Mai 2014.

Die Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) werden direkt aus dem Epl. 06 (MWAVT) bewirtschaftet.

Summe der Maßnahmegruppe 01			2.025,5	2.295,0
			1.957,8	

02 Zuwendungen an parteinahe Bildungseinrichtungen für Erwachsene und politische Jugendverbände

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

684 12	153	Zuschüsse an Stiftungen, Gesellschaften und Vereine	211,7	215,0
(MG 02)			211,7	

Erläuterungen:

Zuwendung.

09 46 Erwachsenenbildung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 684 12

Veranschlagt für institutionelle Förderungen für:

		2015
		EUR
1.	Hermann-Ehlers-Akademie gGmbH	80.500
2.	Gesellschaft für Politik und Bildung Schleswig-Holstein e.V. - Gustav-Heinemann-Bildungsstätte	80.500
3.	Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein e.V.	21.000
4.	Friedrich-Naumann-Stiftung, Regionalbüro Lübeck	21.000
5.	Sydslesvigk Oplysningsforbund e.V.	12.000
Summe		215.000

Eine Förderrichtlinie ist in Abstimmung.

684 13 (MG 02)	153	Verband politischer Jugend	47,0	67,0
			47,0	

Erläuterungen:

Zuwendung.

Veranschlagt ist die institutionelle Förderung für den Verband politische Jugend.

684 16 (MG 02)	153	Förderung der Jugendpresse	7,2	7,2
			7,2	

Erläuterungen:

Zuwendung.

Veranschlagt ist die institutionelle Förderung der Jugendpresse.

Summe der Maßnahmegruppe 02			265,9	289,2
			265,9	

Summe der Ausgaben			3.997,9	4.684,2
			3.530,2	

09 46 Erwachsenenbildung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Abschluss

11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			0,0 0,0	0,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	3.597,9 3.530,2	4.334,2
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	400,0 0,0	350,0
Gesamtausgaben			3.997,9 3.530,2	4.684,2
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-3.997,9 -3.530,2	-4.684,2

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa
Abschluss Einnahmen und Ausgaben 2015

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamteinnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- einnahmen	
- T€ -								
09 01	Ministerium	2015		9,0	127,1			136,1
		2014		9,0				9,0
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit	2015		143.322,0				143.322,0
		2014		140.075,0				140.075,0
09 03	Justizvollzugsanstalten	2015		1.920,0	2,0			1.922,0
		2014		2.035,0	2,0			2.037,0
09 04	Gerichte der Verwaltungs- gerichtsbarkeit	2015		1.503,0				1.503,0
		2014		1.203,0				1.203,0
09 05	Gerichte der Sozialgerichtsbar- keit	2015		1.202,0				1.202,0
		2014		1.452,0				1.452,0
09 06	Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	2015		380,0				380,0
		2014		450,0				450,0
09 08	Staatsanwaltschaften	2015		15.260,0	100,0			15.360,0
		2014		15.937,0	100,0			16.037,0
09 09	Gerichte der Arbeitsgerichts- barkeit	2015		900,5				900,5
		2014		950,5				950,5
09 11	Europaangelegenheiten	2015		73,0	455,8			528,8
		2014		73,0	455,8			528,8
09 40	Kulturförderung	2015		21,0	265,2		288,9	575,1
		2014		21,0	85,0		50,0	156,0
09 41	Kirchenangelegenheiten	2015						0,0
		2014						0,0
09 42	Landesarchiv	2015		43,2	138,5			181,7
		2014		7,6	135,0			142,6
09 43	Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek	2015		45,0				45,0
		2014		40,0				40,0
09 44	Archäologisches Landesamt	2015		17,0	1.500,0			1.517,0
		2014		17,0	790,0			807,0
09 45	Landesamt für Denkmalpflege	2015		66,0				66,0
		2014		35,0				35,0
09 46	Erwachsenenbildung	2015						0,0
		2014						0,0
	Summe Haushalt	2015		164.761,7	2.588,6		288,9	167.639,2
	Summe Haushalt	2014		162.305,1	1.567,8		50,0	163.922,9
	mehr(+) / weniger(-)			0,0	+1.020,8	0,0	+238,9	+3.716,3

Ausgaben								Jahr	Kapitel
41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben		
- T€ -									
24.480,1	422,9		368,3		28,0		25.299,3	2015	09 01
24.176,2	420,2		370,6		28,0		24.995,0	2014	
131.861,5	108.824,8		4.957,6		710,0		246.353,9	2015	09 02
132.265,9	110.240,1		4.706,8		639,0		247.851,8	2014	
35.696,3	11.842,0		7.004,5		492,0		55.034,8	2015	09 03
35.590,9	10.292,0		7.114,5		1.436,0		54.433,4	2014	
5.827,4	478,1				21,0		6.326,5	2015	09 04
5.651,3	483,0				12,0		6.146,3	2014	
8.936,6	4.515,0				50,0		13.501,6	2015	09 05
8.922,6	4.514,0				80,0		13.516,6	2014	
1.575,0	92,5		80,0				1.747,5	2015	09 06
1.725,0	92,5		90,0		15,0		1.922,5	2014	
29.072,1	7.054,0		111,0		177,5		36.414,6	2015	09 08
29.255,1	6.745,0		160,0		101,5		36.261,6	2014	
4.490,0	3.078,0		0,2		15,0		7.583,2	2015	09 09
4.490,0	2.779,0		0,2		15,0		7.284,2	2014	
263,9	566,0		494,2				1.324,1	2015	09 11
263,9	583,7		509,4				1.357,0	2014	
	264,9		15.167,9		7.475,0		22.907,8	2015	09 40
	342,6		14.908,2		8.895,0		24.145,8	2014	
			13.385,5		90,0		13.475,5	2015	09 41
			13.355,5		1.090,0		14.445,5	2014	
1.874,1	336,5		10,0		70,0		2.290,6	2015	09 42
1.813,1	283,5		10,0		70,0		2.176,6	2014	
876,1	265,5				45,0		1.186,6	2015	09 43
876,1	260,5				45,0		1.181,6	2014	
2.498,9	613,0		1,5		47,8		3.161,2	2015	09 44
2.374,4	281,9		1,5		44,5		2.702,3	2014	
1.309,1	263,0		42,9		660,0		2.275,0	2015	09 45
1.309,1	167,9		42,9		677,2		2.197,1	2014	
			4.334,2		350,0		4.684,2	2015	09 46
			3.597,9		400,0		3.997,9	2014	
248.761,1	138.616,2		45.957,8		10.231,3		443.566,4	2015	
248.713,6	137.485,9		44.867,5		13.548,2		444.615,2	2014	
+47,5	+1.130,3	0,0	+1.090,3	0,0	-3.316,9	0,0	-1.048,8		

Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2015

-275.927,2

Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2014

-280.692,3

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

Abschluss Verpflichtungsermächtigungen 2015

Kapitel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigung	Von dem Gesamtbetrag entfallen auf				
			2015	2016	2017	2018	2019 ff.
		T€					
09 40	Kulturförderung	3.300,0	2.125,0	1.055,0	60,0	60,0	
09 41	Kirchenangelegenheiten	150,0	50,0	50,0	50,0		
09 46	Erwachsenenbildung	3.720,0	1.860,0	1.860,0			
	Summe des Einzelplans	7.170,0	4.035,0	2.965,0	110,0	60,0	

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

Einnahmen der Maßnahme- / Titelgruppen 2015

Kapitel MG/TG	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamt- einnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- verfahren	
- T€ -								
09 11	Europaangelegenheiten							
61	Hanse-Office in Brüssel	2015		73,0	336,8		0,0	409,8
		2014		73,0	336,8		0,0	409,8
	Summe Haushalt	2015		73,0	336,8		0,0	409,8
	Summe Haushalt	2014		73,0	336,8		0,0	409,8

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2015

Kapitel MG/TG Bezeichnung	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
- T€ -									

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

01 Straffälligenhilfe und Opferschutz

2015	80,0	1.665,0						1.745,0
2014	80,0		1.625,0					1.705,0

06 Einführung eines Qualitätsmanagements mit einem kennzahlengestützten Steuerungssystem

2015	22,8							22,8
2014	22,8							22,8

09 03 Justizvollzugsanstalten

01 Arbeit und Qualifizierung von Gefangenen

2015	1.925,0		4.922,0		223,0	0,0		7.070,0
2014	1.925,0		4.922,0		195,0			7.042,0

02 Versorgung und Behandlung von Gefangenen

2015	7.295,0		1.024,5		219,0	0,0		8.538,5
2014	5.990,0		1.134,5		1.101,0	0,0		8.225,5

09 11 Europaangelegenheiten

61 Hanse-Office in Brüssel

2015	263,9	482,6			0,0	0,0		746,5
2014	263,9	482,6			0,0	0,0		746,5

09 40 Kulturförderung

02 Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf

2015			6.930,0		5.300,0			12.230,0
2014			6.930,0		5.200,0			12.130,0

03 Stiftung Schloss Eutin

2015			255,0		435,0			690,0
2014			190,0		500,0			690,0

06 Förderung des Büchereiwesens und der Literatur

2015			442,0					442,0
2014			430,0					430,0

08 Musikförderung

2015			2.443,3					2.443,3
2014			2.436,3					2.436,3

09 Förderung der bildenden Kunst

2015	2,0		155,9					157,9
2014	2,0		156,9					158,9

10 Förderung privater und freier Theater

2015			416,5					416,5
2014			366,3					366,3

11 Förderung der Heimatpflege und Gedenkstätten

2015	10,0		500,0					510,0
2014	10,0		466,0					476,0

12 Förderung von Film und Medien

2015			265,0		0,0			265,0
2014			260,0		100,0			360,0

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2015

Kapitel	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
MG/TG	Bezeichnung								
- T€ -									
13	Internationale Kulturmaßnahmen								
	2015		5,0		306,0				311,0
	2014		41,7		269,3				311,0
14	Spartenübergreifende Förderungsmaßnahmen								
	2015				602,5		190,0		792,5
	2014				615,8		800,0		1.415,8
15	Museen und kulturelles Erbe								
	2015				683,7		1.550,0	0,0	2.233,7
	2014				723,7		2.295,0	0,0	3.018,7
09 42	Landesarchiv								
61	Sicherungsverfilmung von Kulturgut								
	2015	116,0	19,0						135,0
	2014	116,0	19,0						135,0
62	Archivfachliche Beratung kommunaler und anderer Archive								
	2015	0,0	0,0		10,0				10,0
	2014	0,0	0,0		10,0				10,0
63	Erhaltung von Papierzerfall gefährdeter Archivbestände								
	2015	0,0	0,0						0,0
	2014	110,0	50,0						160,0
09 44	Archäologisches Landesamt								
61	Archäologische Denkmalpflege								
	2015	1.250,0	489,0		1,5		9,5		1.750,0
	2014	887,4	141,6		1,5		9,2		1.039,7
64	UNESCO-Welterbe-Büro								
	2015	78,0	14,0						92,0
	2014	78,0	14,0						92,0
09 46	Erwachsenenbildung								
01	Förderung von Volkshochschulen und Maßnahmen der Weiterbildung								
	2015				2.295,0				2.295,0
	2014				2.025,5				2.025,5
02	Zuwendungen an parteinahe Bildungseinrichtungen für Erwachsene und politische Jugendverbände								
	2015				289,2				289,2
	2014				265,9				265,9
Summe	2015	1.707,9	10.344,4		23.207,1		7.926,5	0,0	43.185,9
Summe	2014	1.455,3	8.778,7		22.828,7		10.200,2	0,0	43.262,9

**Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich
Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit (Kapitel 0902)**

Globale Zielbeschreibung	Erfüllung des Justizgewährungsanspruchs und Schaffung von Rechtssicherheit im Rahmen der Gewaltenteilung			
Fallzahlen	Eingangszahlen			
Zivilverfahren	Ist 2010:	53.181		
	Ist 2011:	53.170		
	Ist 2012:	52.215		
	Ist 2013:	49.301		
Familienverfahren	Ist 2010:	26.462		
	Ist 2011:	25.943		
	Ist 2012:	24.983		
	Ist 2013:	24.595		
Strafverfahren	Ist 2010:	23.185		
	Ist 2011:	22.322		
	Ist 2012:	20.835		
	Ist 2013:	19.711		
Freiwillige Gerichtsbarkeit	Ist 2010:	455.953		
	Ist 2011:	447.273		
	Ist 2012:	446.502		
	Ist 2013:	457.181		
Gründe der Zielumsetzung	<ul style="list-style-type: none"> - Gewährung von individuellem Rechtsschutz - Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung bzw. Maßnahmen in Zivil- und Familienrechtsstreitigkeiten, Strafverfahren und Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit - Durchsetzung des festgestellten Rechtsanspruchs, Teilaspekte der Strafvollstreckung - Zur Verfügung Stellung von Ressourcen für die Ausbildung und Prüfung des Juristennachwuchses 			
Position im Landeshaushalt	Einzelplan 09 Kapitel 0902			
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2013 in T€	SOLL 2014 In T€	SOLL 2015 in T€
	Gesamteinnahmen	127.088,0	140.075,0	143.322,0
	Gesamtausgaben	239.716,4	247.851,8	246.353,9
	davon			
	- Personalausgaben	135.772,9	132.265,9	131.861,5
	- Sachausgaben	8.320,4	9.679,9	9.104,8
	- Auslagen in Rechtssachen	90.596,2	100.560,2	99.720,0
	- Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	4.619,6	4.706,8	4.957,6
	- Investitionen	338,7	639,0	
- Besondere Finanzierungsausgaben	68,6	0,0	0,0	
Saldo	- 112.628,4	- 107.776,8	-103.031,9	

Erläuterung (zu den Kap. 0902, 0904 bis 0909)	Die Einnahmen aus Gerichtskosten, Geldstrafen und Geldbußen bei den Tit. 111 02 und 112 01 der Kapitel 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 sowie die Ausgaben für die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter bei den Tit. 412 01 und für die Auslagen in Rechtssachen der Tit. 526 11 bis 526 17 in den vorgenannten Kapiteln enthalten im Jahr 2014 erstmalig die ganzjährigen finanziellen Auswirkungen des 2. Kostenrechtsmodernierungsgesetzes (2. KostRModG). Gleiches gilt für die Veranschlagung der Gebühren und Auslagen der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher (Tit. 0902-112 02) und deren Vergütungen (Tit. 0902-459 02). Die Veranschlagung für das Jahr 2015 berücksichtigt ferner die Hochrechnungen der Einnahmen und Ausgaben des laufenden Jahres.
Flexibilisierungsmöglichkeiten	<p>Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 des Kapitels 0902 mit Ausnahme der Tit. 526 11 bis 526 17 und 681 01 bis 681 03 verwendet werden.</p> <p>Für Mehrausgaben bei den Tit. 412 01 und 526 11 bis 526 17 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 können Mehreinnahmen dieser Kapitel bei den Tit. 111 02 bzw. 112 01 verwendet werden.</p> <p>Die Ausgaben der Tit. 412 01 sowie 526 11 bis 526 17 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 sind gegenseitig deckungsfähig.</p> <p>Die Ausgaben der Tit. 681 01 bis 681 03 in den Kapitel 0902 und 0908 sind gegenseitig deckungsfähig.</p>

Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich
Justizvollzugsanstalten (Kapitel 0903)

Globale Zielbeschreibung	Der Vollzug der Freiheitsstrafe soll den Gefangenen zur künftigen Lebensführung in sozialer Verantwortung ohne Straftaten befähigen. Der Vollzug der Freiheitsstrafe dient auch dem Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten. Das Leben im Vollzug soll hierbei den allgemeinen Lebensbedingungen soweit als möglich angeglichen werden. Schädlichen Folgen des Freiheitsentzugs ist entgegenzuwirken. Der Vollzug ist darauf auszurichten, dass er dem Gefangenen hilft, sich in das Leben in Freiheit einzugliedern.			
	Mengen		Wirtschaftlichkeit und Kosten	
	Vorgehaltene Haftplatztage¹	Hafttage²	Kosten je belegungsfähigem Haftplatztag	Kosten je Hafttag
Erwachsenenvollzug				
Ist 2012 ³	468.198*	424.550*	109,12 €	120,34 €
Ist 2013	466.105	389.147		
Soll 2014	466.105*			
Soll 2015	466.105			
Jugendvollzug				
Ist 2012 ³	70.152*	64.871	171,90 €	185,89 €
Ist 2013	70.080	57.173		
Soll 2014	70.080			
Soll 2015	70.080			
Jugendvollzug				
Ist 2012 ³	20.862	6.031	59,89 €	207,15 €
Ist 2013	20.805	5.464		
Soll 2014	20.805			
Soll 2015	20.805			
Abschiebungshaft				
Ist 2012 ³	20.496	8.335	80,27 €	197,39 €
Ist 2013	20.440	6.030		
Soll 2014	20.440			
Soll 2015	20.440			
	*Zahlenkorrektur			
Anmerkungen	¹ Aufgrund anstaltsinterner Renovierungsarbeiten stehen durchschnittlich ca. 2% aller Haftplätze nicht für Belegung zur Verfügung. Darüber hinaus sind die Justizvollzugsanstalten bereits bei einer Belegungsquote von 90% ausgelastet. Ein höherer Auslastungsgrad steht einer sinnvollen Binnendifferenzierung entgegen. ² Die Anzahl der Hafttage sind fremdbestimmt und somit nicht steuerbar. ³ Das Jahr 2012 ist ein Schaltjahr. ⁴ Der Vollzug des Jugendarrestes findet überwiegend in der Form des Wochenendarrestes statt.			
Gründe der Zielumsetzung	Innere Sicherheit			
Position im Landeshaushalt	Einzelplan 09 Kapitel 0903			
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	Strafvollzugsgesetz, Jugendstrafvollzugsgesetz, Untersuchungshaftvollzugsgesetz, Jugendgerichtsgesetz, Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz			
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte	Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2013 in T€	Soll 2014 in T€	Soll 2015 in T€

Ressourcen	Gesamteinnahmen	2.485,4	2.037,0	1.922,0
	Gesamtausgaben	52.776,7	54.433,4	55.034,8
	davon			
	- Personalausgaben	36.528,4	35.590,9	35.696,3
	- Sachausgaben	2.058,0	2.377,0	2.622,0
	- Zuwendungen mit Ausnahme von Investitionen	5.138,4	1.058,0	1.058,0
	- Investitionen	97,0	140,0	50,0
	- Besondere Finanzierungs-Ausgaben	9,9	0,0	0,0
	- Arbeit und Qualifizierung von Gefangenen (MG 01)	2.145,5	7.042,0	7.070,0
- Versorgung und Behandlung von Gefangenen (MG 02)	6.799,5	8.225,5	8.538,5	
Saldo	- 50.291,3	- 52.433,4	- 55.034,8	
Flexibilisierungsmöglichkeiten	Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme der Tit. der MG 01 und MG 02 verwendet werden.			

**Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich
Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit (Kapitel 0904)**

Globale Zielbeschreibung	Erfüllung des Justizgewährungsanspruchs und Schaffung von Rechtssicherheit im Rahmen der Gewaltenteilung			
Fallzahlen	Eingangszahlen			
	Ist 2010: 5.312 Ist 2011: 5.382 Ist 2012: 4.890 Ist 2013: 6.348			
Gründe der Zielumsetzung	- Gewährung von individuellem Rechtsschutz - Herstellung von Rechtssicherheit und Rechtsfrieden für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung in verwaltungsgerichtlichen Verfahren			
Position im Landeshaushalt	Einzelplan 09 Kapitel 0904			
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2013 in T€	SOLL 2014 In T€	SOLL 2015 in T€
	Gesamteinnahmen	1.616,9	1.203,0	1.503,0
	Gesamtausgaben	6.044,8	6.146,3	6.326,5
	davon			
	- Personalausgaben	5.581,8	5.651,3	5.827,4
	- Sachausgaben	269,9	265,0	260,1
	- Auslagen in Rechtssachen	181,2	218,0	218,0
	- Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,0	0,0	0,0
	- Investitionen	11,9	12,0	21,0
- Besondere Finanzierungsausgaben	0,0	0,0	0,0	
Saldo	- 4.427,9	-4.943,3	- 4.823,5	
Erläuterung (zu den Kap. 0902, 0904 bis 0909)	Die Einnahmen aus Gerichtskosten, Geldstrafen und Geldbußen bei den Tit. 111 02 und 112 01 der Kapitel 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 sowie die Ausgaben für die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter bei den Tit. 412 01 und für die Auslagen in Rechtssachen der Tit. 526 11 bis 526 17 in den vorgenannten Kapiteln enthalten im Jahr 2014 erstmalig die ganzjährigen finanziellen Auswirkungen des 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes (2. KostRModG). Die Veranschlagung für das Jahr 2015 berücksichtigt ferner die Hochrechnungen der Einnahmen und Ausgaben des laufenden Jahres.			
Flexibilisierungsmöglichkeiten	<p>Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 des Kapitels 0904 mit Ausnahme des Tit. 526 11 verwendet werden.</p> <p>Für Mehrausgaben bei den Tit. 412 01 und 526 11 bis 526 17 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 können Mehreinnahmen dieser Kapitel bei den Tit. 111 02 bzw. 112 01 verwendet werden.</p> <p>Die Ausgaben der Tit. 412 01 sowie der Tit. 526 11 bis 526 17 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 sind gegenseitig deckungsfähig.</p>			

**Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit (Kapitel 0905)**

Globale Zielbeschreibung	Erfüllung des Justizgewährungsanspruchs und Schaffung von Rechtssicherheit im Rahmen der Gewaltenteilung			
Fallzahlen	Eingangszahlen			
Gesamt	Ist 2010:	16.410		
	Ist 2011:	17.774		
	Ist 2012:	16.235		
	Ist 2013:	16.905		
davon SGB II	Ist 2010:	7.144		
	Ist 2011:	7.752		
	Ist 2012:	6.671		
	Ist 2013:	6.839		
Davon SGB IX und AsylbLG	Ist 2010:	1.029		
	Ist 2011:	1.109		
	Ist 2012:	1.191		
	Ist 2013:	1.144		
Gründe der Zielumsetzung	- Gewährung von individuellem Rechtsschutz - Herstellung von Rechtssicherheit und Rechtsfrieden für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung in sozialgerichtlichen Verfahren			
Position im Landeshaushalt	Einzelplan 09 Kapitel 0905			
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2013 in T€	SOLL 2014 In T€	SOLL 2015 in T€
	Gesamteinnahmen	1.100,7	1.452,0	1.202,0
	Gesamtausgaben	13.301,1	13.516,6	13.501,6
	davon			
	- Personalausgaben	9.017,4	8.922,6	8.936,6
	- Sachausgaben	396,7	464,0	465,0
	- Auslagen in Rechtssachen	3.802,1	4.050,0	4.050,0
	- Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,0	0,0	0,0
	- Investitionen	84,9	80,0	50,0
	- Besondere Finanzierungsausgaben	0,0	0,0	0,0
	Saldo	- 12.200,4	-12.064,6	- 12.299,6
Erläuterung (zu den Kap. 0902, 0904 bis 0909)	Die Einnahmen aus Gerichtskosten, Geldstrafen und Geldbußen bei den Tit. 111 02 und 112 01 der Kapitel 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 sowie die Ausgaben für die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter bei den Tit. 412 01 und für die Auslagen in Rechtssachen der Tit. 526 11 bis 526 17 in den vorgenannten Kapiteln enthalten im Jahr 2014 erstmalig die ganzjährigen finanziellen Auswirkungen des 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes (2. KostRModG). Die Veranschlagung für das Jahr 2015 berücksichtigt ferner die Hochrechnungen der Einnahmen und Ausgaben des laufenden Jahres.			
Flexibilisierungsmöglichkeiten	Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 des Kapitels 0905 mit Ausnahme der Tit. 526 11 bis 526 13 verwendet werden. Für Mehrausgaben bei den Tit. 412 01 und 526 11 bis 526 17 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 können Mehreinnahmen dieser Kapitel bei den Tit. 111 02 bzw. 112 01 verwendet werden. Die Ausgaben der Tit. 412 01 sowie 526 11 bis 526 17 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 sind gegenseitig deckungsfähig.			

**Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich
Finanzgericht des Landes Schleswig-Holstein (Kapitel 0906)**

Globale Zielbeschreibung	Erfüllung des Justizgewährungsanspruchs und Schaffung von Rechtssicherheit im Rahmen der Gewaltenteilung			
Fallzahlen	Eingangszahlen			
	Ist 2010:	1.245		
	Ist 2011:	1.118		
	Ist 2012:	995		
	Ist 2013:	990		
Gründe der Zielumsetzung	<ul style="list-style-type: none"> - Gewährung von individuellem Rechtsschutz - Herstellung von Rechtssicherheit und Rechtsfrieden für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung in finanzgerichtlichen Verfahren 			
Position im Landeshaushalt	Einzelplan 09 Kapitel 0906			
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2013 in T€	SOLL 2014 In T€	SOLL 2015 in T€
	Gesamteinnahmen	306,2	450,0	380,0
	Gesamtausgaben	1.728,4	1.922,5	1.747,5
	davon			
	- Personalausgaben	1.579,0	1.725,0	1.575,0
	- Sachausgaben	53,1	57,5	57,5
	- Auslagen in Rechtssachen	23,4	35,0	35,0
	- Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	59,7	90,0	80,0
	- Investitionen	15,0	15,0	0,0
	- Besondere Finanzierungsausgaben	0,0	0,0	0,0
	Saldo	- 1.422,2	- 1.472,5	- 1.367,5
Erläuterung (zu den Kap. 0902, 0904 bis 0909)	Die Einnahmen aus Gerichtskosten, Geldstrafen und Geldbußen bei den Tit. 111 02 und 112 01 der Kapitel 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 sowie die Ausgaben für die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter bei den Tit. 412 01 und für die Auslagen in Rechtssachen der Tit. 526 11 bis 526 17 in den vorgenannten Kapiteln enthalten im Jahr 2014 erstmalig die ganzjährigen finanziellen Auswirkungen des 2. Kostenrechtsmodernierungsgesetzes (2. KostRModG). Die Veranschlagung für das Jahr 2015 berücksichtigt ferner die Hochrechnungen der Einnahmen und Ausgaben des laufenden Jahres.			
Flexibilisierungsmöglichkeiten	<p>Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 des Kapitels 0906 mit Ausnahme des Tit. 526 11 verwendet werden.</p> <p>Für Mehrausgaben bei den Tit. 412 01 und 526 11 bis 526 17 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 können Mehreinnahmen dieser Kapitel bei den Tit. 111 02 bzw. 112 01 verwendet werden.</p> <p>Die Ausgaben der Tit. 412 01 sowie 526 11 bis 526 17 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 sind gegenseitig deckungsfähig.</p>			

**Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich
Staatsanwaltschaften (Kapitel 0908)**

Globale Zielbeschreibung	Durchsetzung des staatlichen Strafverfolgungsanspruchs			
Fallzahlen	Eingangszahlen			
Ermittlungsverfahren	Ist 2010:	284.481		
	Ist 2011:	285.632		
	Ist 2012:	287.547		
	Ist 2013:	273.903		
Gründe der Zielumsetzung	- Durchsetzung des staatlichen Strafverfolgungsanspruchs und Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung			
Position im Landeshaushalt	Einzelplan 09 Kapitel 0908			
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2013 in T€	SOLL 2014 In T€	SOLL 2015 in T€
	Gesamteinnahmen	16.205,0	16.037,0	15.360,0
	Gesamtausgaben	36.908,0	36.261,6	36.414,6
	davon			
	- Personalausgaben	30.512,4	29.255,1	29.072,1
	- Sachausgaben	1.331,7	1.265,0	1.374,0
	- Auslagen in Rechtssachen	4.932,3	5.480,0	5.680,0
	- Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	64,4	160,0	111,0
	- Investitionen	67,2	101,5	177,5
- Besondere Finanzierungsausgaben	0,0	0,0	0,0	
Saldo	- 20.703,0	-20.224,6	- 21.054,6	
Erläuterung (zu den Kap. 0902, 0904 bis 0909)	Die Einnahmen aus Gerichtskosten, Geldstrafen und Geldbußen bei den Tit. 111 02 und 112 01 der Kapitel 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 sowie die Ausgaben für die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter bei den Tit. 412 01 und für die Auslagen in Rechtssachen der Tit. 526 11 bis 526 17 in den vorgenannten Kapiteln enthalten im Jahr 2014 erstmalig die ganzjährigen finanziellen Auswirkungen des 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes (2. KostRModG). Die Veranschlagung für das Jahr 2015 berücksichtigt ferner die Hochrechnungen der Einnahmen und Ausgaben des laufenden Jahres.			
Flexibilisierungsmöglichkeiten	<p>Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 des Kapitels 0908 mit Ausnahme der Tit. 526 13 bis 526 15 sowie 681 01 und 681 02 verwendet werden.</p> <p>Für Mehrausgaben bei den Tit. 412 01 und 526 11 bis 526 17 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 können Mehreinnahmen dieser Kapitel bei den Tit. 111 02 bzw. 112 01 verwendet werden.</p> <p>Die Ausgaben der Tit. 412 01 sowie 526 11 bis 526 17 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 sind gegenseitig deckungsfähig.</p> <p>Die Ausgaben der Tit. 681 01 bis 681 03 in den Kapitel 0902 und 0908 sind gegenseitig deckungsfähig.</p>			

**Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich
Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit (Kapitel 0909)**

Globale Zielbeschreibung	Erfüllung des Justizgewährungsanspruchs und Schaffung von Rechtssicherheit im Rahmen der Gewaltenteilung			
Fallzahlen	Eingangszahlen			
	Ist 2010:	12.142		
	Ist 2011:	12.536		
	Ist 2012:	13.215		
	Ist 2013:	11.744		
Gründe der Zielumsetzung	<ul style="list-style-type: none"> - Gewährung von individuellem Rechtsschutz - Herstellung von Rechtssicherheit und Rechtsfrieden für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung in arbeitsgerichtlichen Verfahren 			
Position im Landeshaushalt	Einzelplan 09 Kapitel 0909			
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2013 in T€	SOLL 2014 in T€	SOLL 2015 in T€
	Gesamteinnahmen	879,5	950,5	900,5
	Gesamtausgaben	7.035,8	7.284,2	7.583,2
	davon			
	- Personalausgaben	4.527,2	4.490,0	4.490,0
	- Sachausgaben	355,5	629,0	628,0
	- Auslagen in Rechtssachen	2.137,9	2.150,0	2.450,0
	- Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,2	0,2	0,2
	- Investitionen	15,0	15,0	15,0
	- Besondere Finanzierungsausgaben	0,0	0,0	0,0
	Saldo	- 6.156,3	- 6.333,7	- 6.682,7
Erläuterung (zu den Kap. 0902, 0904 bis 0909)	Die Einnahmen aus Gerichtskosten, Geldstrafen und Geldbußen bei den Tit. 111 02 und 112 01 der Kapitel 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 sowie die Ausgaben für die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter bei den Tit. 412 01 und für die Auslagen in Rechtssachen der Tit. 526 11 bis 526 17 in den vorgenannten Kapiteln enthalten im Jahr 2014 erstmalig die ganzjährigen finanziellen Auswirkungen des 2. Kostenrechtsmodernierungsgesetzes (2. KostRModG). Die Veranschlagung für das Jahr 2015 berücksichtigt ferner die Hochrechnungen der Einnahmen und Ausgaben des laufenden Jahres.			
Flexibilisierungsmöglichkeiten	<p>Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 des Kapitels 0909 mit Ausnahme des Tit. 526 11 verwendet werden.</p> <p>Für Mehrausgaben bei den Tit. 412 01 und 526 11 bis 526 17 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 können Mehreinnahmen bei den Tit. 111 02 bzw. 112 01 verwendet werden.</p> <p>Die Ausgaben der Tit. 412 01 sowie 526 11 bis 526 17 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 sind gegenseitig deckungsfähig.</p>			

Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich
Europaangelegenheiten (Kapitel 0911)

Globale Zielbeschreibung	1. Stärkung des Standortes Schleswig-Holstein durch transnationale, interregionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen des EU-INTERREG-Programms. Stärkung der regionalen Zusammenarbeit im Ostsee- und Nordseeraum sowie mit der Region Pays de la Loire durch projektorientierte Kooperationen und partnerschaftliche Zusammenarbeit.			
	2. Stärkung des Europabewusstseins und der Europafähigkeit des Landes durch Förderung der europäischen Kommunikations- und Zielgruppenarbeit			
Maßnahmen zur Zielerreichung	Mengen	Qualitäten/Bürgerorientierung	Wirtschaftlichkeit/ Kosten	Fachliche Zielerreichung
Zu 1.) Institutionelle Förderung der Academia Baltica	<u>Anzahl der Förderbescheide:</u> Ist 2013: 1 (50,0 T€) Soll 2014: 1 (50,0 T€) Soll 2015: 1 (50,0 T€)	Förderung von Angeboten zur politischen Bildung und dem Kennenlernen fremder Kulturen	<u>Durchschnittliche Förderquote:</u> Ist 2013: 12,5 % Soll 2014: 11,8 % Soll 2015: 11,8 %	Stärkung von Wissen über Ostseeanrainernstaaten sowie Stärkung interkultureller Kompetenz im Ostseeraum
Unterhaltung von ständigen Repräsentanzen im Ostseeraum (SH-Büros, Hansebüro, Hanse-Offices)	<u>Anzahl der Förderbescheide:</u> Ist 2013: 1 (85,0 T€) Soll 2014: 1 (85,0 T€) Soll 2015: 1 (85,0 T€)	Anlaufstelle für Verwaltung, Wirtschaft, Organisationen und Initiativen im Rahmen der Ostseekooperation	<u>Durchschnittliche Förderquote:</u> Ist 2013: 94,8 % Soll 2014: 95,5 % Soll 2015: 95,5 %	Weiterentwicklung der partnerschaftlichen und regionalen Zusammenarbeit in der Ostseeregion
Austausch zwischen der Partnerregion Pays de la Loire und SH	<u>Anzahl der Förderbescheide:</u> Ist 2013: 5 (6,8 T€) Soll 2014: 5 (6,8 T€) Soll 2015: 5 (6,8 T€)	Förderung von bürgernahen Kooperationsprojekten insbesondere auch der beruflichen Qualifikation	<u>Durchschnittliche Förderquote:</u> Ist 2013: 20 % Soll 2014: 25 % Soll 2015: 25 %	Förderung der Dt.-Frz. Freundschaft und des Europäischen Gedankens
Projektförderungen im Rahmen der Partnerschaften	<u>Anzahl der Förderbescheide:</u> Ist 2013: 3 (3,0 T€) Soll 2014: 3 (26,0 T€) Soll 2015: 3 (26,0 T€)	Engagement schl.-holst. Einrichtungen /Organisationen für die Ostseekooperation stärken	<u>Durchschnittliche Förderquote:</u> Ist 2013: 40% Soll 2014: 50% Soll 2015: 50%	Stärkung der Ostseeschwerpunkte des Landes in den Bereichen Wirtschaft, Ökologie, Wissenschaft, Kultur, Bildung, Gesundheit, Politik und Forschung
Anschub- und Kofinanzierung von SH-Projekten im Rahmen der INTERREG Programme und STRING	<u>Anzahl der Förderbescheide:</u> Ist 2013: 4 (45,3 T€) Soll 2014: 4 (30,5 T€) Soll 2015: 4 (30,5 T€)	Unterstützung von schl.-holst. Trägern von INTERREG IV B Nord- und Ostseeprojekten, INTERREG IV C Projekten u. STRING-Projekten	<u>Durchschnittliche Förderquote:</u> Ist 2013: 12,2% Soll 2014: 20,0% Soll 2015: 20,0%	Möglichst hohe Anzahl von Projekten mit SH-Beteiligung und damit hohe EU-Mittelbindung

Zu 2.) Institutionelle Förderung der Europa Union, der Europäischen Bewegung und der Jungen Europäischen	<u>Anzahl der Förderbescheide:</u> Ist 2013: 1 (63,8 T€) Soll 2014: 1 (63,8 T€) Soll 2015: 1 (65,0 T€)	EU- Fähigkeit und EU-Wissen aller Bürgerinnen und Bürger stärken (ca. 30 Veranstaltungen im Jahr)	<u>Durchschnittliche Förderquote:</u> Ist 2013: 52,0% Soll 2014: 55,0% Soll 2015: 55,0%	Steigerung der Europafähigkeit der Bürgerinnen und Bürger
Gründe der Zielumsetzung	zu 1) Stärkung des Standortes Schleswig-Holstein zu 2) Förderung der Europaakzeptanz und Europafähigkeit in Schleswig-Holstein			
Externe Zielgruppen	zu 1.) Vereine, Verbände, Institutionen, Wirtschaft, Kommunen zu 2.) Bürgerinnen und Bürger, Interessenvertretungen, Verbände, Organisationen, Vereine			
Position im Landeshaushalt	Einzelplan 09 Kapitel 0911			
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	- Landeshaushaltsordnung Schleswig-Holstein (LHO) - Förderrichtlinie			
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2013 in T€	Soll 2014 in T€	Soll 2015 in T€
	Gesamteinnahmen Gesamtausgaben davon	421,0 1.217,5	528,8 1.357,0	528,8 1.324,1
	Personalausgaben	0,0	0,0	0,0
	Sachausgaben inkl. Investitionen	48,1	101,1	83,4
	Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	470,6	509,4	494,2
	Hanse-Office in Brüssel (HG 4 bis 8 der TG 61)	698,8	746,5	746,5
	Saldo	- 796,5	- 828,2	- 795,3
Flexibilisierungsmöglichkeiten	Die tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 02 stehen für zusätzliche Ausgaben des Kapitels 0911 mit Ausnahme der TG 61 zur Verfügung. Die Ausgaben des Kapitels sind mit Ausnahme der Titelgruppe 61 gegenseitig deckungsfähig.			

Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich
Kulturförderung (Kapitel 0940)

<p>Globale Zielbeschreibung</p>	<p>Die Förderung von Kunst und Kultur steht unter dem Schutz des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände. Die allgemeine Kulturpflege spiegelt diese Aufträge aus der Landesverfassung wider. Damit sollen das kulturelle Leben und das künstlerische Schaffen in den Städten und den ländlichen Räumen ermöglicht und befördert werden. Der Kulturhaushalt setzt klare Schwerpunkte beim Erhalt der landesweit bedeutenden kulturellen Infrastruktur und des kulturellen Erbes sowie bei der Förderung von Initiativen und Aktivitäten an der Schnittstelle von Kultur und Bildung. Weitere Ziele sind die Sicherung historischer Erinnerungs- und Lernorte, die Förderung des Kulturtourismus und der Ausbau der kulturellen Zusammenarbeit im Ostseeraum.</p>			
<p>Maßnahmen zur Zielerreichung</p>	<p>Mengenergebnisse</p>	<p>Qualitätskennzahl/ - Indikator bzw. Bürgerorientierung</p>	<p>Kosten/ Effizienz</p>	<p>Fachliche Zielerreichung</p>
<p>Institutionelle und Projektförderung auf der Grundlage von Richtlinien und Zielvereinbarungen sowie eine adäquate Unterstützung von Kulturinstitutionen, für die das Land gesetzliche oder andere vertragliche Verpflichtungen eingegangen ist</p>	<p>Differieren nach in Richtlinien bzw. in Ziel- und Leistungsvereinbarungen festgelegten Zielgrößen</p>	<p>Hohe Beteiligung und Nachfrage aller Bürgerinnen und Bürger an den Angeboten innerhalb der kulturellen Infrastruktur (jeweils nach Sparte und/oder Institution zu unterscheidende Kennziffern)</p> <p>Sozial ausgewogene und möglichst umfassende Möglichkeit der Teilhabe an den kulturellen Angeboten insbesondere auch für Kinder und Jugendliche</p> <p>Attraktivitätssteigerung des Tourismus durch spezifische kulturelle Angebote</p> <p>Sicherung der kulturellen Vielfalt für alle Altersgruppen und mit Blick auf die Bedeutung der Minderheiten in Schleswig-Holstein</p> <p>Materielle Sicherung bei baulich und kulturhistorisch hochwertiger Substanz</p>	<p>Ganz überwiegend Herstellung meritorischer Güter, d.h. finanzielle Interventionen des Landes nach kulturpolitischer Zielstellung zur Erreichung der Oberziele</p>	<p>Herstellung betrieblich orientierter Institutionalität mit -je nach Sparte/Branche- möglichst hoher Eigenwirtschaftlichkeit</p> <p>Nachhaltige Planungssicherheit für die Bestandteile der kulturellen Infrastruktur</p> <p>Schaffung von Rahmenbedingungen für eine hohe bürgerschaftliche Beteiligung und damit Stärkung des Ehrenamtes</p>

Maßnahmen zur Zielerreichung	<p>Grundhaushalt: Zuwendungen, zu denen das Land Schleswig-Holstein gesetzlich oder vertraglich verpflichtet ist, wie z.B. Kulturstiftung der Länder, Anteil am Erhalt der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau und Stiftung Preußischer Kulturbesitz sowie die urheberrechtlichen Verpflichtungen im Bibliotheksbereich.</p> <p>MG 02 „Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf“ Die Zuwendungen an die SHLM Schloss Gottorf werden aufgrund des Stiftungsgesetzes zur Deckung des laufenden Betriebs und für Investitionen aller Liegenschaften gewährt. Schloss Gottorf ist als Baudenkmal und als Museum das bedeutendste kulturelle Ensemble in Schleswig-Holstein. Die kulturtouristische Inwertsetzung des gesamten Ensembles hat höchste infrastrukturelle Priorität.</p> <p>MG 03 „Stiftung Schloss Eutin“ Die Zuwendungen an die rechtsfähige öffentlich-rechtliche Stiftung Schloss Eutin werden aufgrund des Stiftungsgesetzes zur Deckung des laufenden Betriebs und für laufende, jährlich wiederkehrende Investitionen zur Erhaltung der Bausubstanz gewährt. Die Schlossanlage Eutin mit Schloss, Schlossgarten und Orangerie hat eine hohe kulturpolitische Bedeutung für die Landesgeschichte. Das Land steht deshalb in besonderer kulturpolitischer Verpflichtung.</p> <p>MG 06 „Förderung des Büchereiwesens und der Literatur“ Bereitstellung finanzieller Mittel für die außerschulische Leseförderung und die Literaturförderung. Gefördert werden die Leseförderprojekte des Friedrich-Bödecker-Kreises Schleswig-Holstein e.V. und die vom Büchereiverein Schleswig-Holstein e.V. organisierten Kinder- und Jugendbuchwochen. Im Bereich der Literatur erhalten literarische Institutionen im Rahmen der institutionellen Förderung aufgrund von Ziel- und Leistungsvereinbarungen oder auf Antrag im Rahmen der Projektförderung Zuwendungen.</p> <p>MG 08 „Musikförderung“ Förderung des Laien- und professionellen Musizierens im Land. Gefördert werden Dachorganisationen mit landesweiter Ausrichtung sowie öffentliche und private Einrichtungen, Vereinigungen, Stiftungen und Zusammenschlüsse des Musiklebens auf Landesebene. Ziele sind Austausch und Beratung, Vernetzung, Qualifizierung der schleswig-holsteinischen Musikszene und Unterstützung des musikalischen Spitzen- und Breitennachwuchses sowie die Betreuung und Verwaltung von Infrastrukturausstattungen. Ein besonderer Stellenwert kommt dem Schleswig-Holstein Musik Festival mit seinen international besetzten Nachwuchsakademien zu.</p> <p>MG 09 „Förderung der bildenden Kunst“ Förderung der zeitgenössischen Kunst durch institutionelle Zuwendung an den Landesverband des Bundesverbandes bildender Kunst (BBK) und Projektförderungen an Künstlerinnen und Künstler sowie der Kunst im öffentlichen Raum.</p> <p>MG 10 „Förderung privater und freier Theater“ Die Zuwendungen erfolgen nach der Richtlinie für die Landesförderung der privaten und freien Theater in Schleswig-Holstein vom 15.04.2011 in der Fassung vom 21. Dezember 2012 (Amtsbl. Schl.-H. S. 72). Insgesamt werden derzeit acht Theater gefördert. Im Rahmen der Projektförderung werden neue Produktionen weiterer privater und freier Theater/Theatergruppen bezuschusst und Zuwendungen für Theaterfestivals gewährt. Darüber hinaus erhalten der Amateurtheaterverband und der Niederdeutsche Bühnenbund eine jährliche Zuwendung für die Verbandsarbeit.</p> <p>MG 11 „Förderung der Heimatpflege und Gedenkstätten“ Gefördert werden Institutionen und Projekte der Heimatpflege und Landesgeschichte sowie der Gedenkstättenarbeit. Dabei nimmt die Pflege der niederdeutschen Sprache eine besondere Rolle ein. Tragende Institutionen der Heimatpflege insbesondere im ländlichen Raum sind die rund 220 Mitgliedsorganisationen des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes mit zusammen rund 54.000 Mitgliedern. Der SHHB als Dachverband stützt das ehrenamtliche Engagement in den Bereichen Kultur und Geistesleben, Erhaltung der plattdeutschen und friesischen Sprache, Pflege des Heimat- und Geschichtsbewusstseins.</p>
-------------------------------------	--

<p>Maßnahmen zur Zielerreichung</p>	<p>MG 12 „Förderung von Film und Medien“ Die filmkulturelle und filmwirtschaftliche Infrastruktur wird durch institutionelle Zuschüsse für die Filmwerkstatt in Kiel als Teil der gemeinsamen Filmförderung Hamburg/Schleswig-Holstein und die Nordischen Filmtage Lübeck gefördert. Darüber hinaus erfolgt die Vergabe des Kinopreises Schleswig-Holstein auf dem Wege der Projektförderung. Die Nachwuchsförderung der Filmwerkstatt leistet einen wesentlichen Beitrag zur Erschließung des filmisch-künstlerischen Potenzials im Lande. Die Nordischen Filmtage Lübeck sind einerseits Spielfläche des norddeutschen Filmnachwuchses, andererseits Begegnungsstätte mit dem skandinavischen und baltischen Film. Mit dem Kinopreis werden hochwertige Jahresprogramme von Kinos ausgezeichnet.</p> <p>MG 13 „Internationale Kulturmaßnahmen“ Im Rahmen der internationalen Kulturmaßnahmen werden bilaterale und multilaterale Projekte gefördert. Dazu zählen der Austausch von Künstlerinnen und Künstlern, gemeinsame Projekte ausländischer und schleswig-holsteinischer Kunstschaffender, Kooperationsprojekte schleswig-holsteinischer Künstlerinnen und Künstler bzw. Kulturinstitutionen im Ausland und ausländischer Kulturschaffender in Schleswig-Holstein.</p> <p>MG 14 „Spartenübergreifende Förderungsmaßnahmen“ Die Förderung der kulturellen Kinder- und Jugendbildung führt die Aktivitäten von Trägern der schulischen Bildungs- und außerschulischen Kulturarbeit in der Projektarbeit zusammen. Für Kinder und Jugendliche in unterschiedlichen Lebenszusammenhängen werden Kunst und Kultur frühzeitig erlebbar gemacht und eigene Ausdrucksformen dafür entwickelt. Den soziokulturellen Zentren mit ihrem niedrigschwelligen Zugang kommt dabei eine große Bedeutung zu. Auch Künstlerhäuser werden vom Land spartenübergreifend unterstützt. Zudem verleiht das Land alle zwei Jahre den Kunstpreis.</p> <p>MG 15 „Museen und kulturelles Erbe“ Die rund 250 Museen zählen mit rund drei Millionen Besucherinnen und Besuchern pro Jahr zu den meistfrequentierten Kultureinrichtungen im Land. Sie sind in ihrer Gesamtheit Schaufenster für Geschichte, Kultur und Natur unseres Landes. Die Qualifizierung der Museen ist daher eine kontinuierliche Aufgabe und eine Investition in Kenntnis und Image des Landes. Die Zuwendungen konzentrieren sich auf landesweit bedeutende Einrichtungen (z.B. die Projekte der Museen der Hansestadt Lübeck), die Sicherung der landesweiten Museumsstruktur, insbesondere zur systematischen digitalen Erschließung der Museumsbestände und zur Stärkung des Museumsmarketings in Schleswig-Holstein.</p>
<p>Gründe der Zielumsetzung</p>	<p>Verfassungsauftrag und politische Beschlusslage</p>
<p>Externe Zielgruppen</p>	<p>Bürgerinnen und Bürger des Landes Kulturelle Verbände und Organisationen Kulturelle Institutionen Touristen</p>
<p>Position im Landeshaushalt</p>	<p>Einzelplan 09 Kapitel 0940</p>
<p>Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln</p>	<p>Landesverfassung, Stiftungsgesetze, Verträge, Richtlinien, Zielvereinbarungen, Beschlusslage Parlament</p>

Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2013 in T€	Soll 2014 in T€	Soll 2015 in T€
	Gesamteinnahmen Gesamtausgaben	191,6 18.681,9	156,0 24.145,8	575,1 22.907,8
	davon			
	- Personalausgaben	0,0	0,0	0,0
	- Sachausgaben	57,4	342,6	264,9
	- Zuwendungen mit Ausnahme von Investitionen	14.057,1	14.908,2	15.167,9
	- Investitionen	4.567,4	8.895,0	7.475,0
	- Besondere Finanzierungs-Ausgaben	0,0	0,0	0,0
	Saldo	-18.490,3	-23.989,8	-22.332,7
Flexibilisierungsmöglichkeiten	Die tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 02 stehen für zusätzliche Ausgaben des Kapitels 0940 zur Verfügung. Die Ausgaben in den Maßnahmegruppen 06 bis 15 dürfen zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 282 01 überschritten werden.			

Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich
Kirchenangelegenheiten (Kapitel 0941)

Globale Zielbeschreibung	<p>Mit der Trennung von Staat und Kirche verloren die Kirchen den größten Teil ihres Vermögens, insbesondere ihres Grundvermögens. Zum Ausgleich dieser Vermögensverluste sah die Weimarer Reichsverfassung eine Ablösung und - wo diese nicht vorgenommen wurde/werden konnte - die Staatsleistung vor. Diese Regelung ist in das Grundgesetz übernommen worden.</p> <p>Das Land unterstützt auch kleine Kirchen und kirchliche Organisationen.</p> <p>Das Land beteiligt sich an den Ausgaben der Jüdischen Landesverbände, die ihnen für in Schleswig-Holstein lebende Juden entstehen und beteiligt sich an den Kosten der Jüdischen Gemeinden, die durch Neubau und Sanierung ihrer Gottes- und Gemeindehäuser und deren Sicherung entstehen. Wegen ihrer erfolgreichen Aktivitäten beim Zusammenführen von Christen und Juden unterstützt das Land zudem die Arbeit der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit. Daneben wird in den Jahren 2015 bis 2018 die „Junge Islamkonferenz“ gefördert.</p>			
Maßnahmen zur Zielerreichung	Mengen	Qualitäten/ Bürgerorientierung	Wirtschaftlichkeit/ Kosten	fachliche Zielerreichung
<p>Von den beiden großen christlichen Kirchen wird lt. Kirchenvertrag kein Verwendungsnachweis gefordert.</p> <p>Die kleinen Kirchen, die jüdischen Landesverbände und die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit legen Geschäftsberichte bzw. Verwendungsnachweise vor.</p>				
Gründe der Zielumsetzung	<ul style="list-style-type: none"> - Ausgleich von Vermögensverlusten, die die beiden großen christlichen Kirchen im Zuge der Säkularisation erlitten haben - Förderung des jüdischen Lebens in Schleswig-Holstein - Förderung der Zusammenarbeit von Christen und Juden in Schleswig-Holstein - Förderung religiösen Lebens in Schleswig-Holstein 			
Position im Landeshaushalt	Einzelplan 09 Kapitel 0941			
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	<ol style="list-style-type: none"> 1. Vertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und den damaligen evangelischen Landeskirchen, der heutigen Ev.-Luth. Kirche in Norddeutschland, vom 23. April 1957. 2. Vertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der Römisch-Katholischen Kirche vom 9. Januar 2009 3. Vertrag zwischen dem Landesverband der jüdischen Gemeinden Schleswig-Holstein, der jüdischen Gemeinschaft Schleswig-Holstein und dem Land Schleswig-Holstein vom 25. Januar 2005 			
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2013 in T€	Soll 2014 in T€	Soll 2015 in T€
	Gesamteinnahmen	0,0	0,0	0,0
	Gesamtausgaben	12.900,6	14.445,5	13.475,5
	davon			
	- Personalausgaben	0,0	0,0	0,0
	- Sachausgaben	0,0	0,0	0,0
	- Zuwendungen mit Ausnahme von Investitionen	12.780,6	13.355,5	13.385,5
- Investitionen	140,0	1.090,0	90,0	
- Besondere Finanzierungsausgaben	0,0	0,0	0,0	
Saldo		-12.900,6	-14.445,5	-13.475,5

Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich
Landesarchiv (Kapitel 0942)

<p>Aufgabenbeschreibung</p>	<p>Das Landesarchiv hat die gesetzliche Aufgabe, die archivwürdigen Unterlagen der Verwaltungen, Behörden und Gerichte im Lande Schleswig-Holstein sowie ihrer Funktions- und Rechtsvorgänger zu übernehmen, zu sichern, zu verwahren und für Zwecke der Forschung und Bildung, der Verwaltung und Rechtssicherung benutzbar zu halten.</p> <p>Es berät die Landesbehörden bei der Schriftgutverwaltung, erteilt Auskünfte, erbringt aus seinen Quellenbeständen Dienstleistungen für die wissenschaftliche wie die heimatkundliche Forschung und berät und unterstützt Verwaltungs- und Bildungsinstitutionen.</p> <p>Durch Publikationen und die Präsentation historischer Quellen fördert es die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Landes Schleswig-Holstein und seiner Einrichtungen.</p> <p>Das Landesarchiv nimmt zentrale Aufgaben im schleswig-holsteinischen Archivwesen wahr und trägt zur Qualifizierung ehren-, neben- und hauptamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Archiven des Landes bei.</p>			
<p>Maßnahmen zur Zielerreichung</p>	<p style="text-align: center;">Mengen</p>	<p style="text-align: center;">Qualitäten/ Bürgerorientierung</p>	<p style="text-align: center;">Wirtschaftlichkeit/ Kosten</p>	<p style="text-align: center;">fachliche Zielerreichung</p>
<p>Übernahme und Erschließung</p>	<p>Übernahme und Erschließung von 500 m lfd. Akten; 40 Behördenbesuche</p>	<p>Relation von Übernahme und Erschließung = 1:1</p>	<p>Gesamtkosten</p>	<p>Vollständige Magazinierung und Erschließung des übernommenen Schriftgutes. Beratung der Behörden bei der Schriftgutverwaltung</p>
<p>Bestandserhaltende Maßnahmen</p>	<p>Konservatorische Maßnahmen an 37 km Archivgut; 700.000 Aufnahmen Sicherungsverfilmung</p>		<p>Gesamtkosten</p>	<p>Vollständige Konservierung des übernommenen Schriftgutes</p>
<p>Archivbenutzung</p>	<p>2.800 Benutzertage; 1.500 Recherchen; 100.000 Kopien/ Reproduktionen 15.500 Aktenaushebungen</p>	<p>Zufriedenheitsgrad der Besucher: gut/sehr gut 80 v. H.;</p> <p>Anteil: 75% historisch/ wissenschaftlich 25% praktisch/ rechtlich bedingte Nutzungen</p>	<p>Gesamtkosten unter Berücksichtigung der Erlöse aus der Archivbenutzung</p>	<p>Deckung des Benutzungsbedarfs</p>
<p>Beratungen für Dritte</p>	<p>15 Beratungen für kommunale Archive; 150 Beratungen in kommunaler Heraldik; 10 Wappen- und 20 Flaggen genehmigungen</p>	<p>Zufriedenheitsgrad der Beraternen</p>	<p>Gesamtkosten unter Berücksichtigung der Erlöse</p>	<p>Deckung des Beratungsbedarfs</p>
<p>Gründe der Zielumsetzung</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Sicherung von Verwaltungs- und Rechtskontinuität im Lande Schleswig-Holstein - Bereitstellen von historischen Quellen für die wissenschaftliche Forschung - Unterstützung geschichtsbezogener Bildungs- und Erziehungsarbeit - Sekundäre Nutzung vorhandener Informationsquellen als Rationalisierungsfaktor 			

Externe Zielgruppen	<ul style="list-style-type: none"> - Bürgerinnen und Bürger - Historische, ortsgeschichtliche und heimatkundliche Vereinigungen - Forschungseinrichtungen - Aus- und Fortbildungseinrichtungen - Öffentliche Verwaltung 			
Position im Landeshaushalt	Einzelplan 09 Kapitel 0942			
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	<ul style="list-style-type: none"> - Landesarchivgesetz (LArchG) vom 11. August 1992 (GVOBl. Schl.-H.S.444) - Aktenordnung für die schleswig-holsteinische Landesverwaltung (Amtsblatt Schl.-H. 1999, S. 260) 			
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2013 in T€	Soll 2014 in T€	Soll 2015 in T€
	Gesamteinnahmen	317,0	142,6	181,7
	Gesamtausgaben	2.186,7	2.176,6	2.290,6
	davon			
	- Personalausgaben	1.886,9	1.813,1	1.874,1
	- Sachausgaben	249,3	283,5	336,5
- Zuwendungen mit Ausnahme von Investitionen	10,0	10,0	10,0	
- Investitionen	40,5	70,0	70,0	
- Besondere Finanzierungs-Ausgaben	0,0	0,0	0,0	
Flexibilisierungsmöglichkeiten	Mehreinnahmen bei Tit. 119 05 und 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5 bis 8 mit Ausnahme der TG 61 und TG 62 verwendet werden.			

Zusätzliche Erläuterungen

für den Aufgabenbereich

Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek (Kapitel 0943)

<p>Aufgaben-Beschreibung</p>	<p>Die Landesbibliothek führt seit über 100 Jahren das zentrale Literaturarchiv Schleswig-Holstein, vornehmlich für Druckwerke und handschriftliche Nachlässe. Für Schleswig-Holstein erstellt die Landesbibliothek die Landesbibliographie, die neben Büchern auch Aufsätze und Kleinschrifttum erfasst. Außerdem sammelt die Landesbibliothek musikhistorische Quellen. Zur landeskundlichen Sammlung gehören eine umfassende Porträtsammlung, Ortsansichten und Ereignisbilder, dazu die wichtigste Münz- und Medaillensammlung zu Schleswig-Holstein, Notgeldstücke, Militaria aus der Erhebungszeit; zusammen sind dies über 50.000 Objekte zur Landesgeschichte.</p>			
<p>Maßnahmen zur Zielerreichung</p>	<p>Mengen</p>	<p>Qualitäten/ Bürger-orientierung</p>	<p>Wirtschaft-lichkeit/ Kosten</p>	<p>Fachliche Zielerreichung</p>
<p>Inventarisierung und Erschließung</p>	<p>Inventarisierung und Erschließung von jährlich rd. 6.000 Druckschriften, Autographen, Notendrucke und Bilddokumenten</p>	<p>Erwerb, Inventarisierung, Erschließung und Bereitstellung der Medien in Verbunddatenbanken (GBV, Kalliope und digiCULT); Ausleihe, Fernleihe und Copyservice</p>	<p>Gesamtkosten</p>	<p>Magazinierung, Katalogisierung und Erschließung (Druckmedien auch in der Landes-Bibliographie)</p>
<p>Bestandserhaltende Maßnahmen</p>	<p>Sachgerechte Lagerung der Bestände; Sicherheitsverfilmung von Zeitungsbeständen; Digitalisierung von jährlich 3.000 Bilddokumenten und Restaurierung einzelner Bilddokumente</p>		<p>Gesamtkosten</p>	<p>Laufende Digitalisierung der Bilddokumente im eigenen Repro-Center und in Zusammenarbeit mit digiCULT</p>
<p>Bibliotheksbenutzung</p>	<p>Im Jahr: 250 Öffnungstage 800 aktive Benutzer Ausleihen Fernleihen 30.000 Kopien und Repro-Aufträge</p>	<p>Zufriedenstellung der Kunden: gut/sehr gut Benutzerkreis: Wissenschaftler und Studenten (30%) Laienforscher (50%) Landeskundlich Interessierte (20%)</p>	<p>Gesamtkosten unter Berücksichtigung der Erlöse aus dem Repro-Service</p>	<p>Deckung der Benutzernachfrage und Anforderungen</p>
<p>Öffentlichkeitsarbeit</p>	<p>Jährlich 80 Veranstaltungen in den Räumen der LB: Ausstellungen, Führungen, Vorträge, Lesungen, Buchvorstellungen, Konzerte 12.000 Besucher</p>	<p>Besucherzahlen für Vorträge (40-160), Konzerte (40-180), Lesungen (40-100) Ausstellungen (500-12.000)</p>	<p>Gesamtkosten unter Berücksichtigung der Erlöse aus der Öffentlichkeitsarbeit</p>	
<p>Beratungen für Dritte</p>	<p>Beratung - im Informationsdienst - bei Publikationen</p>	<p>Zufriedenheit der Kunden</p>		<p>Deckung der Nachfragen</p>

Gründe der Zielumsetzung	<ul style="list-style-type: none"> - Bereitstellung der historischen und landeskundlichen Quellen für die Forschung - Nachweis der Bestände in Verbunddatenbanken (GBV, Kalliope, digiCULT) - Erschließung 			
Externe Zielgruppen	<ul style="list-style-type: none"> - Bürger und Bürgerinnen - Historische und kulturelle Vereinigungen - Bildungseinrichtungen - Forschungseinrichtungen 			
Position im Landeshaushalt	Einzelplan 09 Kapitel 0943			
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	Landespressegesetz vom 31. Jan. 2005 (GVOBl. Schl.-H. 2005, S 105) Benutzungsordnung der Landesbibliothek (Nachrichtenblatt 1967, Nr. 5)			
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2013 in T€	Soll 2014 in T€	Soll 2015 in T€
	Gesamteinnahmen	78,8	40,0	45,0
	Gesamtausgaben	1.221,3	1.181,6	1.186,6
	davon			
	- Personalausgaben	881,1	876,1	876,1
	- Sachausgaben	296,4	260,5	265,5
- Zuwendungen mit Ausnahme von Investitionen	0,0	0,0	0,0	
- Investitionen	43,8	45,0	45,0	
- Besondere Finanzierungsausgaben	0,0	0,0	0,0	
Saldo	-1.142,5	-1.141,6	-1.141,6	
Flexibilisierungsmöglichkeiten	Mehreinnahmen bei Tit. 119 01, 119 02 und 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5 bis 8 verwendet werden.			

Zusätzliche Erläuterungen

für den Aufgabenbereich

Archäologisches Landesamt (Kapitel 0944)

<p>Aufgaben- beschreibung</p>	<p>Das Archäologische Landesamt Schleswig-Holstein (ALSH) hat als Obere Denkmalschutzbehörde die gesetzliche Aufgabe, das archäologische Erbe des Landes im Rahmen des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege zu erhalten und zu erforschen. Es ist hoheitlich tätig. Grundlage ist das Gesetz zum Schutz der Kulturdenkmale (DSchG) und das 2003 ratifizierte „Europäische Übereinkommen zum Schutz des archäologischen Erbes“ (Konvention von Malta 1992, beinhaltet u. a. die Beteiligung des Verursachers an den Kosten).</p> <p>Der Aufgabenerfüllung dienen die zentrale Erfassung des Denkmälerbestandes (Archäologische Inventarisierung), die wissenschaftliche Erforschung (Ausgrabung), die Erhaltung (Denkmalschutz und Denkmalpflege) und die Information der Öffentlichkeit (Öffentlichkeitsarbeit).</p> <p>Das Archäologische Landesamt erteilt Auskünfte, stellt Informationen aus seinen Quellenbeständen für wissenschaftliche und heimatkundliche Forschung bereit, erstellt Zielplanungen, berät und unterstützt auch als Träger öffentlicher Belange in allen Angelegenheiten des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege die Gemeinden, Kreise und andere Behörden sowie Bürgerinnen und Bürger. Es fördert nach Maßgabe des Landeshaushaltes die Erhaltung der Kulturdenkmale.</p> <p>Zu seiner Unterstützung bildet es ehrenamtliche Helfer und Vertrauensleute für den Denkmalschutz fort und qualifiziert diese durch Schulung und Fortbildungsveranstaltungen.</p> <p>Das Archäologische Landesamt ist zuständig für die Durchführung länderübergreifender und europäischer Projekte soweit sie der Erhaltung und Inwertsetzung des archäologischen Erbes dienen wie z. B. die Anmeldung des Danewerkes und Haithabu zum Weltkulturerbe.</p>			
<p>Maßnahmen zur Zielerreichung</p>	<p>Mengen</p>	<p>Qualitäten/ Bürger- orientierung</p>	<p>Wirtschaft- lichkeit/ Kosten</p>	<p>Fachliche Zielerreichung</p>
<p>Erfassung und Er- schließung</p>	<p>EDV gerechte Erschließung des Istbestandes (Denkmälerkartei mit 250.000 Blättern). Ca. 1.000 Fundneuzugänge Erschließung der Altbestände</p>	<p>Verfügbarmachung von archäologischen Daten zur Nutzung im Informationssystem des Landes Verwaltungsverein- fachung</p>	<p>Gesamtkosten</p>	<p>Vollständige Erschließung und Umsetzung des Istbestandes u. der Neuzugänge</p>
<p>Forschungsgrabungen Grabungen nach Verursacherprinzip</p>	<p>Durchführung archäologischer Ausgrabungen und Baustellen- beobachtungen (ca. 150)</p>	<p>Gewinnung neuer Forschungser- gebnisse unter gleichzeitiger Sicherung des kulturellen Erbes durch wissenschaft- liche Ausgrabung</p>	<p>Gesamtkosten unter Berücksichtigung der Einnahmen aus den einzelnen Grabungs- projekten</p>	<p>Verfügbar- machung aktueller Forschungs- ergebnisse</p>
<p>Erhaltung</p>	<p>Der Erhaltung bzw. Berücksichtigung des kulturellen Erbes dienen die Beteiligung an allen Planungen (ca. 2.500) und Unterschutzstellun- gen (ca. 20)</p>	<p>Beratung Koordinierung Behördenab- stimmung Bauleitplanung</p>	<p>Gesamtkosten</p>	<p>Wahrnehmung TöB</p>

<p>Öffentlichkeitsarbeit</p>	<p>100 Vorträge u. Führungen, ca. 80 Fortbildungsveranstaltungen, ca. 200 Beratungen</p>	<p>Zufriedenheitsgrad der Teilnehmer bzw. der Beratenen Rechenschaft über die eigene Arbeit Qualifizierung von UDS</p>	<p>Gesamtkosten unter Berücksichtigung der Einnahmen aus den Einzelprojekten</p>	<p>Deckung des Beratungsbedarfes</p>	
<p>Gründe der Zielumsetzung</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Denkmalschutz und Denkmalpflege als europäische gesetzliche Aufgabe - Aufbereitung und Bereitstellung archäologischer Quellen für wissenschaftliche Forschung und Lehre - Förderung des Geschichtsbewusstseins durch Bildungs- und Erziehungsarbeit 				
<p>Externe Zielgruppen</p>	<ul style="list-style-type: none"> - alle Bürgerinnen und Bürger des Landes - archäologisch, historisch und ortsgeschichtlich interessierte Vereinigungen - regionale und überregionale Forschungseinrichtungen - nationale und internationale Forschungsinstitutionen/Universitäten - öffentliche Verwaltung - Fort- und Ausbildungseinrichtungen 				
<p>Position im Landeshaushalt</p>	<p>Einzelplan 09 Kapitel 0944</p>				
<p>Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Gesetz zum Schutz von Denkmälern (Denkmalschutzgesetz) vom 12.12.2014 - Verfassung d. Landes Schleswig-Holstein Art. 9 Abs. 1 i. d. F. v. 02.12.2014 (GVOBl. S.344) - Europäisches Übereinkommen zum Schutz des arch. Erbes (Konvention von Malta von 1992) 				
<p>Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen</p>	<p>Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe</p>	<p>Ist 2013 in T€</p>	<p>Soll 2014 in T€</p>	<p>Soll 2015 in T€</p>	
	<p>Gesamteinnahmen Gesamtausgaben</p>	<p>2.245,2 3.795,3</p>	<p>807,0 2.702,3</p>	<p>1.517,0 3.161,2</p>	
	<p>davon</p>				
	<p>- Personalausgaben</p>	<p>3.021,1</p>	<p>2.374,4</p>	<p>2.498,9</p>	
	<p>- Sachausgaben</p>	<p>717,4</p>	<p>281,9</p>	<p>613,0</p>	
	<p>- Zuwendungen mit Ausnahme von Investitionen</p>	<p>2,2</p>	<p>1,5</p>	<p>1,5</p>	
<p>- Investitionen</p>	<p>54,6</p>	<p>44,5</p>	<p>47,8</p>		
<p>- Besondere Finanzierungsausgaben</p>	<p>0,0</p>	<p>0,0</p>	<p>0,0</p>		
<p>Saldo</p>	<p>-1.550,1</p>	<p>-1.895,3</p>	<p>-1.644,2</p>		
<p>Flexibilisierungsmöglichkeiten</p>	<p>Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5 bis 8 mit Ausnahme der TG 61 und TG 64 verwendet werden.</p> <p>Die Ausgaben der HGr. 5 des Grundhaushalts sind zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Ausgaben der HGr. 8.</p>				

Zusätzliche Erläuterungen

für den Aufgabenbereich

Landesamt für Denkmalpflege (Kapitel 0945)

Aufgaben- beschreibung	Das Landesamt für Denkmalpflege hat den gesetzlichen Auftrag, die Kulturdenkmale des Landes Schleswig-Holstein, ausgenommen der Bereich der Hansestadt Lübeck, systematisch zu erfassen, wissenschaftlich zu erforschen, kulturhistorisch zu bewerten, sowie durch Eintragung in das Denkmalschutzbuch zu schützen. Es ist für alle Angelegenheiten des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege zuständig, ausgenommen der Bereich der archäologischen Kulturdenkmale. Das Amt sorgt im Rahmen seiner Fachaufsicht über die Unteren Denkmalschutzbehörden und durch Beratung für den Erhalt der Kulturdenkmale und für deren Dokumentation.			
Maßnahmen zur Zielerreichung	Mengen	Qualitäten/ Bürger- orientierung	Wirtschaft- lichkeit/ Kosten	Fachliche Zielerreichung
Denkmalschutz	Inventarisierung sämtlicher in Schleswig-Holstein zur Eintragung vorgesehener Kulturdenkmale gemäß § 5 DSchG	Zurzeit ca. 30 Eintragungen pro Jahr	Gesamtkosten	Unterschutzstellung sämtlicher in Schleswig-Holstein vorhandener Kulturdenkmale gemäß § 5 DSchG
Denkmalpflege	Beratung der Unteren Denkmalschutzbehörden zu Maßnahmen an Kulturdenkmälern gem. §§ 1 und 5 DSchG	Kulturdenkmale pro Kreis	Gesamtkosten	Angemessene Erhaltung aller Kulturdenkmale zur Sicherung der Kulturlandschaft in Schleswig-Holstein
Gründe der Zielumsetzung	<ul style="list-style-type: none"> - Umsetzung der gesetzlich definierten Aufgaben - Erhalt aller Kunst- und Kulturdenkmale für die Kulturlandschaft Schleswig-Holsteins als geschichtliche Quellen - Information und Beratung der Denkmaleigentümer und der Unteren Denkmalschutzbehörden, Benennungsherstellung mit den Kirchen - Veröffentlichungen über die Arbeit des Amtes, der Forschungsergebnisse sowie allgemein zur Theorie und Praxis der Denkmalpflege 			
Externe Zielgruppen	<ul style="list-style-type: none"> - Denkmaleigentümer, Bürgerinnen und Bürger, die interessierte Öffentlichkeit - in den Vollzug des Denkmalschutzgesetzes eingebundene Verwaltungen - die Bauabteilungen der Kirchen und Religionsgemeinschaften - Architekten und Ingenieure - Handwerker und Restauratoren - institutionalisierte und private Wissenschaft und Forschung im Bereich Kunst- und Kulturwissenschaft 			
Position im Landeshaushalt	Einzelplan 09 Kapitel 0945			
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandel	<ul style="list-style-type: none"> - Gesetz zum Schutz von Denkmalen (Denkmalschutzgesetz) vom 12.12.2014 - Durchführungsvorschriften 			

Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2013 in T€	Soll 2014 in T€	Soll 2015 in T€
	Gesamteinnahmen Gesamtausgaben	43,6 1.963,7	35,0 2.197,1	66,0 2.275,0
	davon			
	- Personalausgaben - Sachausgaben - Zuwendungen mit Aus- nahme von Investitionen - Investitionen - Besondere Finanzierungsausgaben	1.093,4 197,8 38,5 634,0 0,0	1.309,1 167,9 42,9 677,2 0,0	1.309,1 263,0 42,9 660,0 0,0
	Saldo	-1.920,1	-2.162,1	-2.209,0
Flexibilisierungsmöglichkeiten	Mehreinnahmen bei Tit. 119 04 und Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5 bis 8 verwendet werden. Die Ausgaben des Kapitels sind mit Ausnahme der Tit. der OGr. 42 gegenseitig deckungsfähig.			

Zusätzliche Erläuterungen

für den Aufgabenbereich

Erwachsenenbildung (Kapitel 0946)

Globale Zielbeschreibung	Die Bildungsstätten und Volkshochschulen sollen das Verständnis der Bürgerinnen und Bürger für gesellschaftliche, politische und kulturelle Zusammenhänge verbessern und dadurch die Mitsprache und Mitverantwortung in Staat und Gesellschaft fördern.			
Maßnahmen zur Zielerreichung	Mengen	Qualitätskennzahl/ - Indikator -	Wirtschaftlichkeit/ Kosten	fachliche Zielerreichung
Bildungsangebote für Bürgerinnen und Bürger	<ul style="list-style-type: none"> • 5 Bildungsstätten • 73.650 Teilnehmer (TN) pro Jahr • 2.100 Veranstaltungen pro Jahr • 141 Volkshochschulen • 2 Kreis-Volkshochschulen • 722.000 Unterrichtsstunden • 405.500 Teilnehmer • 5 parteinahe Einrichtungen • 19.700 TN pro Jahr • 550 Veranstaltungen pro Jahr • 2 politische Jugendverbände • 2.500 TN pro Jahr • 65 Veranstaltungen pro Jahr 	<ul style="list-style-type: none"> • Anzahl der Eigenkooperations- und Fremdveranstaltungen • Auslastungsgrad • Teilnehmer • Teilnehmertage • Belegungen • Unterrichtsstunden • Anzahl der Veranstaltungen • Teilnehmer 	Der Träger finanziert mindestens 60 v.H. der zuzuwendungsfähigen Gesamtkosten Mitfinanzierung des Landesverbandes der VHSen, der Unterrichtsstunden und des hauptamtlichen Personals der VHSen, Mittel zur Erlangung von Schulabschlüssen sowie für die LAG Arbeit und Leben Mitfinanzierung der politischen Bildungsarbeit	Ziele sind die Auslastung und die Verstetigung der Angebote, Qualitätssicherung und Nachfrageorientierung der Angebote sowie die Erhaltung eines hohen Maßes an Eigenwirtschaftlichkeit der Bildungsstätten durch unternehmerisches und wirtschaftlich erfolgreiches Handeln. Qualitätssicherung und Nachfrageorientierung der Angebote, Schaffung und Erhaltung von Infrastruktur
Alphabetisierung für deutschsprachige Erwachsene	536 Lernende an 34 Standorten 551 Beratungsgespräche f. Teilnehmende 654 Beratungen für 150 Multiplikatoren u. Kursleitende			

Gründe der Zielumsetzung	Gemäß der Landesverfassung gehört die Erwachsenenbildung zu den Aufgaben des Landes. Durch die Arbeit der Bildungsstätten, des Landesverbandes der Volkshochschulen und der Volkshochschulen sowie der parteinahen Bildungseinrichtungen für Erwachsene und die politischen Jugendverbände wird diese Aufgabe gewährleistet.			
Externe Zielgruppen	Bürgerinnen und Bürger			
Position im Landeshaushalt	Einzelplan 09 Kapitel 0946			
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	<ul style="list-style-type: none"> - Freiwillige Leistung des Landes - Richtlinie für die Förderung von Bildungsstätten der allgemeinen, politischen und kulturellen Bildung vom 12. März 2014 (Amtsbl. Schl.-H 2014 S. 186 ff.) - Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an Volkshochschulen in Schleswig-Holstein <ul style="list-style-type: none"> - zur Leistung von Unterrichtsstunden und - zur Struktur- und Entwicklungsförderung durch Personalkostenzuschüsse (FördVHS SH) vom 18. Januar 2012 (Amtsbl. Schl.-H. 2012 S. 110 ff) - Europäischer Sozialfonds - Komplementärmittel 			
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2013 in T€	Soll 2014 in T€	Soll 2015 in T€
	Gesamteinnahmen	0,0	0,0	0,0
	Gesamtausgaben	3.530,2	3.997,9	4.684,2
	davon			
	- Personalausgaben	0,0	0,0	0,0
	- Sachausgaben	0,0	0,0	0,0
- Zuwendungen mit Ausnahme von Investitionen	3.530,2	3.597,9	4.334,2	
- Investitionen	0,0	400,0	350,0	
- Besondere Finanzierungsausgaben	0,0	0,0	0,0	
Saldo	-3.530,2	-3.997,9	-4.684,2	
Flexibilisierungsmöglichkeiten	Die tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 02 stehen für zusätzliche Ausgaben des Kapitels zur Verfügung.			

Ministerium für Justiz, Kultur und Europa						
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2011 T€	2012 T€	2013 T€	Periodizität
Kultur			5,6	3,7	0,2	
21611	Kulturstatistik					
Insolvenzen			88,2	118,1	0,0	
52411	Statistik über beantragte Insolvenzverfahren	Gerichtsverfassungsgesetz				monatlich
52431	Statistik über beendete Insolvenzverfahren und Restschuldbefreiung	Gerichtsverfassungsgesetz				jährlich
Statistik über beantragte Insolvenzverf.			0,0	0,0	105,2	
52411	Statistik über beantragte Insolvenzverfahren					
Stat. ü. beendete Insolvenzverf. u. Restschuldb.			0,0	0,0	72,5	
52431	Statistik über beendete Insolvenzverfahren und Restschuldbefreiung					
Justizgeschäftsstatistiken			108,1	125,8	147,7	
24211	Statistik bei den Staats- und Anwaltschaften (StA-Statistik)	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse				jährlich, vierteljährlich
24221	Statistik über Straf- und Bußgeldverfahren (StP/OWi-Statistik)	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse				jährlich, vierteljährlich
24231	Statistik über Zivilsachen (ZP-Statistik)	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse				jährlich, vierteljährlich
24241	Statistik über Familiensachen (F-Statistik)	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse				jährlich, vierteljährlich
24251	Statistik in der Verwaltungsgerichtsbarkeit (VwG-Statistik)	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse				vierteljährlich
24261	Statistik in der Finanzgerichtsbarkeit (FG-Statistik)	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse				vierteljährlich
Strafverfolgung und -vollzug			36,0	39,2	42,2	
24311	Strafverfolgungsstatistik	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse				jährlich
24321	Anteil Strafvollzugvollzugsstatistik	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse				jährlich
Bewährungshilfe			10,7	19,0	13,3	
24411	Bewährungshilfestatistik	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse				jährlich
Arbeits- und Sozialgerichte			24,8	31,1	37,5	
24271	Sozialgerichtsbarkeit	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse				jährlich, halbjährlich, vierteljährlich
24281	Arbeitsgerichtsbarkeit	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse				jährlich, halbjährlich, vierteljährlich
Summen			273,4	337,0	418,8	

Stellenplan

Stellenübersichten

	Seite
Kap. 09 01 Ministerium	172
Kap. 09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit	177
Kap. 09 03 Justizvollzugsanstalten	185
Kap. 09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit	190
Kap. 09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit	193
Kap. 09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	196
Kap. 09 08 Staatsanwaltschaften	197
Kap. 09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit	201
Kap. 09 42 Landesarchiv	203
Kap. 09 43 Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek	206
Kap. 09 44 Archäologisches Landesamt	207
Kap. 09 45 Landesamt für Denkmalpflege	209
Abschluss Stellenpläne und -übersichten	210
Hebungen 2015	212
Umwandlungen 2015	213
Übertragungen 2015	214
kw-Vermerke	215
ku-Vermerke	217
Neue Stellen 2015	218
Einsparungen 2015	219

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		Vom Soll 2014 waren am 01.02.2014 besetzt mit	
		2014	2015	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01					
Bedarf an Beamtinnen und Beamten					
FESTE GEHÄLTER					
<i>Bes.Gruppe</i>					
B9	Staatssekretäre/-innen	1	1		
B7	Ministerialdirigenten/-innen	1	1		
B5	Ministerialdirigenten/-innen	4	4		1
B2	Ministerialräte/-innen	6	6		3
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes.Gruppe</i>					
A16	Ministerialräte/-innen	12	12		3
A15	Regierungsdirektoren/-innen	18	17		2
A14	Oberregierungsräte/-innen	2	2		
A13 LG 2.2	Regierungsräte/-innen	5	5		
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	10	10		
A12	Amtsräte/-innen	18	18		2
A11	Regierungsamtmänner/-frauen	8	9		5
A10	Regierungsoberinspektoren/- innen	3	3		2
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	10	11 ¹⁾		2
A8	Regierungshauptsekretäre/-innen	4	4		3
A7	Regierungsobersekretäre/-innen	2	2		1
A6 LG 1.2	Regierungssekretäre/-innen	1	1		1
A6 LG 1.1	Erste Justizhauptwachmeister/- innen	1	1		1
Summe :		106	107	0	26

1) 4 (Vorjahr: 5) Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO A und B ausgestattet (1 Amtszulage von 0701-422 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung).

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle A16 mit Wegfall der Erstattung der Personalkosten -INTERREG Prüfbehörden/Prüfstelle- (aus HH 2015)

Planstellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle B7 in B5 Änderung Landesbesoldungsordnung / Haushaltsbegleitgesetz 2011/2012 (aus HH 2011/2012)

Vermerke:

Planstellen der BesGr. A 13 LG 2.2 und A 14 dürfen mit Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten der BesGr. R 1, Planstellen der BesGr. A 15 dürfen mit Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten der BesGr. R 2 besetzt werden, und zwar bis zu insgesamt 8 Planstellen. (aus HH 1992)

Die Gesamtkosten der f.d. Besetzung der Prüfbehörden des dt.-dänischen INTERREG A Progr. und des INTERREG B Ostseeprogr. sowie der Prüfstelle des INTERREG B Nordseeprogr. ausgewiesenen Planstellen/Stellen der Bes.Gruppe A16 sowie der Entgeltgruppe E12 sind mit 287,9 T€ berechnet. Die beiden Stellen dürfen nur besetzt werden, soweit diese berechneten Kosten unter Einbeziehung der schleswig-holsteinischen Anteils an der Prüfbehörde bzw. Prüfstelle für das INTERREG B Ostsee-/Nordseeprogramm erstattet werden. (aus HH 2015)

1 Stelle A13 LG 2.2 darf im Haushaltsjahr 2015 zusätzlich bei 0401-422 62 (TG 62) in Anspruch genommen werden (aus HH 2015)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

1 Stelle	A13 LG 2.1	darf mit 50 % der regelmäßigen Arbeitszeit zusätzlich bei 0701-422 01 in Anspruch genommen werden (Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung)	(aus HH 2013)
1 Stelle	A11	darf mit 60 % der regelmäßigen Arbeitszeit zusätzlich bei 0701-422 01 in Anspruch genommen werden (Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung)	(aus HH 2013)
1 Stelle	A7	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aufgrund Änderung der Geschäftsverteilung im Jahr 2000)	(aus HH 2001)

Nachrichtlich:

Freistellung mit Dienstbezügen

- die Planstellen sind im Stellenplan enthalten -

(von 0701-422 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung)

			2014	2015	
1.	für das Schleswig-Holsteinische Freilichtmuseum e.V. Molfsee				
1.1	A 15	Museumsdirektoren/-innen	1	0	
<i>Summe zu 1.</i>			1	0	
2.	für den Büchereiverein Schleswig-Holstein e.V.				
2.1	A 16	Leitende Bibliotheksdirektoren/-innen	1	1	
2.2	A 15	Bibliotheksdirektoren/-innen	1	1	
<i>Summe zu 2.</i>			2	2	
Zusammen			3	2	

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A16	1										0	INTERREG Prüfbehörden/Prüfstelle, gegen Einsparung einer Stelle für Anw. LG 2.2 - Referendare/-innen- bei 0902 - 428 04 (Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit)
2					1								Nach 0301 - 422 01, § 50 LHO, Landesentwicklungsstrategie und Ressortkoordinierung
3	A15		1									-1	Realisierung kw-Vermerk (Museumsdirektor) wegen Wegfall Personalkostenerstattung, 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt).
4	A11							1				+1	von A9 LG 1.2 mit Amtszulage -Amtsinspektoren/-innen- (Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf)
5	A9 LG 1.2					2						+1	von Tit. 428 01 -E9 / sog. "kleine E9"- (Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf)
6									1				nach A11 -Regierungsamt männer/-frauen- (Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf)
Summe:		1	1		1	2		1	1			+1	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A16	mit Wegfall der Erstattung der Personalkosten -INTERREG Prüfbehörden/Prüfstelle-	(aus HH 2015)
----------	-----	--	---------------

Vermerke:

Die Gesamtkosten der f.d. Besetzung der Prüfbehörden des dt.-dänischen INTERREG A Progr. und des INTERREG B Ostsee Progr. sowie der Prüfstelle des INTERREG B Nordsee Progr. ausgewiesenen Planstellen/Stellen der Bes.Gruppe A16 sowie der Entgeltgruppe E12 sind mit 287,9 T€ berechnet. Die beiden Stellen dürfen nur besetzt werden, soweit diese berechneten Kosten unter Einbeziehung der schleswig-holsteinischen Anteils an der Prüfbehörde bzw. Prüfstelle für das INTERREG B Ostsee-/Nordsee Programm erstattet werden. (aus HH 2015)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

1 Stelle A13 LG 2.2 darf im Haushaltsjahr 2015 zusätzlich bei 0401-422 62 (TG 62) in Anspruch genommen werden (aus HH 2015)

weggefallene Vermerke:

Vermerke:

1 Stelle A12 darf nur mit 50 % der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden (die übrigen 50 % dürfen von Titel 0301-422 01 in Anspruch genommen werden; Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung) (aus HH 2013)

Stellenanzahl
2014 2015

428 01

Entgeltgruppe

AT B2	1	1
E15 Ü	6	6
E15	6	6
E14	0	0
E13	1	1
E12	5	6
E11	9	10
E10	3	4
E9	11	9
E8	8	7
E6	7	7
E5	4	1
Summe :	61	58

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle E12 mit Wegfall der Erstattung der Personalkosten -INTERREG Prüfbehörden/Prüfstelle- (aus HH 2015)

Vermerke:

Die Gesamtkosten der f.d. Besetzung der Prüfbehörden des dt.-dänischen INTERREG A Progr. und des INTERREG B Ostseeprogr. sowie der Prüfstelle des INTERREG B Nordseeprogr. ausgewiesenen Planstellen/Stellen der Bes.Gruppe A16 sowie der Entgeltgruppe E12 sind mit 287,9 T€ berechnet. Die beiden Stellen dürfen nur besetzt werden, soweit diese berechneten Kosten unter Einbeziehung der schleswig-holsteinischen Anteils an der Prüfbehörde bzw. Prüfstelle für das INTERREG B Ostsee-/Nordseeprogramm erstattet werden. (aus HH 2015)

1 Stelle E14 darf mit 50 % der regelmäßigen Arbeitszeit zusätzlich bei Titel 0701-428 01 in Anspruch genommen werden (Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung) (aus HH 2013)

1 Stelle E12 (INTERREG Prüfbehörden/Prüfstelle) darf mit bis zu 50 % der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden. Darüber hinaus darf die Stelle bis zu 50 % der regelmäßigen Arbeitszeit mit einer/einem Beschäftigten bis zur Entgeltgruppe E8 besetzt werden. (aus HH 2015)

1 Stelle E11 darf mit 50 % der regelmäßigen Arbeitskraft besetzt werden - von 0301-428 01 (aus HH 2006)

1 Stelle E10 darf mit 50 % der regelmäßigen Arbeitszeit zusätzlich bei Tit. 0701-428 01 in Anspruch genommen werden (Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung) (aus HH 2013)

4 Stellen E9 (Vorjahr: 6) dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6). (aus HH 2013)

1 Stelle E6 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2003)

1 Stelle E6 darf nur mit 35% der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden (aus HH 2006)

1 Stelle E6 darf mit 50 % der regelmäßigen Arbeitszeit zusätzlich bei Tit. 1301-428 01 in Anspruch genommen werden (Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung) (aus HH 2013)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E12	1										+1	INTERREG Prüfbehörden/Prüfstelle, gegen Einsparung einer Stelle für Anw. LG 2.2 - Referendare/-innen- bei 0902 - 428 04 (Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit)
2	E11							1				+1	von E8 (Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf)
3	E10							1				+1	von E8 (Umsetzung Beförderungspaket)
4	E9						2					-2	nach Tit. 422 01 -A9 LG 1.2 / Amtsinspektoren/-innen- (Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf)
5	E8							1				-1	von E6 (Umsetzung Beförderungspaket)
6										1			nach E11 (Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf)
7										1			nach E10 (Umsetzung Beförderungspaket)
8	E6							1				0	von E5 (Umsetzung Beförderungspaket)
9										1			nach E8 (Umsetzung Beförderungspaket)
10	E5		2									-3	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)
11										1			nach E6 (Umsetzung Beförderungspaket)
Summe:		1	2				2	4	4			-3	

neue Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle E12 mit Wegfall der Erstattung der Personalkosten -INTERREG Prüfbehörden/Prüfstelle- (aus HH 2015)

Vermerke:

Die Gesamtkosten der f.d. Besetzung der Prüfbehörden des dt.-dänischen INTERREG A Progr. und des INTERREG B Ostsee Progr. sowie der Prüfstelle des INTERREG B Nordsee Progr. ausgewiesenen Planstellen/Stellen der Bes.Gruppe A16 sowie der Entgeltgruppe E12 sind mit 287,9 T€ berechnet. Die beiden Stellen dürfen nur besetzt werden, soweit diese berechneten Kosten unter Einbeziehung der schleswig-holsteinischen Anteils an der Prüfbehörde bzw. Prüfstelle für das INTERREG B Ostsee-/Nordsee Programm erstattet werden. (aus HH 2015)

1 Stelle E12 (INTERREG Prüfbehörden/Prüfstelle) darf mit bis zu 50 % der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden. Darüber hinaus darf die Stelle bis zu 50 % der regelmäßigen Arbeitszeit mit einer/einem Beschäftigten bis zur Entgeltgruppe E8 besetzt werden. (aus HH 2015)

geänderte Vermerke

Vermerke:

4 Stellen E9 (Vorjahr: 6) dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6). (aus HH 2013)

Beamte und Beamtinnen

B9	1	1	1
B7	1	1	1
B5	4	4	4
B2	6	6	6
A16	12	12	12
A15	18	17	18
A14	2	2	2
A13 LG 2.2	5	5	5
A13 LG 2.1	10	10	10
A12	18	18	18
A11	8	9	8

A10	3	3	3
A9 LG 1.2	10	11	10
A8	4	4	4
A7	2	2	2
A6 LG 1.2	1	1	1
A6 LG 1.1	1	1	1
<i>Summe [Beamte und Beamtinnen]:</i>	106	107	106
<i>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</i>			
AT B2	1	1	1
E15 Ü	6	6	6
E15	6	6	6
E14	0	0	0
E13	1	1	1
E12	5	6	5
E11	9	10	9
E10	3	4	3
E9	11	9	11
E8	8	7	8
E6	7	7	7
E5	4	1	4
<i>Summe [Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer]:</i>	61	58	61
Summe:	167	165	167

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl		Vom Soll 2014 waren am 01.02.2014 besetzt mit	
	2014	2015	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01				
Bedarf an Beamtinnen und Beamten				
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
R8 Präsident/-in des Oberlandes- gerichts	1	1		
R5 Präsident/-in des Landgerichts	3	3		
R4 Präsident/-in des Landgerichts	1	1		
R4 Vizepräsident/-in des Oberlandes- gerichts	1	1		
R3 Präsident/-in des Amtsgerichts	2	2		
R3 Vizepräsident/-in des Landgerichts	3	3		
R3 Vorsitzender Richter/-in am Ober- landesgericht	16	16		
AUFSTIEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
R2 Vizepräsident/-in des Amts- gerichts	2	2 ²⁾		
R2 Vizepräsident/-in des Landgerichts	1	1 ³⁾		
R2 Vorsitzende Richter/-innen am Landgericht	60	60		
R2 Direktoren/-innen des Amts- gerichts	20	20 ¹⁾		
R2 Richter/-innen am Amtsgericht	30	30		
R2 Richter/-in am Oberlandesgericht	38	38		
R1 Direktoren/-innen des Amts- gerichts	1	1 ⁴⁾		
R1 Richter/-innen am Amtsgericht, Richter/-innen am Landgericht	351	351		
A15 Regierungsdirektoren/-innen	1	1		
A14 Oberregierungsräte/-innen	6	6		
A13 LG Justizoberamtsräte/-innen 2.1	25	25 ⁷⁾		
A12 Justizamtsräte/-innen	101	103		
A12 Justizamtsräte/-innen (Sozialdienst)	14	14		
A11 Sozialamt männer/-frauen	21	21		
A11 Justizamt frauen/-männer	154	154		
A10 Justizoberinspektoren/-innen	115	113		
A10 Sozialoberinspektoren/-innen	37	37		27
A9 LG 2.1 Justizinspektoren/-innen	45	45		1
A9 LG 1.2 Justizamtsinspektoren/-innen	159	166 ⁵⁾		3
A9 LG 1.2 Obergerichtsvollzieher/-innen	107	107 ⁶⁾		
A8 Gerichtsvollzieher/-innen	48	48		
A8 Justizhauptsekretäre/-innen	140	140		16
A7 Justizobersekretäre/-innen	116	116		15
A6 LG 1.2 Justizsekretäre/-innen	55	46		16
A6 LG 1.1 Erste Justizhauptwachmeister/- innen	147	148 ⁸⁾		15
Summe :	1.821	1.820	0	93

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

- 1) 18 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. R 2 SHBesO R ausgestattet.
- 2) 2 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 4 zu BesGr. R 2 SHBesO R ausgestattet.
- 3) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 5 zu BesGr. R 2 SHBesO R ausgestattet.
- 4) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. R 1 SHBesO R ausgestattet.
- 5) 43 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO A und B ausgestattet.
- 6) 32 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO A und B ausgestattet.
- 7) 2 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 14 zu BesGr.A 13 SHBesO A und B ausgestattet.
- 8) 35 Stellen sind mit einer Stellenzulage gem. § 54 SHBesG ausgestattet.

Vermerke:

Planstellen der BesGr. A 10 für Sozialoberinspektorinnen, Sozialoberinspektoren dürfen mit graduierten Angestellten bis zu Entg.Gr. E 11 besetzt werden. (aus HH 1979)

Bis zu 6 Planstellen der BesGr. R 2 für Vorsitzende Richterinnen, Vorsitzende Richter am Landgericht und Richterinnen, Richter am Oberlandesgericht können auch mit Richterinnen, Richtern am Amtsgericht besetzt werden, soweit die Aufgabenverlagerung des Gesetzes zur Entlastung der Rechtspflege vom 11. Januar 1993 (BGBl. I S. 50) dies im Rahmen der ab 1. Januar 1994 geltenden Fassung der Fußnote 1 zu BesGr. R 2 rechtfertigt. (aus HH 1994)

5 Richterinnen und Richter am Oberlandesgericht werden als Professorinnen und Professoren auf Planstellen der CAU geführt. (aus HH 1998)

1 Stelle A9 LG darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)
2.1

1 Stelle A7 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	Anw. LG 2.1					12						+12	von Tit. 428 04 -Anw LG 2.2 / Referendare/-innen- (zur Sicherstellung der in Folge der Umsetzung des Ges. zur Förderung d. elektr. Rechtsverkehrs sowie der Einführung der elektr. Akte in der Justiz erforderlichen Personalausstattung)
2	Anw. LG 1.2					15						+15	von Tit. 428 04 -Anw LG 2.2 / Referendare/-innen- (zur Sicherstellung der in Folge der Umsetzung des Ges. zur Förderung d. elektr. Rechtsverkehrs sowie der Einführung der elektr. Akte in der Justiz erforderlichen Personalausstattung)
Summe:						27						+27	

Stellenanzahl

2014 2015

427 05

Entgeltgruppe

Praktikant

2 2

Summe :

2 2

Stellenanzahl

2014 2015

428 01

Entgeltgruppe

E11

6 7

E10

5 4

E9

175 179

E8

272 274

E6

207 201

E4

44 41

E3

10 9

E2

4 4

Cheffahrer

1 1

PKW-Fahrer

4 4

Summe :

728 724

Stellen künftig wegfallend:

3 Stellen E6

(Vermittlungspersonal) mit Ausscheiden der Stelleninhaberinnen oder der Stelleninhaber

(aus HH 2000)

Vermerke:

1 Stelle E10

darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus Epl. 04)

(aus HH 2002)

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

154 Stellen	E9	(Vorjahr: 150) dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6).	(aus HH 2013)
4 Stellen	E8	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	E6	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
3 Stellen	E6	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
1 Stelle	E6	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus Epl. 04)	(aus HH 2002)
1 Stelle	E6	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus Epl. 04)	(aus HH 2002)
1 Stelle	E6	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2003)
3 Stellen	E6	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	E6	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	E4	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
1 Stelle	E4	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus Epl. 04)	(aus HH 2002)
1 Stelle	E4	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2003)
1 Stelle	E3	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus Epl. 04)	(aus HH 2002)
2 Stellen	E2	dürfen nur zu 85% der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden	(aus HH 2007/2008)
2 Stellen	E2	dürfen nur zu 65% der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden.	(aus HH 2007/2008)

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E11							1				+1	von E10 (Überörtliche IT-Stelle beim LG Kiel, Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf)
2	E10								1			-1	nach E11 (Überörtliche IT-Stelle beim LG Kiel, Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf)
3	E9							1				+4	von E6 (Landsweites Auskunftssystem elektronisches Grundbuch beim AG Kiel, Umsetzung Beförderungspaket)
4								3					von E6 (IT-Fachverfahrenspflege forumSTAR -Textentwicklung-, Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf)
5	E8							2				+2	von E6 (Reorganisation von Arbeitsplätzen beim OLG, Umsetzung Beförderungspaket)
6	E6		1									-6	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)
7								1					von E4 (Veränderung von Aufgabenschnitten beim AG Bad Segeberg, Umsetzung Beförderungspaket)
8									1				nach E9 -sog. "kleine E9"- (Landsweites Auskunftssystem elektronisches Grundbuch beim AG Kiel, Umsetzung Beförderungspaket)
9									2				nach E8 (Reorganisation von Arbeitsplätzen beim OLG, Umsetzung Beförderungspaket)
10									3				nach E9 (IT-Fachverfahrenspflege forumSTAR -Textentwicklung-, Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf)
11	E4		2									-3	Realisierung kw-Vermerke (Vermittlungspersonal) wegen Ausscheiden der Stelleninhaberinnen oder der Stelleninhaber, 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)
12									1				nach E6 (Veränderung von Aufgabenschnitten beim AG Bad Segeberg, Umsetzung Beförderungspaket)
13	E3						1					-1	nach Tit. 422 01 -A 6 LG 1.1 / Erste Justizhauptwachtmeister/-innen- (AG Norderstedt, Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf)
Summe:			3				1	8	8			-4	

geänderte Vermerke

Vermerke:

154 Stellen E9 (Vorjahr: 150) dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6). (aus HH 2013)

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Stellenanzahl
2014 **2015**

428 03

Bedarf an Auszubildenden

Entgeltgruppe

Auszub.

55 **60**

Summe :

55 **60**

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	Auszub.					5						+5	von Tit. 428 04 -Anw LG 2.2 / Referendare/-innen- (Schaffung der Voraussetzungen für die künftige Nachwuchskräftegewinnung)
Summe:						5						+5	

Stellenanzahl
2014 **2015**

428 04

Bes. Gruppe

Anw. LG Referendare/-innen
2.2

823 **765**

Summe :

823 **765**

Planstellen künftig wegfallend:

- 4 Stellen Anw. LG am 01.01.2016 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) (aus HH 2015)
2.2
- 12 Stellen Anw. LG am 01.01.2017 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) (aus HH 2015)
2.2
- 10 Stellen Anw. LG am 01.01.2018 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) (aus HH 2015)
2.2

Vermerke:

Pro Einstellungstermin gem. § 3 Kapazitätsverordnung des juristischen Vorbereitungsdienstes dürfen am 1.2., 1.6. und 1.10. eines Jahres jeweils bis zu 70, am 1.4., 1.8 und 1.12. eines Jahres bis zu 64 Anwärterinnen und Anwärter LG 2.2 in ein öffentlich-rechtliches Ausbildungsverhältnis eingestellt werden (ursprünglich aus HH 2001 - 0902-425 04). (aus HH 2009/2010)

Planstellen gesperrt:

- 5 Stellen Anw. LG dürfen in den Haushaltsjahren 2014, 2015 und 2016 nicht besetzt werden (Deckung für § 13 Abs. 5 HG 2014). (aus HH 2014)
2.2

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	Anw. LG 2.2		13									-58	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)
2			2										zur Ausbringung von zwei neuen Stellen im Kap. 0901 (Ministerium, INTERREG Prüfbehörde)
3			5										zur Ausbringung von fünf neuen Stellen im Kap. 0904 (Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit, Anstieg Asylverfahren)
4						1							nach Tit. 0942 - 422 03 -Landessarchiv / Anw LG 2.1 / Archivinspektorenanwärter/-innen- (Schaffung der Voraussetzungen für die künftige Nachwuchskräftegewinnung)
5						1							nach Tit. 0908 - 422 03 -Staatsanwaltschaften / Anw LG 1.1 / Justizoberwachmeisteranwärter/-innen- (Schaffung der Voraussetzungen für die künftige Nachwuchskräftegewinnung)
6						3							nach Tit. 0903 - 422 03 -Justizvollzugsanstalten / Anw LG 1.2 / Justizobersekretäranwärter/-innen- (Schaffung der Voraussetzungen für die künftige Nachwuchskräftegewinnung)
7						1							nach Tit. 0903 - 422 03 -Justizvollzugsanstalten / Anw. LG 2.1 / Justizinspektorenanwärter/-innen- (Schaffung der Voraussetzungen für die künftige Nachwuchskräftegewinnung)
8								12					nach Tit. 422 03 -Anw LG 2.1 / Rechtspflegeanwärter/-innen- (zur Sicherstellung der in Folge der Umsetzung des Ges. zur Förderung d. elektr. Rechtsverkehrs sowie der Einführung der elektr. Akte in der Justiz erforderlichen Personalausstattung)
9								15					nach Tit. 422 03 -Anw LG 1.2 / Justizsekretäranwärter/-innen-(zur Sicherstellung der in Folge der Umsetzung des Ges. zur Förderung d. elektr. Rechtsverkehrs sowie der Einführung der elektr. Akte in der Justiz erforderlichen Personalausstattung)
10								5					nach Tit. 428 03 -Auszub.- (Schaffung der Voraussetzungen für die künftige Nachwuchskräftegewinnung)
Summe:			20		6		32					-58	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

- 4 Stellen Anw. LG am 01.01.2016 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) (aus HH 2015)
- 2.2
- 12 Stellen Anw. LG am 01.01.2017 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) (aus HH 2015)
- 2.2
- 10 Stellen Anw. LG am 01.01.2018 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) (aus HH 2015)
- 2.2

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		Vom Soll 2014 waren am 01.02.2014 besetzt mit	
		2014	2015	beamteten Hilfskräften	Arbeitnehmern
422 01 Bedarf an Beamtinnen und Beamten					
AUFSTIEIGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes.Gruppe</i>					
A16	Leitende Regierungsdirektoren/-innen	3	3 ³⁾		
A15	Regierungsdirektoren/-innen	4	4		1
A15	Regierungsmedizinardirektoren/-innen	3	3		1
A14	Oberregierungsräte/-innen	10	10		4
A14	Anstaltspfarrer/-innen	2	2		
A14	Leiter/-in Frauenvollzug	1	1		
A14 LG 2.1	Rektoren/-innen im Justizvollzugsdienst	1	1		
A13 LG 2.2	Regierungsräte/-innen	8	8		6
A13 LG 2.1	Justizoberamtsräte/-innen	7	7 ⁴⁾		
A13 LG 2.1	Lehrkraft im Justizvollzugsdienst	7	7		2
A12	Justizamtsräte/-innen	10	12		
A11	Sozialamtmänner/-frauen	11	10		
A11	Justizamtfrauen/-männer	14	14		
A10	Justizoberinspektoren/-innen	23	22		10
A10	Sozialoberinspektoren/-innen	17	16		10
A9 LG 2.1	Verwaltungsinspektoren/-innen	2	2		
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	266	267 ¹⁾		
A9 LG 1.2	Justizbetriebsinspektoren/-innen	10	10 ²⁾		
A8	Hauptwerkmeister/-innen	8	9		1
A8	Justizhauptsekretäre/-innen	204	216		
A7	Justizobersekretäre/-innen	217	208		18
A7	Oberwerkmeister/-innen	5	4		3
A6 LG 1.2	Justizsekretäre/-innen	3	0		3
A6 LG 1.2	Verwaltungssekretäre/-innen	0	2		
Summe :		836	838	0	59

- 1) 28 (Vorjahr: 25) Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO A und B ausgestattet.
- 2) 3 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO A und B ausgestattet.
- 3) 1 Stelle der BesGr. A 16 ist mit einer Amtszulage gem. Vorbermerkung Nr. 5 zur SHBesO A und B ausgestattet.
- 4) 2 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 15 (neu) zu BesGr. A 13 SHBesO A und B ausgestattet.

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A9 LG 2.1	am 31.07.2015	künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens nach drei Jahren -gem. § 15 Satz 1 Ziffer 1 HG 2011/2012-	(aus HH 2013)
1 Stelle	A9 LG 2.1	am 31.07.2017	künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens nach drei Jahren -gem. § 15 Satz 1 Ziffer 1 HG 2014-	(aus HH 2015)
1 Stelle	A9 LG 1.2		gem. § 12 b Nr.1 HG 2006 für freigestellte Personalratsmitglieder	(aus HH 2009/2010)
1 Stelle	A9 LG 1.2		gem. § 13 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 1 HG 2014 für freigestellte Personalratsmitglieder	(aus HH 2015)

09 03 Justizvollzugsanstalten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

8 Stellen	A7	am 31.12.2016	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) Einsparung wegen Baufortschritt in der Justizvollzugsanstalt Neumünster zum genannten Zeitpunkt möglich	(aus HH 2014)
2 Stellen	A6 LG 1.2	am 31.07.2017	künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberinnen oder der Stelleninhaber, spätestens nach drei Jahren -gem. § 15 Satz 1 Ziffer 1 HG 2014-	(aus HH 2015)

Vermerke:

			Planstellen der BesGr. A 10 für Sozialoberinspektorinnen, Sozialoberinspektoren dürfen mit graduierten Angestellten bis zu Entg.Gr. E 10 besetzt werden.	(aus HH 1980)
			Planstellen der BesGr. A 13 LG 2.2 und A 14 dürfen mit Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten der BesGr. R 1 besetzt werden, und zwar bis zu 2 Planstellen.	(aus HH 1987)
			Planstellen der LG 2.1 der Laufbahnzweige des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes und des gehobenen Sozialdienstes dürfen unter Beachtung der Laufbahnstärken wechselseitig genutzt werden.	(aus HH 2004/2005)
			Planstellen der LG 1.2 der Laufbahnzweige des Allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes dürfen unter der Beachtung der Laufbahnstärken wechselseitig genutzt werden.	(aus HH 2004/2005)
			Auf den Planstellen der LG 2.1 des Laufbahnzweiges des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes dürfen auch Mitarbeiter/-innen mit der Befähigung für die Laufbahn des gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienstes in ein Beamtenverhältnis in der Laufbahn des gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienstes berufen und/ oder als Beamte geführt werden.	(aus HH 2009/2010)
			Auf den Planstellen der LG 1.2 des Laufbahnzweiges des mittleren Verwaltungsdienstes bei Justizvollzugsanstalten dürfen Mitarbeiter/-innen mit der Befähigung für die Laufbahn des mittleren allgemeinen Verwaltungsdienstes in ein Beamtenverhältnis in der Laufbahn des mittleren allgemeinen Verwaltungsdienstes berufen und/ oder als Beamte geführt werden.	(aus HH 2009/2010)
9 Stellen	A10		Planstellen der Bes.Gr. A 10 (Justizoberinspektor/-innen) dürfen nur mit der Leiterin/ dem Leiter des Allgemeinen Vollzugsdienstes bei den Justizvollzugsanstalten Kiel, Neumünster, Lübeck, Flensburg und Itzehoe sowie bei der Jugendanstalt Schleswig und mit der Leiterin/ dem Leiter des Werkdienstes bei den Justizvollzugsanstalten Kiel, Neumünster und Lübeck besetzt werden.	(aus HH 2009/2010)
1 Stelle	A7		darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)

09 03 Justizvollzugsanstalten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A12							1				+2	von A10 -Justizoberinspektoren/-innen- (Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf)
2								1					von A10 -Sozialoberinspektoren/-innen- (Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf)
3	A11		1									-1	Realisierung kw-Vermerk (Wegfall der gem. § 13 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 1 HG 2011/2012 für freigestellte Personalratsmitglieder ausgebrachten Planstelle wegen Neuwahl des Personalratsvorsitzenden)
4	A10									1		-1	nach A12 -Justizamtsräte/-innen- (Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf)
5	A10									1		-1	nach A12 -Justizamtsräte/-innen- (Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf)
6	A9 LG 2.1	1										0	eingrichtet gem. § 15 Satz 1 Ziffer 1 HG 2014 zur Übernahme von Nachwuchskräften
7			1										Realisierung kw-Vermerk (Wegfall der gem. § 15 Satz 1 Ziffer 1 HG 2011/2012 ausgebrachten Planstelle zum 31.07.2014)
8	A9 LG 1.2	1										+1	eingrichtet gem. § 13 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 1 HG 2014 für freigestellte Personalratsmitglieder
9	A8							1				+1	von A7 -Oberwerkmeister/-innen- (Umsetzung Beförderungspaket)
10	A8							12				+12	von A7 -Justizobersekretäre/-innen- (Umsetzung Beförderungspaket)
11	A7							3				-9	von A 6 LG 1.2 -Justizsekretäre/-innen- (Umsetzung Beförderungspaket)
12									12				nach A8 -Justizhauptsekretäre/-innen- (Umsetzung Beförderungspaket)
13	A7									1		-1	nach A8 -Hauptwerkmeister/-innen- (Umsetzung Beförderungspaket)
14	A6 LG 1.2									3		-3	nach A7 -Justizobersekretäre/-innen- (Umsetzung Beförderungspaket)
15	A6 LG 1.2	2										+2	eingrichtet gem. § 15 Satz 1 Ziffer 1 HG 2014 zur Übernahme von Nachwuchskräften
Summe:		4	2					18	18			+2	

neue Vermerke:*Planstellen künftig wegfallend:*

- | | | | | |
|-----------|-----------|---------------|--|---------------|
| 1 Stelle | A9 LG 2.1 | am 31.07.2017 | künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberinnen oder des Stelleninhabers, spätestens nach drei Jahren -gem. § 15 Satz 1 Ziffer 1 HG 2014- | (aus HH 2015) |
| 1 Stelle | A9 LG 1.2 | | gem. § 13 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 1 HG 2014 für freigestellte Personalratsmitglieder | (aus HH 2015) |
| 2 Stellen | A6 LG 1.2 | am 31.07.2017 | künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberinnen oder der Stelleninhaber, spätestens nach drei Jahren -gem. § 15 Satz 1 Ziffer 1 HG 2014- | (aus HH 2015) |

09 03 Justizvollzugsanstalten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl	
		2014	2015
422 03			
Bedarf an Beamten/-innen im Vorbereitungsdienst			
<i>Bes.Gruppe</i>			
Anw. LG 2.1	Justizinspektoranwärter/-innen	4	5
Anw. LG 1.2	Justizobersekretäranwärter/-innen	50	53
Summe :		54	58

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	Anw. LG 2.1			1								+1	von Tit. 0902 - 428 04 -Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit / Anw. LG 2.2 / Referendare/-innen- (Schaffung der Voraussetzungen für die künftige Nachwuchskräftegewinnung)
2	Anw. LG 1.2			3								+3	von Tit. 0902 - 428 04 -Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit / Anw. LG 2.2 / Referendare/-innen- (Schaffung der Voraussetzungen für die künftige Nachwuchskräftegewinnung)
Summe:				4								+4	

		Stellenanzahl	
		2014	2015
427 05			
<i>Entgeltgruppe</i>			
	Praktikant	2	2
Summe :		2	2

		Stellenanzahl	
		2014	2015
428 01			
<i>Entgeltgruppe</i>			
	E12	1	1
	E10	3	3
	E9	4	4
	E8	33	32
	E7	3	3
	E6	9	8
	E5	4	3
	E4	2	0

09 03 Justizvollzugsanstalten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

KR 7a	1	3
Summe :	60	57

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle E5 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens (aus HH 2004/2005) am 01.07.2029

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E8		1									-1	Realisierung kw-Vermerk 30.06.2014, 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) -Anrechnung im HH 2014 erfolgt-
2	E6		1									-1	Realisierung kw-Vermerk 01.09.2014, 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)
3	E5		1									-1	Realisierung kw-Vermerk 30.09.2014, 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) -Anrechnung im HH 2014 erfolgt-
4	E4						2					-2	nach KR 7a (Krankenpflegedienst, Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf)
5	KR 7a					2						+2	von E4 (Krankenpflegedienst, Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf)
Summe:			3			2	2					-3	

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		Vom Soll 2014 waren am 01.02.2014 besetzt mit	
		2014	2015	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01					
Bedarf an Beamtinnen und Beamten					
FESTE GEHÄLTER					
<i>Bes.Gruppe</i>					
Oberverwaltungsgericht					
R6	Präsident/-in des Oberverwaltungsgerichts	1	1		
R3	Vizepräsident/-in des Oberverwaltungsgerichts	1	1 ⁴⁾		
R3	Vorsitzender Richter/-in am Oberverwaltungsgericht	2	2		
Summe [Oberverwaltungsgericht]:		4	4	0	0
Verwaltungsgericht					
R3	Präsident/-in des Verwaltungsgerichts	1	1		
Summe [Verwaltungsgericht]:		1	1	0	0
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes.Gruppe</i>					
Oberverwaltungsgericht					
R2	Richter/-in am Oberverwaltungsgericht	9	9		
A14	Oberregierungsräte/-innen	1	1		
A12	Justizamtsräte/-innen	1	1		
A11	Justizbibliotheksamtfrau/-amtmann	1	1		
A11	Justizamtfrauen/-männer	1	2		
A10	Justizoberinspektoren/-innen	2	1		
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	4	5 ²⁾		
A8	Justizhauptsekretäre/-innen	4	4		
A7	Justizobersekretäre/-innen	1	1		
A6 LG 1.1	Erste Justizhauptwachtmeister/-innen	7	7 ³⁾		
Summe [Oberverwaltungsgericht]:		31	32	0	0
Verwaltungsgericht					
R2	Vorsitzender Richter/-in am Verwaltungsgericht	10	10		
R2	Vizepräsident/-in des Verwaltungsgerichts	1	1 ¹⁾		
R1	Richter/-innen	23	27		
Summe [Verwaltungsgericht]:		34	38	0	0
Summe :		70	75	0	0

- 1) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 5 zu BesGr. R 2 SHBesO R ausgestattet.
- 2) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO R ausgestattet.
- 3) 1 Stelle ist mit einer Stellenzulage gem. § 54 SHBesG ausgestattet.
- 4) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. R 3 SHBesO R ausgestattet.

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Vermerke:

Die Planstellen und Stellen der gemeinsamen Verwaltung der Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichtsbarkeit sind sämtlich beim Schleswig-Holsteinischen Oberverwaltungsgericht veranschlagt. (aus HH 2014)

3 Richterinnen, Richter am Oberverwaltungsgericht - BesGr. R 2 - werden als Professorinnen, Professor auf einer Planstelle der CAU geführt. (aus HH 1991)

1 Richterin, Richter am Verwaltungsgericht - BesGr. R 1 - wird als Professorin, Professor auf einer Planstelle der CAU geführt. (aus HH 1983)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Oberverwaltungsgericht													
1	A11							1				+1	von A10 -Justizoberinspektoren/-innen- (Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf)
2	A10								1			-1	nach A11 -Justizamfrauen/-männer- (Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf)
3	A9 LG 1.2	1										+1	wg. Anstieg der Eingangszahlen in Asylverfahren, gegen Einsparung einer Stelle für Anw. LG 2.2 -Referendare/-innen- bei Tit. 0902 - 428 04 (Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit)
Verwaltungsgericht													
4	R1	4										+4	wg. Anstieg der Eingangszahlen in Asylverfahren, gegen Einsparung von vier Stellen für Anw. LG 2.2 -Referendare/-innen- bei Tit. 0902 - 428 04 (Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit)
Summe:		5						1	1			+5	

Stellenanzahl
2014 2015

422 03

Bedarf an Beamten/-innen im Vorbereitungsdienst

Bes. Gruppe

Anw. LG Justizoberwachtmeisteranwärterin/-innen 1.1	1	1
--	---	---

Summe :	1	1
----------------	---	---

Stellenanzahl
2014 2015

428 01

Entgeltgruppe

Oberverwaltungsgericht

E11	2	2
E9	6	6
E8	9	9
E6	20	19

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		Vom Soll 2014 waren am 01.02.2014 besetzt mit	
		2014	2015	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01					
Bedarf an Beamtinnen und Beamten					
FESTE GEHÄLTER					
<i>Bes. Gruppe</i>					
Landessozialgericht					
R6	Präsident/-in des Landessozialgerichts	1	1		
R3	Vizepräsident/-in des Landessozialgerichts	1	1 ¹⁾		
R3	Vorsitzender Richter/-in am Landessozialgericht	3	3		
Summe [Landessozialgericht]:		5	5	0	0
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes. Gruppe</i>					
Landessozialgericht					
R2	Richter/-in am Landessozialgericht	12	12		
A14	Oberregierungsräte/-innen	1	1		
A10	Justizoberinspektoren/-innen	2	2		
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	1	1 ²⁾		
A8	Justizhauptsekretäre/-innen	1	1		
A6 LG 1.1	Erste Justizhauptwachmeister/-innen	2	2 ⁵⁾		
Summe [Landessozialgericht]:		19	19	0	0
Sozialgerichte					
R2	Direktoren/-innen eines Sozialgerichts	4	4 ³⁾		
R2	Richter/-innen am Sozialgericht	5	5		
R1	Richter/-innen am Sozialgericht	45	45		
A12	Justizamtsräte/-innen	3	3		
A11	Justizamtsfrauen/-männer	2	3		
A10	Justizoberinspektoren/-innen	3	3		
A9 LG 2.1	Justizinspektoren/-innen	1	0		
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	3	4 ⁴⁾		
A8	Justizhauptsekretäre/-innen	4	4		
A7	Justizobersekretäre/-innen	4	3		
A6 LG 1.1	Erste Justizhauptwachmeister/-innen	3	3		
Summe [Sozialgerichte]:		77	77	0	0
Summe :		101	101	0	0

- 1) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. R 3 SHBesO R ausgestattet.
- 2) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO R ausgestattet.
- 3) 4 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. R 2 SHBesO R ausgestattet.
- 4) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO A und B ausgestattet.
- 5) 2 Stellen sind mit einer Stellenzulage gem. § 54 SHBesG ausgestattet.

Planstellen künftig wegfallend:

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

7 Stellen R1 am 31.12.2018 Bedarf aufgrund der fortdauernd hohen Belastungssituation - (aus HH 2009/2010)
 Sozialgerichte- (2 kw-Vermerke "am 31.12.2018" sind aufgrund der dauer-
 haft hohen Belastungssituation im HH 2015 weggefallen)

Vermerke:

1 Richterin, Richter am Landessozialgericht - BesGr. R 2 - wird als Professorin, Professor auf einer Planstelle der (aus HH 1984)
 CAU geführt.

1 Stelle R1 darf mit 50% der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden (Sozialgerichte) (aus HH 2007/2008)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Sozialgerichte													
1	A11							1				+1	von A10 -Justizoberinspektoren/-innen- (Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf)
2	A10							1				0	von A9 LG 2.1 -Justizinspektoren/-innen- (Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf)
3									1				nach A11 -Justizamtfrauen/-männer- (Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf)
4	A9 LG 2.1								1			-1	nach A10 -Justizoberinspektoren/-innen- (Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf)
5	A9 LG 1.2							1				+1	von A8 -Justizhauptsekretäre/-innen- (Umsetzung Beförderungspaket)
6	A8							1				0	von A7 -Justizobersekretäre/-innen- (Umsetzung Beförderungspaket)
7									1				nach A9 LG 1.2 -Justizamtsinspektoren/-innen- (Umsetzung Beförderungspaket)
8	A7								1			-1	nach A8 -Justizhauptsekretäre/-innen- (Umsetzung Beförderungspaket)
Summe:								4	4			0	

geänderte Vermerke

Planstellen künftig wegfallend:

7 Stellen R1 am 31.12.2018 Bedarf aufgrund der fortdauernd hohen Belastungssituation - (aus HH 2009/2010)
 Sozialgerichte- (2 kw-Vermerke "am 31.12.2018" sind aufgrund der dauer-
 haft hohen Belastungssituation im HH 2015 weggefallen)

Stellenanzahl

2014 2015

428 01

Entgeltgruppe

Landessozialgericht

E12	1	1
E9	1	2
E8	2	2
E6	11	10
PKW-Fahrer	1	1

Summe [Landessozialgericht]: 16 16

Sozialgerichte

E8	3	3
----	---	---

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen			
E6		53	53
E3		4	4
Summe [Sozialgerichte]:		60	60
Summe :		76	76

Stellen künftig wegfallend:

7 Stellen E6 am 31.12.2018 Bedarf aufgrund der fortdauernd hohen Belastungssituation - (aus HH 2009/2010)
 Sozialgerichte- (2 kw-Vermerke "am 31.12.2018" sind aufgrund der dauerhaft hohen Belastungssituation im HH 2015 weggefallen)

Vermerke:

1 Stelle E9 darf nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6) (Landessozialgericht) (aus HH 2015)

1 Stelle E6 darf nur mit 50% der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden (Sozialgerichte) (aus HH 2007/2008)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Landessozialgericht													
1	E9							1				+1	von E6 (IT-Projekt "Elektronisches Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP) / Elektronischer Rechtsverkehr", Umsetzung Beförderungspaket
2	E6								1			-1	nach E9 -sog. "kleine E9" (IT-Projekt "Elektronisches Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP) / Elektronischer Rechtsverkehr", Umsetzung Beförderungspaket)
Summe:								1	1			0	

neue Vermerke:

Vermerke:

1 Stelle E9 darf nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6) (Landessozialgericht) (aus HH 2015)

geänderte Vermerke

Stellen künftig wegfallend:

7 Stellen E6 am 31.12.2018 Bedarf aufgrund der fortdauernd hohen Belastungssituation - (aus HH 2009/2010)
 Sozialgerichte- (2 kw-Vermerke "am 31.12.2018" sind aufgrund der dauerhaft hohen Belastungssituation im HH 2015 weggefallen)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl		Vom Soll 2014 waren am 01.02.2014 besetzt mit	
	2014	2015	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01				
Bedarf an Beamtinnen und Beamten				
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
R6 Generalstaatsanwalt/Generalstaatsanwältin	1	1		
R4 Leitende Oberstaatsanwälte/-innen	2	2		
R3 Leitende Oberstaatsanwälte/-innen	4	4		6)
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
R2 Oberstaatsanwälte/-innen	31	31		1)
R1 Staatsanwälte/-innen	139	139		2)
A15 Regiergungsdirektoren/-innen	1	1		
A14 Oberregiergungsräte/-innen	2	2		
A13 LG Justizoberamtsräte/-innen	4	4		7)
2.1				
A13 LG Oberamtsanwälte/-innen	29	29		4)
2.1				
A12 Amtsanwälte/-innen	20	20		
A12 Justizamtsräte/-innen	13	14		
A12 Justizamtsräte/-innen (Sozialdienst)	2	3		
A11 Sozialamtmänner/-frauen	6	5		
A11 Justizamtfrauen/-männer	20	20		
A10 Justizoberinspektoren/-innen	15	14		
A10 Sozialoberinspektoren/-innen	9	9		7
A9 LG 2.1 Justizinspektoren/-innen	6	6		
A9 LG 1.2 Justizamtsinspektoren/-innen	46	47		3)
A8 Justizhauptsekretäre/-innen	40	40		6
A7 Justizobersekretäre/-innen	34	34		8
A6 LG 1.2 Justizsekretäre/-innen	10	9		3
A6 LG 1.1 Erste Justizhauptwachmeister/-innen	29	29		5)
Summe :	463	463	0	30

- 1) 4 Stellen mit einer Amtszulage gem. Fußnote 6 zu BesGr. R2 SHBesO R ausgestattet.
- 2) 12 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 2 zu BesGr R1 SHBesO R ausgestattet.
- 3) 11 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr A 9 SHBesO A und B ausgestattet.
- 4) 2 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 12 zu BesGr. A 13 SHBesO A und B ausgestattet.
- 5) 6 Stellen sind mit einer Stellenzulage gem. § 54 SHBesG ausgestattet.
- 6) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 5 zu BesGr. R 3 SHBesO R ausgestattet.
- 7) 2 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 15 (neu) zu BesGr. A 13 SHBesO A und B ausgestattet.

Vermerke:

Planstellen der BesGr. A 10 für Sozialoberinspektorinnen, Sozialoberinspektoren dürfen mit graduierten Angestellten bis zu Entg.Gr. 10 besetzt werden.

(aus HH 1979)

09 08 Staatsanwaltschaften

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A12							1				+1	von A10 -Justizoberinspektoren/-innen- (Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf)
2	A12							1				+1	von A11 -Sozialamt Männer/-frauen- (Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf)
3	A11									1		-1	nach A12 -Justizamtsräte/-innen (Sozialdienst)- (Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf)
4	A10									1		-1	nach A12 -Justizamtsräte/-innen- (Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf)
5	A9 LG 1.2							1				+1	von A8 -Justizhauptsekretäre/-innen- (Umsetzung Beförderungspaket)
6	A8							1				0	von A7 -Justizobersekretäre/-innen- (Umsetzung Beförderungspaket)
7										1			nach A9 LG 1.2 -Justizamtsinspektoren/-innen- (Umsetzung Beförderungspaket)
8	A7							1				0	von A6 LG 1.2 -Justizsekretäre/-innen- (Umsetzung Beförderungspaket)
9										1			nach A8 -Justizhauptsekretäre/-innen- (Umsetzung Beförderungspaket)
10	A6 LG 1.2									1		-1	nach A7 -Justizobersekretäre/-innen- (Umsetzung Beförderungspaket)
Summe:								5	5			0	

Stellenanzahl
2014 2015

422 03

Bedarf an Beamten/-innen im Vorbereitungsdienst

Bes.Gruppe

Anw. LG Justizoberwachtmeisteranwärterin/-innen
1.1

2 3

Summe :

2 3

09 08 Staatsanwaltschaften

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	Anw. LG 1.1			1								+1	von Tit. 0902 - 428 04 -Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit / Anw. LG 2.2 / Referendare/-innen- (Schaffung der Voraussetzungen für die künftige Nachwuchskräftegewinnung)
Summe:				1								+1	

Stellenanzahl

2014 2015

427 05

Entgeltgruppe

Praktikant	1	1
Summe :	1	1

Stellenanzahl

2014 2015

428 01

Entgeltgruppe

E12	2	2
E11	9	9
E10	0	1
E9	12	11
E8	24	24
E6	109	109
E5	12	8
E4	8	8
E3	1	1
Summe :	177	173

Vermerke:

- 7 Stellen E9 dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6). (aus HH 2013)
- 1 Stelle E8 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2004/2005)
- 1 Stelle E6 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2004/2005)
- 2 Stellen E5 dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2004/2005)
- 1 Stelle E3 darf nur zu 60% der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden. (aus HH 2007/2008)

09 08 Staatsanwaltschaften

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E10							1				+1	von E9 (IT-Fachanwendung "MESTA-Text", Umsetzung Beförderungspaket)
2	E9									1		-1	nach E10 (IT-Fachanwendung "MESTA-Text", Umsetzung Beförderungspaket)
3	E5		4									-4	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)
Summe:			4					1	1			-4	

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen
--

		Stellenanzahl		Vom Soll 2014 waren am 01.02.2014 besetzt mit	
		2014	2015	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01					
FESTE GEHÄLTER					
<i>Bes. Gruppe</i>					
Landesarbeitsgericht					
R6	Präsident/-in des Landesarbeitsgerichts	1	1		
R3	Vizepräsident/-in des Landesarbeitsgerichts	1	1		1)
R3	Vorsitzender Richter/-in am Landesarbeitsgericht	4	4		
Summe [Landesarbeitsgericht]:		6	6	0	0
AUFSTIEIGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes. Gruppe</i>					
Landesarbeitsgericht					
A14	Oberregierungsräte/-innen	1	1		
A13 LG 2.1	Justizoberamtsräte/-innen	1	1		
A11	Justizamtfrauen/-männer	1	1		
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	1	1		
Summe [Landesarbeitsgericht]:		4	4	0	0
Arbeitsgericht					
R2	Direktoren/-innen des Arbeitsgerichts	4	4		
R1	Direktoren/-innen des Arbeitsgerichts, Richter/-innen am Arbeitsgericht	18	18		2)
A12	Justizamtsräte/-innen	3	3		
A11	Justizamtfrauen/-männer	2	3		
A10	Justizoberinspektoren/-innen	6	5		
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	4	4		
Summe [Arbeitsgericht]:		37	37	0	0
Summe :		47	47	0	0

1) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. R 3 SHBesO R ausgestattet.

2) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. R 1 SHBesO R ausgestattet.

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Arbeitsgericht													
1	A11							1				+1	von A10 -Justizoberinspektoren/-innen (Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf)
2	A10								1			-1	nach A11 -Justizamtfrauen/-männer (Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf)
Summe:								1	1			0	

Stellenanzahl
2014 2015

428 01

Entgeltgruppe

Landesarbeitsgericht

E10	1	1
E9	2	2
E8	3	3
E6	4	4
E5	1	1

Summe [Landesarbeitsgericht]: 11 11

Arbeitsgericht

E9	2	2
E8	4	4
E6	22	22
E3	1	1
Auszu- bild.	2	2

Summe [Arbeitsgericht]: 31 31

Summe : 42 42

Vermerke:

- Eine Stelle der EntgGr. E8 darf nur zur Hälfte aus der EntgGr. E6 besetzt werden. (aus HH 2006)
- 2 Stellen E9 dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6; Arbeitsgericht). (aus HH 2013)
- 1 Stelle E9 dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6; Landesarbeitsgericht). (aus HH 2013)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl		Vom Soll 2014 waren am 01.02.2014 besetzt mit	
	2014	2015	beamteten Hilfskräften	Arbeitnehmern
422 01				
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A16	Leitende Archivdirektoren/-innen	1	1	
A15	Archivdirektoren/-innen	2	2	
A14	Oberarchivräte/-innen	4	5	
A13 LG	Oberamtsräte/-innen	1	1	
2.1				
A12	Amtsräte/-innen	2	2	
A11	Archivamtmänner/-frauen	4	4	
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	1	1	
A8	Regierungshauptsekretäre/-innen	0	0	1)
Summe :		15	16	0 0

1) 1 Planstelle der BesGr. A 8 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden.

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle A14 am 01.01.2016 mit Auslaufen des Projektes "Digitale Archivierung" -gem. § 13 Absatz 5 HG 2014- (aus HH 2015)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A14	1										+1	gem. § 13 Absatz 5 HG 2014 für Planung und Einrichtung eines digitalen Archivs für das Land Schleswig-Holstein (Projekt "Digitale Archivierung")
Summe:		1										+1	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle A14 am 01.01.2016 mit Auslaufen des Projektes "Digitale Archivierung" -gem. § 13 Absatz 5 HG 2014- (aus HH 2015)

	Stellenanzahl	
	2014	2015
422 03		
<i>Bes.Gruppe</i>		
Anw. LG	Archivreferendare/-innen	1 1
2.2		
Anw. LG	Archivinspektorwärter/-innen	1 2
2.1		
Summe :		2 3

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	Anw. LG 2.1			1								+1	von Tit. 0902 - 428 04 -Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit / Anw. LG 2.2 / Referendare/-innen- (Schaffung der Voraussetzungen für die künftige Nachwuchskräftegewinnung)
Summe:				1								+1	

Stellenanzahl
2014 2015

428 01

Entgeltgruppe

E11	1	1
E9	1	1
E6	4	4
E5	7	7
E4	6	8
Summe :	19	21

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E4			2								+2	Übertragen von Tit. 0942 - 428 63 (TG 63) wegen Auflösung und Überführung der TG 63 in den Grundhaushalt
Summe:				2								+2	

Stellenanzahl
2014 2015

428 61 (61)

Entgeltgruppe

E5	3	3
Summe :	3	3

Stellen künftig wegfallend:

3 Stellen E5

mit Wegfall der Personalkostenerstattung durch den Bund

(aus HH 2011/2012)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl		Vom Soll 2014 waren am 01.02.2014 besetzt mit	
	2014	2015	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A16	Leitende Bibliotheksdirektoren/-innen	1	1	1
A12	Amtsräte/-innen	1	1	
A11	Bibliotheksamtmänner/-frauen	1	1	1
A10	Bibliotheksoberinspektoren/-innen	1	1	1
Summe :		4	4	0

	Stellenanzahl	
	2014	2015
428 01		
<i>Entgeltgruppe</i>		
E13	5	5
E10	1	1
E9	1	1
E6	4	4
E5	2	2
Summe :		13

Vermerke:

1 Stelle E6 darf nur mit 50 v.H. der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden.

(aus HH 2007/2008)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl		Vom Soll 2014 waren am 01.02.2014 besetzt mit	
	2014	2015	beamteten Hilfskräften	Arbeitnehmern
422 01				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A16	Leitende Wissenschaftliche Direktoren/-innen	1	1	
A15	Wissenschaftliche Direktoren/-innen	1	1	
A14	Wissenschaftliche Oberräte/-innen	1	1	1
A13 LG 2.2	Wissenschaftliche Räte/-innen	1	1	
Summe :		4	4	0 1

	Stellenanzahl	
	2014	2015
428 01		
<i>Entgeltgruppe</i>		
E13	4	4
E11	1	1
E10	0	1
E9	9	8
E6	2	2
E5	4	4
E3	1	1
Summe :	21	21

Vermerke:

1 Stelle E5 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2007/2008)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E10							1				+1	nach E10 (Umsetzung Beförderungspaket)
2	E9								1			-1	von E9 (Umsetzung Beförderungspaket)
Summe:								1	1			0	

	Stellenanzahl	
	2014	2015
428 61 (61)		
<i>Entgeltgruppe</i>		
E13	8	8
E9	3	3
E5	1	1

09 44 Archäologisches Landesamt

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen		
--	--	--

E3	4	4
Summe :	16	16

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl		Vom Soll 2014 waren am 01.02.2014 besetzt mit	
	2014	2015	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
A16 Landeskonservatoren/-innen	1	1		
A15 Wissenschaftliche Direktoren/-innen	2	2		
A14 Oberkonservatoren/-innen	4	4		2
A13 LG Konservatoren/-innen	3	3		3
2.2				
A12 Amtsräte/-innen	1	1		1
Summe :	11	11	0	6

	Stellenanzahl	
	2014	2015
428 01		
<i>Entgeltgruppe</i>		
E13	1	1
E11	1	1
E10	1	1
E6	4	4
Praktikant	1	1
Volontär	1	1
Summe :	9	9

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2015

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Beamtinnen und Beamte			Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Nachwuchskräfte	Summe Spalte 4-8
			422 01 422 TG	Z. A. 422 02	im Vorb.D. 422 03			
1	2	3	4	5	6	7	8	9
09 01	Ministerium	2015	107	-	-	58	-	165
		2014	106	-	-	61	-	167
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit	2015	1.820	-	895	726	60	3.501
		2014	1.821	-	926	730	55	3.532
09 03	Justizvollzugsanstalten	2015	838	-	58	59	-	955
		2014	836	-	54	62	-	952
09 04	Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit	2015	75	-	1	37	-	113
		2014	70	-	1	38	-	109
09 05	Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit	2015	101	-	-	76	-	177
		2014	101	-	-	76	-	177
09 06	Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	2015	22	-	-	6	-	28
		2014	22	-	-	7	-	29
09 08	Staatsanwaltschaften	2015	463	-	3	174	-	640
		2014	463	-	2	178	-	643
09 09	Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit	2015	47	-	-	40	2	89
		2014	47	-	-	40	2	89
09 42	Landesarchiv	2015	16	-	3	24	-	43
		2014	15	-	2	24	-	41
09 43	Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek	2015	4	-	-	13	-	17
		2014	4	-	-	13	-	17
09 44	Archäologisches Landesamt	2015	4	-	-	37	-	41
		2014	4	-	-	37	-	41
09 45	Landesamt für Denkmalpflege	2015	11	-	-	7	2	20
		2014	11	-	-	7	2	20
Summe		2015	3.508	-	960	1.257	64	5.789
		2014	3.500	-	985	1.273	59	5.817

Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2015

in Wirtschaftsbetrieben			Leerstellen		Jahr	Bezeichnung	Kapitel
Planstellen	Stellen	Summe Spalte 10+11					
10	11	12	13	14	15	16	17
-	-	-	-	-	2015	Ministerium	09 01
-	-	-	-	-	2014		
-	-	-	-	-	2015	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit	09 02
-	-	-	-	-	2014		
-	-	-	-	-	2015	Justizvollzugsanstalten	09 03
-	-	-	-	-	2014		
-	-	-	-	-	2015	Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit	09 04
-	-	-	-	-	2014		
-	-	-	-	-	2015	Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit	09 05
-	-	-	-	-	2014		
-	-	-	-	-	2015	Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	09 06
-	-	-	-	-	2014		
-	-	-	-	-	2015	Staatsanwaltschaften	09 08
-	-	-	-	-	2014		
-	-	-	-	-	2015	Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit	09 09
-	-	-	-	-	2014		
-	-	-	-	-	2015	Landesarchiv	09 42
-	-	-	-	-	2014		
-	-	-	-	-	2015	Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek	09 43
-	-	-	-	-	2014		
-	-	-	-	-	2015	Archäologisches Landesamt	09 44
-	-	-	-	-	2014		
-	-	-	-	-	2015	Landesamt für Denkmalpflege	09 45
-	-	-	-	-	2014		
-	-	-	-	-	2015		Summe
-	-	-	-	-	2014		

09

Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

Hebungen 2015

Kapitel	Beamtinnen und Beamte		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		Zahl
	aus BesGr.	in BesGr.	aus EntgeltGr.	in EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6
09 01	Ministerium				
	A9 LG 1.2	A11	E8	E11	1
			E8	E10	1
			E6	E8	1
			E5	E6	1
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit				
	A10	A12			2
	A8	A9 LG 1.2			7
	A7	A8			7
	A6 LG 1.2	A7			7
			E10	E11	1
			E6	E9	3
			E6	E9	1
			E6	E8	2
			E4	E6	1
09 03	Justizvollzugsanstalten				
	A10	A12			1
	A10	A12			1
	A7	A8			12
	A7	A8			1
	A6 LG 1.2	A7			3
09 04	Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit				
	A10	A11			1
09 05	Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit				
	A10	A11			1
	A9 LG 2.1	A10			1
	A8	A9 LG 1.2			1
	A7	A8			1
		E6	E9	1	
09 08	Staatsanwaltschaften				
	A11	A12			1
	A10	A12			1
	A8	A9 LG 1.2			1
	A7	A8			1
	A6 LG 1.2	A7			1
		E9	E10	1	
09 09	Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit				
	A10	A11			1
09 44	Archäologisches Landesamt				
			E9	E10	1
Summe	53	53	15	15	68

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

Umwandlungen 2015

Kapitel	aus			in			Zahl
	422 01 Planmäßige Beamtinnen und Beamte BesGr.	422 02 Beamtete Hilfskräfte BesGr.	428 01 428 61 ff Arbeit- nehmerinnen und Arbeitnehmer EntgeltGr.	422 01 Planmäßige Beamtinnen und Beamte BesGr.	422 02 Beamtete Hilfskräfte BesGr.	428 01 428 61 ff Arbeit- nehmerinnen und Arbeitnehmer EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6	7	8
09 01	Ministerium						2
			E9	A9 LG 1.2			
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit						12 15 5 1
			E3	A6 LG 1.1		Auszub.	
09 03	Justizvollzugsanstalten						2
			E4			KR 7a	
Summe	0	0	5	3	0	7	37

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

Übertragungen 2015

Kapitel	Beamtinnen und Beamte		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		Zahl
	aus BesGr.	in BesGr.	aus EntgeltGr.	in EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6
09 01	Ministerium				1
nach 03 01	A16	A16			
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit				1 3 1 1
nach 09 03	Anw. LG 2.2 Anw. LG 2.2	Anw. LG 2.1 Anw. LG 1.2			
nach 09 08	Anw. LG 2.2	Anw. LG 1.1			
nach 09 42	Anw. LG 2.2	Anw. LG 2.1			
09 42	Landesarchiv				2
nach 09 42			E4	E4	
Summe	7	7	2	2	9

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

kw-Vermerke 2014

Kapitel Titel BesGr. EntgeltGr.	Anzahl	Haushalts- plan der 1. Aus- bringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	kw-Vermerke			Bemerkung
				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8
09 01 Ministerium							
422 01							
A15	1	2001	mit Wegfall der Erstattung der Personalkosten einschließlich Versorgungszuschlag und Nebenkosten, spätestens mit Ausscheiden des Stelleninhabers - Freilichtmuseum Molfsee- (von 0701-422 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung)	1			10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) - Anrechnung für den HH 2015
09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit							
428 01							
E6	3	2000	(Vermittlungspersonal) mit Ausscheiden der Stelleninhaberinnen oder der Stelleninhaber			3	Änderung der im HH 2000 ausgebrachten kw-Vermerke aufgrund Hebung der betroffenen Stellen der EG 5 nach EG 6 infolge des Inkrafttretens der Entgeltordnung zum TV-L zum 1. Jan. 2012.
E4	2	2000	(Vermittlungspersonal) mit Ausscheiden der Stelleninhaberinnen oder der Stelleninhaber	2(*)			
09 03 Justizvollzugsanstalten							
422 01							
A11	1	2013	gem. § 13 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 1 HG 2011/2012 für freigestellte Personalratsmitglieder	1			FM 22.06.2011 -VI 216 - HHV 2011-
A9 LG 2.1	1	2013	am 31.07.2014 künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberinnen oder des Stelleninhabers, spätestens nach drei Jahren -gem. § 15 Satz 1 Ziffer 1 HG 2011/2012-	1			FM 20.06.2011 - VI 216 - HHV 2011 -
A9 LG 2.1	1	2013	am 31.07.2015 künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberinnen oder des Stelleninhabers, spätestens nach drei Jahren -gem. § 15 Satz 1 Ziffer 1 HG 2011/2012-			1	FM 12.07.2012 - VI 214 - HHV 2012 -
A9 LG 1.2	1	2009/2010	gem. § 12 b Nr.1 HG 2006 für freigestellte Personalratsmitglieder			1	für ein freigestelltes Personalratsmitglied der JVA Neumünster
A7	8	2014	am 31.12.2016 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) Einsparung wegen Baufortschritt in der Justizvollzugsanstalt Neumünster zum genannten Zeitpunkt möglich			8	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) Einsparung wegen Baufortschritt in der Justizvollzugsanstalt Neumünster zum genannten Zeitpunkt möglich

in Spalte 5: kw-Vermerk im Jahr 2014 realisiert und im HH 2015 nachvollzogen
in Spalte 6: kw-Vermerk im HH 2015 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)
in Spalte 7: kw-Vermerk im HH 2015 unverändert weiter ausgebracht

Kapitel Titel BesGr. EntgeltGr.	Anzahl	Haushalts- plan der 1. Aus- bringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	kw-Vermerke			Bemerkung
				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8
428 01							
E8	1	2014	am 30.06.2014 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)	1			10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)
E6	1	2004/2005	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 01.09.2014	1			
E5	1	2004/2005	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 01.07.2029			1	
E5	1	2014	am 30.09.2014 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)	1			10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)
09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit							
422 01							
R1	7	2009/2010	am 31.12.2018 Bedarf aufgrund der fortdauernd hohen Belastungssituation -Sozialgerichte- (2 kw-Vermerke "am 31.12.2018" sind aufgrund der dauerhaft hohen Belas- tungssituation im HH 2015 weggefallen)		7		Aufgrund der dauerhaft hohen Belas- tungssituation in den Sozialgerichten sind im HH 2015 2 kw-Vermerke "am 31.12.2018" weggefallen.
428 01							
E6	7	2009/2010	am 31.12.2018 Bedarf aufgrund der fortdauernd hohen Belastungssituation -Sozialgerichte- (2 kw-Vermerke "am 31.12.2018" sind aufgrund der dauerhaft hohen Belas- tungssituation im HH 2015 weggefallen)		7		Aufgrund der dauerhaft hohen Belas- tungssituation in den Sozialgerichten sind im HH 2015 2 kw-Vermerke "am 31.12.2018" weggefallen.
09 42 Landesarchiv							
428 61							
E5	3	2011/2012	mit Wegfall der Personalkostenerstattung durch den Bund			3	
Summe				8	14	17	

in Spalte 5: kw-Vermerk im Jahr 2014 realisiert und im HH 2015 nachvollzogen
in Spalte 6: kw-Vermerk im HH 2015 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)
in Spalte 7: kw-Vermerk im HH 2015 unverändert weiter ausgebracht

ku-Vermerke 2014

Kapitel Titel		Anzahl	Haushalts- plan der 1. Aus- bringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	ku-Vermerke			Bemerkung
aus BesGr. EntgeltGr.	in BesGr. EntgeltGr.				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
09 01 Ministerium								
422 01								
B7	B5	1	2011/2012	Änderung Landesbesoldungsord- nung / Haushaltsbegleitgesetz 2011/2012			1	1 ku-Vermerk umgesetzt nach 0401-422 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsver- teilung wegen Regierungs- neubildung
Summe					0	0	1	

in Spalte 6: ku-Vermerk im Jahr 2014 realisiert und im HH 2015 nachvollzogen
in Spalte 7: ku-Vermerk im HH 2015 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)
in Spalte 8: ku-Vermerk im HH 2015 unverändert weiter ausgebracht

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

Neue Stellen 2015

Kapitel	Beamten und Beamte	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	Zahl
	BesGr.	EntgeltGr.		
1	2	3	4	5
09 01	Ministerium			1
	A16	E12	INTERREG Prüfbehörden/Prüfstelle, gegen Einsparung einer Stelle für Anw. LG 2.2 -Referendare/-innen- bei 0902 - 428 04 (Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit)	
09 03	Justizvollzugsanstalten			1
	A9 LG 2.1		eingrichtet gem. § 15 Satz 1 Ziffer 1 HG 2014 zur Übernahme von Nachwuchskräften	
	A9 LG 1.2		eingrichtet gem. § 13 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 1 HG 2014 für freigestellte Personalratsmitglieder	
09 04	Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit			4
	R1		wg. Anstieg der Eingangszahlen in Asylverfahren, gegen Einsparung von vier Stellen für Anw. LG 2.2 -Referendare/-innen- bei Tit. 0902 - 428 04 (Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit)	
09 42	Landesarchiv			1
	A14		gem. § 13 Absatz 5 HG 2014 für Planung und Einrichtung eines digitalen Archivs für das Land Schleswig-Holstein (Projekt "Digitale Archivierung")	
Summe	11	1		12

Einsparungen 2015

Kapitel	Beamtinnen und Beamte	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	Zahl
	BesGr.	EntgeltGr.		
1	2	3	4	5
09 01	Ministerium			
	A15		Realisierung kw-Vermerk (Museumsdirektor) wegen Wegfall Personalkostenerstattung, 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt).	1
		E5	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)	2
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit			
	A6 LG 1.2		10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)	2
	Anw. LG 2.2		10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)	13
	Anw. LG 2.2		zur Ausbringung von fünf neuen Stellen im Kap. 0904 (Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit, Anstieg Asylverfahren)	5
	Anw. LG 2.2		zur Ausbringung von zwei neuen Stellen im Kap. 0901 (Ministerium, INTERREG Prüfbehörde)	2
		E6	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)	1
		E4	Realisierung kw-Vermerke (Vermittlungspersonal) wegen Ausscheiden der Stelleninhaberinnen oder der Stelleninhaber, 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)	2
09 03	Justizvollzugsanstalten			
	A11		Realisierung kw-Vermerk (Wegfall der gem. § 13 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 1 HG 2011/2012 für freigestellte Personalratsmitglieder ausgebrachten Planstelle wegen Neuwahl des Personalratsvorsitzenden)	1
	A9 LG 2.1		Realisierung kw-Vermerk (Wegfall der gem. § 15 Satz 1 Ziffer 1 HG 2011/2012 ausgebrachten Planstelle zum 31.07.2014)	1
		E8	Realisierung kw-Vermerk 30.06.2014, 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) -Anrechnung im HH 2014 erfolgt-	1
		E6	Realisierung kw-Vermerk 01.09.2014, 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)	1
		E5	Realisierung kw-Vermerk 30.09.2014, 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) -Anrechnung im HH 2014 erfolgt-	1
09 04	Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit			
		E6	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)	1
09 06	Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht			
		E5	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)	1
09 08	Staatsanwaltschaften			
		E5	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)	4
Summe	25	14		39